

Die Monatszeitschrift // 487 // Januar 2015

LATEIN AMERIKA

NACHRICHTEN



5,- Euro

Ausland 5,50 Euro



MEXIKO // DIE WUT DER STRASSE // Anhaltende Proteste nach dem Verschwinden von 43 Studenten // **PERU // WASSERERNTEN MIT DEN BERGGEISTERN //** Wie sich der Klimawandel in den Kordillern niederschlägt // **LITERATUR // EIN KOMMUNIST IN UNTERHOSEN //** Vorstadtwelten in Zeiten des Umbruchs

Liebe Leser*innen der LN,

seit drei Jahren verwenden wir bei den *LN* die Gendergap. Mit dem bewussten Freilassen einer Lücke zwischen männlicher und weiblicher Form möchten wir Menschen mit einbeziehen, die nicht den „klassischen“ Geschlechterstereotypen entsprechen. Und auch trotz einiger negativer Kommentare zur Leserlichkeit dieser Maßnahme, werden wir als Redaktionskollektiv weiter an einer gendersensiblen Schreibweise festhalten. Denn das inhaltliche Statement ist und bleibt uns wichtig. Die Gendergap symbolisiert einen Raum, der optional gefüllt werden kann, beispielsweise durch Transsexuelle, Intersexuelle oder Transgender. Dennoch wollen wir auf unsere Leser*innen zugehen und diesen Raum ab der vorliegenden Ausgabe mit einem Sternchen symbolisieren, welches den Lesefluss weniger stört. Wenn demnächst also von Polizist*innen die Rede ist, befindet sich keine Fußnote am Ende des Textes. Und wie schon bei der Gendergap mit Unterstrich, werden wir auch mit dem Sternchen einen gewissen Pragmatismus walten lassen.

Ein Wort wie Bürger*innenmeister*innenkandidat*innen wird in den *LN* auch künftig nicht zu lesen sein. Und wenn etwa der Begriff Kleinbäuerinnen und -bauern ohne Sternchen auskommt, ist dies der besseren Lesbarkeit geschuldet und bedeutet nicht, dass es in diesem Fall nur zwei Geschlechter gibt. Ebenso respektieren wir zum Beispiel den expliziten Wunsch von Autor*innen, bestimmte Begriffe aus inhaltlichen Gründen in einer rein männlichen Form zu verwenden. Zusammenfassend geht es uns darum, sowohl patriarchale als auch geschlechternormative Sprach- und Denkmuster zu unterlaufen. Dass dies in einzelnen Fällen aus inhaltlichen oder ästhetischen Gründen auch ausbleiben kann, ändert nichts an der grundsätzlichen Aussage dahinter.

// Ihre/Eure *LN*-Redaktion

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Gneisenaustr. 2a, D – 10961 Berlin
Tel: 030 / 694 61 00, Fax: 030 / 692 65 90
www.lateinamerika-nachrichten.de

redaktion@LN-Berlin.de



// CHÁVEZ SPUKT IN SPANIEN

Es war etwas still geworden um die Indignados. Nachdem im Jahr 2008 die Immobilienblase in Spanien geplatzt war, hatte sich eine vielbeachtete Protestbewegung der Empörten gebildet, die als 15M-Bewegung für Furore sorgte. Ihre Wut trugen die vorwiegend jungen Menschen von der Plaza del Sol in Madrid aus auf die Plätze und Straßen Spaniens. Wut angesichts einer Krise, die viele Menschen in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohte und Familien knallhart aus ihren Wohnungen rausschmiss.

Diese Wut schien im verkrusteten spanischen Parteiensystem zu verpuffen. Die Regierungspolitik unterwarf sich den Vorgaben der EU-Troika, rettete Banken und ignorierte die Probleme der vielen Millionen Menschen, die in Spanien der Verelendung entgegensahen. In dieser unerträglichen Situation zeigte sich für viele Spanier*innen, auch jene, die nicht der Linken nahe standen, wie wenig die Souveränität in einer kapitalistischen Demokratie tatsächlich vom Volke ausgeht. In diesem politischen Klima kombinierten die Indignados treffend Kapitalismuskritik mit Forderungen nach demokratischer Teilhabe. Doch trotz allem saßen die sozialdemokratische PSOE und die rechtskonservative PP scheinbar so fest im Sattel wie eh und je.

Scheinbar. Denn neben den öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen widmeten sich die Indignados der Basisarbeit, die zwar weniger sichtbar, aber dafür um so wirksamer und nachhaltiger war. Sie bildeten Nachbarschaftsvereine, die gegen Zwangsräumungen protestierten und diese bisweilen verhinderten, die Hilfe organisierten und die sich Gedanken über eine andere politische Ordnung machte. Diese Graswurzelbewegung trägt nun politische Früchte. In Form der Parteigründung Podemos erreichte die Wut der Indignados Anfang 2014 erstmals die politische Bühne der parlamentarischen Demokratie. Die neue Partei erzielte bei den Europawahlen im Mai mit acht Prozent bereits einen Achtungserfolg. Laut aktuellen Umfragen hat Podemos sogar Chancen, die Parlamentswahlen im Jahr 2015 zu gewinnen. Der Parteichef, der charismatische Politikdozent Pablo Iglesias, hat vor allem ein Ziel: Die Neugründung Spaniens mittels einer verfassungsgebenden Versammlung. Das neue Spanien soll das Erbe des postfrankistischen Kompromisses beseitigen und die Regierungspolitik in die Interessen der Bevölkerung und nicht des Kapitals stellen. Intern macht Podemos bereits vor, wie Demokratie funktionieren kann. Landesweit haben sich 900 Basisgruppen der Partei gebildet, über das Internet arbeiten Tausende Unterstützer*innen am Parteiprogramm mit. Der scheinbare Dornröschenschlaf der Indignados ist beendet, sie sind in der Politik angekommen, um zu bleiben.

Denn Podemos ist als Ausdruck einer landesweiten sozialen Bewegung weit mehr als eine der Protestparteien, wie sie sich in Europa häufig eher am rechten Rand herausbilden. Die Vorbilder oder Vorläufer der neuen Partei sind weniger auf dem europäischen Kontinent zu suchen, sondern in den linken Transformationsprojekten Lateinamerikas. Die sichtbarsten Politiker*innen von Podemos beziehen sich ausdrücklich positiv auf Venezuela oder Bolivien, haben in diesen Ländern in den vergangenen Jahren gearbeitet und die linken Regierungen und Bewegungen aus nächster Nähe verfolgt.

Auch in den lateinamerikanischen Ländern vergingen zwischen der Repräsentationskrise der parlamentarischen Demokratie, ausgelöst durch die neoliberale Regierungspolitik der 1980er und 1990er Jahre, und der Herausbildung eines konkreten Gegenprojektes mehrere Jahre. In Venezuela, Bolivien und Ecuador waren verfassungsgebende Versammlungen unter breiter Bevölkerungsbeteiligung der erste Hebel, um die festgefahrenen politischen Systeme auf demokratischem Wege zu transformieren.

Die Vergleiche zwischen Podemos und Chávez, zwischen Stadtteilbewegungen in Caracas und Madrid sind freilich begrenzt, egal, ob sie zustimmend oder ablehnend formuliert werden. Doch die Indignados haben durchaus die venezolanischen Erfahrungen mitbedacht und daraus gelernt. Das zeigt, dass die lateinamerikanischen Transformationsprojekte der letzten Jahrzehnte kein regionales Phänomen bleiben müssen. Denn Unzufriedenheit mit dem Kapitalismus ist gewiss nicht nur in Lateinamerika verbreitet.

MEXIKO

- 6 **Die Wut der Straße** // Die anhaltenden Massendemonstrationen nach dem Verschwinden der 43 Studenten wenden sich gegen das gesamte politische System Mexikos
- 11 **„Der Fall der 43 Studenten eint die sozialen Kämpfe“** // Interview mit der Menschenrechtsaktivistin Idolina Gallardo Martínez
-

GUATEMALA

- 14 **Kein Licht auf dem Land** // Der Stromnetzausbau sorgt zunehmend für Proteste
-

BOLIVIEN

- 16 **Afrobolivianische Identität im plurinationalen Staat** // Afrobolivianer*innen zwischen Anerkennung, Monarchie und Diskriminierung
- 20 **Die leere Hülle des Gesetzes** // Trotz politischer Maßnahmen bleibt die Lage der Frauen in Bolivien dramatisch – Zwei Aktivistinnen schildern das strukturelle Problem
-

IN EIGENER SACHE

- 23 **Plata oder pleite** // LN braucht Deine Unterstützung!
-

ECUADOR

- 24 **Bergbau mit Clowns** // Staatliches Bergbauunternehmen will in der Intag-Region Kupfer abbauen, die betroffenen Gemeinden sind gespalten
-

CHILE

- 28 **Unverdientes Vertrauen** // Interview mit den Anwält*innen María Rivera und Rodrigo Román von der NRO Defensoría Popular über die Kriminalisierung sozialer Proteste
-

BRASILIEN

- 30 **Aufarbeitung und Erinnerung** // Im Bundesstaat Pernambuco soll eine Gedenkstätte an die Verbrechen während der Diktatur an der organisierten Landbevölkerung eröffnet werden
-

PERU

- 34 **Wasser ernten mit den Bergegeistern** // Wie der Klimawandel das Leben der Menschen in Perus Andendörfern verändert
- 38 **„Lasst uns das System verändern, nicht das Klima“** // Auf dem alternativen Klimagipfel in Lima diskutierten und protestierten soziale Bewegungen aller Couleur
-

URUGUAY

- 41 **Tabaré Vázquez bietet Frente die Stirn** // Uruguays künftiger Präsident verärgert mit Kabinettsliste linke Parteibasis
-

VENEZUELA

- 44 **Kampf mit den Marktkräften** // Die venezolanische Regierung zögert dringende wirtschaftliche Reformen weiter hinaus



Foto: Philipp Hegemann

▲ PERU

Landwirtschaft am Limit // Klimawandel bedroht die Landwirtschaft im Hochland

◀ VENEZUELA

Es geht ums Pulver // Venezuelas Regierung im Kampf mit den Marktkräften

KOLUMBIEN

- 48 **Das Rennen um die öffentliche Meinung** // Alternative Medien in Kolumbien versuchen eine unabhängige Berichterstattung zu gewährleisten
- 52 **Lösung der Krise stärkt den Friedensprozess** // Interview mit dem Konfliktforscher Ariel Ávila nach Freilassung des entführten Generals

FILM

- 54 **Weil die Familie Dollars braucht** // Mit seinem Debüt *Los Ángeles* bringt Damian John Harper den realen Überlebenskampf eines zapotekischen Dorfes auf die Leinwand

LITERATUR

- 55 **Vorstadtwelten in Zeiten des Umbruchs** // *Ein Kommunist in Unterhosen* von der argentinischen Autorin Claudia Piñeiro
- 56 **Die zehnte Muse im 21. Jahrhundert** // Das Barockgedicht *Primero sueño* von Sor Juana Inés de la Cruz bedarf einer frischen Lektüre

KURZNACHRICHTEN // SERVICE // IMPRESSUM

- 58 **Mexiko // Costa Rica // Karibik / Lateinamerika // Brasilien // Uruguay // Paraguay // Chile // Südamerika/Cono Sur // Argentinien // Kolumbien**

DIE WUT DER STRASSE

DIE ANHALTENDEN MASSENDEMONSTRATIONEN NACH DEM VERSCHWINDEN DER 43 STUDENTEN WENDEN SICH GEGEN DAS GESAMTE POLITISCHE SYSTEM MEXIKOS

Auch knapp drei Monate nach der Verschleppung von 43 Studenten durch die Polizei bleibt deren Schicksal unaufgeklärt. Im ganzen Land kommt es weiterhin zu massiven Protesten gegen die Regierung und die staatlichen Institutionen. Präsident Peña Nietos 10-Punkte-Plan als Reaktion auf die tiefste Staatskrise seit Jahrzehnten stößt weithin auf Ablehnung.

„1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17...“ Die nicht enden wollende Zahlenreihe schallt über den abendlichen Zócalo in Mexiko-Stadt, mit jeder Nummer stimmen mehr Menschen in den Sprechchor ein. Zehntausende drängen sich auf dem riesigen Platz zwischen der Kathedrale, dem Nationalpalast und dem Rathaus, Hunderttausende in den umliegenden Straßen. „18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28. 29, 30, 31...“ Papierne Himmelslaternen steigen auf und erhellen für kurze Zeit die Umstehenden, vor dem Nationalpalast explodieren Böller und Raketen, zwischen improvisierten Konzerten, Theaterperformances, und spontanen *Sit-ins* ergießt der schier endlose Demonstrationszug sich weiter über den Platz. „32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43... ¡Justicia! ¡Justicia! ¡Justicia!“

Jede dieser Zahlen steht für einen der 43 von mexikanischen Polizisten und Mafiamitgliedern entführten Studenten der pädagogischen Fachhochschule Ayotzinapa, für den die Menge Gerechtigkeit fordert. Am 26. September wurde eine Gruppe von Lehramtsstudenten in der im Bundesstaat Guerrero gelegenen Stadt Iguala brutal attackiert. Bei dem Angriff und darauf folgenden Tötungsaktionen starben sechs Menschen, dem 22-jährigen Studenten und Familienvater Julio César Mondragón wurde vor seiner Hinrichtung die Gesichtshaut abgezogen (LN 485 und 486). Die Überlebenden wurden verschleppt, ihr Schicksal hat seitdem Woche für Woche mehr Menschen dazu bewegt, auf die Straße zu gehen. In den

ersten Wochen waren diese Proteste zumindest in Mexiko-Stadt und anderen großen Städten noch stark studentisch geprägt. Den Eltern und Mitschülern der Verschwundenen sowie den Studierenden der großen Universitäten ist es zu verdanken, dass der mexikanische Staat dieses Verbrechen nicht, wie andere zuvor, hat vertuschen können. Auf den bisher größten Demonstrationen am 20. November, bei denen allein in der Hauptstadt etwa eine halbe Millionen Teilnehmer*innen marschierten, trat jedoch offen zu Tage, dass die Proteste mittlerweile von ganz verschiedenen Sektoren getragen werden.

Gewerkschafter*innen und LGBT-Aktivist*innen, progressive Katholik*innen neben Künstlerkollektiven und Studierenden, Unterstützungsgruppen der Zapatistas und eine nicht eben kleine Vereinigung von weißgekleideten Kundalini-Yoga-Anhänger*innen, dazwischen Tausende, die alleine, mit ihrer Familie oder anderen Menschen aus ihrem engsten Umfeld gekommen sind: Insbesondere in Mexiko, wo politische Mobilisierung traditionell zumeist über bestehende zivilgesellschaftliche oder parteipolitische Strukturen funktioniert, ist diese Zusammensetzung der Proteste

.....
Jahrzehnte neoliberaler Umstrukturierung haben die mexikanische Gesellschaft in vieler Hinsicht fragmentiert.
.....

ein Novum. Zum einen zeugt sie davon, dass sich eine häufig als sehr persönlich wahrgenommene Betroffenheit und Unzufriedenheit ihren Weg in den kollektiven öffentlichen Raum gebahnt hat: die Angst, die Wut, aber auch etwaige Lösungsansätze, die bislang systematisch individualisiert wurden, werden von mehr und mehr Menschen als gesellschaftliche, politische Probleme verstanden. Zum anderen stellt die Heterogenität der Bewegung, die bisher kein Akteur für sich in Be-



Fotos: Bórris Nehe

▲ „Wir wollen sie lebend zurück!“ Diese Forderung eint alle Protestierenden

schlag nehmen konnte, sowohl ihre große Stärke dar, als auch eine ihrer größten Schwierigkeiten. Jahrzehnte neoliberaler Umstrukturierung und polizeilich-militärischer Repression haben die mexikanische Gesellschaft in vieler Hinsicht fragmentiert. Es ist kein Zufall, dass die Antworten auf die andauernde, vom mexikanischen Staat und den Kartellen ausgehende Gewalt stets lokaler oder regionaler Natur waren - von der „Bewegung für den Frieden mit Gerechtigkeit und Würde“ um den Dichter Javier Sicilia einmal abgesehen. Die Forderung „Wir wollen sie lebend zurück!“ hat nun über Monate hinweg eine Art kleinsten gemeinsamen Nenner hergestellt. Über diesen konnten sich sehr verschiedene politische Projekte zumindest punktuell artikulieren. An der Frage, wie es weiter gehen soll, entzweien sich jedoch schnell die Geister – und das nicht zuletzt, weil es im Allgemeinen ein klares Bekenntnis zur Pluralität der Bewegung und zur Notwendigkeit des Dialogs zwischen Verschiedenen gibt. Selten hat der zapatistische Traum einer „Welt, in die viele Welten passen“ einen so konkreten Ausdruck bis in die gesellschaftliche Mitte hinein gefunden. Auch in anderer Hinsicht fühlt man sich an die Hochzeiten der zapatistischen Bewegung erinnert: die Institutionen und Repräsentant*innen des Staates nämlich werden von diesem Dialog

bisher radikal ausgeschlossen. Das ist nicht nur eine Lehre aus dem Scheitern der Bewegung von Javier Sicilia, der sich völlig überstürzt auf Verhandlungen mit den Vertreter*innen des Staates einließ und so rasch seine Legitimität verspielte. Vielmehr leben die derzeitigen Mobilisierungen von der kollektiv erstellten Diagnose, dass Mexikos politisches System als solches von Grund auf verfault ist, weswegen Appelle an die Herrschenden oder Verhandlungen mit ihnen keine politische Option sind. Diese Einsicht kommt in den zentralen Slogans wie „Fue el Estado“ („Es war der Staat“, bezogen auf das Verbrechen an den Studenten) oder „Que se vayan todos“ („Sie – die Politiker*innen – sollen sich alle zum Teufel scheren“) überdeutlich zum Ausdruck. Das Verbrechen an den Studenten aus Ayotzinapa wird nunmehr als ein weiterer, wenn auch besonders abscheulicher Moment in einer langen Serie von Staatsverbrechen, staatlichem Versagen und Korruption wahrgenommen. Immer wieder wird auf den Demonstrationen an die vom Staat oder parastaatlichen Akteuren verübten Massaker erinnert: am 2. Oktober 1968 erschoss das mexikanische Militär Hunderte Student*innen; im Juni 1995 ermordeten Polizisten in Guerrero 17 Bauern; 1997, zwei Tage vor Weihnachten, eröffneten Paramilitärs in Acteal das Feuer auf Mitglieder der

indigenen Organisation Las Abejas und töteten 45 Menschen; und gerade einmal zweieinhalb Monate vor den Vorkommissionen in Iguala massakrierte das Militär 22 junge Menschen im Bundesstaat Mexiko, ohne dass dieses Ereignis nennenswerte Aufmerksamkeit erhalten hätte.

Auch die parallel zu den großen, zentralen Demonstrationen stattfindenden Kämpfe im Bun-

.....

Das Verbrechen an den Studenten wird als weiterer Moment einer langen Serie von Staatsverbrechen wahrgenommen.

.....

desstaat Guerrero stellen eine Antwort auf die Gewalt und die hermetische Abgeschlossenheit des mexikanischen Staates gegenüber der Bevölkerungsmehrheit dar. Die politische Analystin Raquel Gutiérrez erklärt, dass die dortigen, vor allem von Lehrgewerkschaften vorangetriebenen Mobilisierungen „gewisse Charakteristika der historischen Bauernkämpfe Mexikos aufweisen: In etwa 20 Munizipien rund um Ayotzinapa, im Bergland Guerreros, und bis zur Region der Costa Chica, die am Pazifik endet, wurden die politischen Autoritäten entmachtet und damit begannen, andere Regierungsstrukturen aufzubauen. Es geht dabei darum, autonome politische Entscheidungen treffen zu können. Also um den Aufbau von politischen Mechanismen, die nicht der perversen Logik des Neoliberalismus mexikanischer Prägung unterworfen sind.“ Für Aufsehen auf nationaler Ebene sorgten bisher aber vor allem die zentralen Proteste in Acapulco oder Chilpancingo, während derer die Demonstrant*innen unter anderem den Kongress von Guerrero, die Büros der Staatsanwaltschaft sowie diverser politischen Parteien attackierten und niederbrannten.

Im Zentrum der derzeitigen Krise stehen allerdings fraglos die Repräsentanten der Bundesregierung. Nachdem die Pressekonferenz, auf der der Bundesstaatsanwalt Murillo Karam die Ergebnisse seiner bisherigen Ermittlungsarbeit vorstellte, zu massiven Protesten geführt hatte (siehe LN 486), gewann seine Version in den letzten Tagen an Aufwind. Karam hatte behauptet, die Studenten seien von Polizisten an die Mafiagruppe „Guerreros Unidos“ übergeben worden, welche sie dann ermordet, verbrannt und ihre Asche schließlich in einen Fluss geschüttet hätte. Die mit

der Untersuchung der im Fluss gefundenen Reste beauftragte Medizinische Universität Innsbruck hat nun bekannt gegeben, dass sie Knochenteile sowie einen Backenzahn eines der verschwundenen Studenten, Alexander Mora, identifizieren konnte. Allerdings stellten die argentinischen Forensiker*innen, welche das Vertrauen der Familien der Verschwundenen genießen, klar, dass sie beim Fund der Reste nicht anwesend waren. Die Familien unterstreichen außerdem, dass die Identifizierung von Alexander Mora nicht bedeutet, dass Murillos Version der Wahrheit entspricht.

Die Reaktionen auf die Verlautbarungen der Regierungsmitglieder sind, ebenso wie die Attacken auf öffentliche Gebäude, Anzeichen einer allgemeinen Diskreditierung der politischen Klasse die, zumindest unter den Protestierenden, total ist: Als sich Cuauhtémoc Cárdenas, Gründervater, dreimaliger Präsidentschaftskandidat und „moralische Autorität“ der Partei der Demokratischen Revolution (PRD) auf einer der ersten Demonstrationen blicken ließ wurde er von einer aufgebracht Menge unsanft davon gejagt. Noch bis 2006, als sie erstmals mit Andrés Manuel López Obrador als Präsidentschaftskandidaten antrat, galt die als linksliberal gehandelte Partei vielen als Hoffnungsträger. Nach Jahren des Verfalls scheint die PRD, der sowohl der mittlerweile abgetretene Gouverneur von Guerrero als auch der als Hauptverantwortliche für das Verbrechen an den Studenten geltende Bürgermeister von Iguala und seine Ehefrau angehören, endgültig am Ende zu sein. Auf nationaler Ebene verspielte sie

.....

Eine Kanalisierung des kollektiven Unmuts in bestehenden Parteistrukturen ist zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar.

.....

ihre Glaubwürdigkeit unter anderem damit, Teil des parteiübergreifenden „Paktes für Mexiko“ zu werden. Mit dessen Hilfe verwirklichte der Präsident Enrique Peña Nieto sein heftig kritisieretes Reformpaket, das auch die Teilprivatisierung der Erdölindustrie umfasst. Die Rolle der PRD in Guerrero zeigt zudem in aller Deutlichkeit, dass die Partei, genau so wie ihre Konkurrentinnen, auf lokaler und bundesstaatlicher Ebene vor allem ein Instrument in der Hand von antidemokratischen Akteuren darstellt, mit dem diese Positionen im



Flammender Protest ►
Demo am 20. 11. 2014

Staatsapparat besetzen – je näher sie den Drogenkartellen dabei stehen, desto besser. In den letzten Novembertagen zog Cárdenas die persönliche Notbremse und gab seinen Austritt aus der Partei bekannt. Selbst hochrangige PRD-Mitglieder erklärten die Partei daraufhin für moribund und dachten laut darüber nach, es ihm gleich zu tun.

Auf parteipolitischer Ebene könnte damit einzig die vom aus der PRD geschassten López Obrador gegründete Bewegung der Nationalen Erneuerung (MORENA) Kapital aus den Protesten schlagen. Doch entgegen den abenteuerlichen Beteuerungen aus dem Dunstkreis der regierenden Revolutionären Institutionellen Partei (PRI), dass ihr Erzfeind López Obrador für die Demonstrationen verantwortlich sei, hält MORENA sich auf den großen Demonstrationen auffällig im Hintergrund – wohl nicht zuletzt, weil mit dem ehemaligen Gesundheitsminister von Guerrero auch einer der ihren aufgrund der Kontakte zu den Hauptverdächtigen zurücktreten musste. Eine Kanalisierung des kollektiven Unmuts in bestehenden Parteistrukturen ist zu diesem Zeitpunkt also nicht absehbar. Vielmehr scheint das Gegenteil der Fall zu sein: bemüht, die Schuld an der allgemeinen Misere auf ihre jeweiligen politischen Gegner abzuwälzen, scheint es oft so, als ob Mexikos Politiker*innenkaste sich ihr eigenes Grab schaufele. Denn die andauernde Diskreditierung der anderen Parteien, die parteipolitisch

betrachtet eventuell Sinn ergibt, höhlt gleichzeitig die Legitimität des Parteiensystems als solches zunehmend aus.

Präsident Enrique Peña Nieto sah sich ob der nicht abreißenden Proteste und Rücktrittsforderungen schließlich genötigt, eine politische Antwort auf den öffentlichen Druck zu geben. Mit einem Ende November vorgestellten 10-Punkte-Plan versucht die Regierung der PRI nun, wieder die Oberhand über die politische Agenda zu gewinnen. Der Plan sieht unter anderem vor, die lokalen und häufig von kriminellen Gruppen kontrollierten Polizeieinheiten aufzulösen und sie durch zentrale

.....
Mit einem 10-Punkte-Plan versucht die Regierung der PRI, die Oberhand über die politische Agenda zu gewinnen.
.....

bundesstaatliche Einheiten zu ersetzen. Außerdem sollen die Autoritäten in vom Zentralstaat als korrupt geltende Munizipien entmachtet und die Institutionen der direkten Kontrolle des Staates unterstellt werden können. Hinzu kommt eine Klärung der häufig widersprüchlichen Kompetenzen der verschiedenen staatlichen Ebenen in Fragen der öffentlichen Sicherheit, sowie die Schaffung von speziellen Entwicklungszonen in den Bundesstaaten Oaxaca, Guerrero und Chiapas. Schließlich kündigte der Präsident zudem

die Entsendung von 10.000 Bundespolizisten in die als *Tierra Caliente* („Heißes Land“) bekannten Regionen in Michoacán und Guerrero an.

Wie so oft in den letzten Monaten reagierte die Öffentlichkeit, bis hinein ins rechtsliberale Spektrum, auch auf diese Regierungsinitiative ablehnend. Dem Präsidenten wird nicht nur vorgeworfen, an seiner bisherigen Politik festzuhalten und keine konkreten Schritte zur Verbesserung der Situation anzubieten; die Kritiker*innen bemängeln am Programm Peña Nietos vor allem, dass es nicht der Tatsache Rechnung trägt, dass die Verstrickungen mit der organisierten Kriminalität bis weit in die bundes- und zentralstaatlichen Institutionen hinein reichen. Ein weiterer Vorstoß der PRI stieß jedoch auf noch stärkere Ablehnung: um wieder Herr der Lage auf den Straßen des Landes zu werden zauberten Abgeordnete der Regierungspartei gemeinsam mit ihren Kolleg*innen der Partei der Nationalen Aktion (PAN) ein Projekt zur Reformierung des Mobilitätsgesetzes aus der Schublade. Die Gesetzesvorlage, welche eine staatliche Durchsetzung des Rechts auf „freie Beweglichkeit“ vorsieht, stammt vom April 2014, und wurde schon damals für seine etwaigen Auswirkungen auf das Demonstrationsrecht gerügt

(siehe Infokasten S. 12). Dass das Projekt nun inmitten der größten Proteste, die Mexiko seit Jahrzehnten erlebt hat, wieder aufgelegt wird, ist ein weiteres Anzeichen für die Fortsetzung der autoritären Politik des mexikanischen Staates.

Trotz der Versuche der staatlichen Akteure, die Proteste irgendwie in den bestehenden Strukturen zu kanalisieren: derzeit sind es die Protestierenden, welche die Zeiten und die Agenda der mexikanischen Politik bestimmen. Ob es ihnen gelingen wird, das derzeitige Aufbäumen in stabilere zivilgesellschaftliche Mechanismen und Organisationszusammenhänge zu übersetzen und so Mexikos kriminellen Staat das Wasser abzugraben, entscheidet sich aber höchstwahrscheinlich nicht in einem heroischen Moment gesellschaftlicher Katharsis, sondern in mühsamer politischer Arbeit an vielen verschiedenen Stellen. Die derzeitigen Proteste stellen damit eher einen Moment des Sich-Gewahr-Werdens der von staatlicher und parastaatlicher Gewalt durchgezogenen mexikanischen Gesellschaft dar – und das ist, fraglos, die notwendige Basis für die tiefgreifenden Transformationen, die Mexiko nötig hat.

// Börries Nehe

▼ „Ein neuer Staat ohne Peña, ohne Tod“ Der Rücktritt des Präsidenten Peña Nieto ist eine zentrale Forderung



„DER FALL DER 43 STUDENTEN EINT DIE SOZIALEN KÄMPFE“

INTERVIEW MIT DER MENSCHENRECHTSAKTIVISTIN IDOLINA GALLARDO MARTÍNEZ

Seitdem in Ayotzinapa 43 Studenten von der örtlichen Polizei verschleppt worden sind, gehen in ganz Mexiko hunderttausende Menschen auf die Straße. Sie fordern die Aufklärung des Verbrechens – und den Rücktritt von Präsident Enrique Peña Nieto. Die Regierung scheint überfordert und zeigt harte Hand. Über die Kriminalisierung sozialer Proteste sowie die Möglichkeiten eines politischen Wandels sprachen die LN mit Idolina Gallardo Martínez, die sich im Bundesstaat Oaxaca für die Rechte politischer Gefangener einsetzt.

Bei den Demonstrationen am 20. November und am 1. Dezember wurden in Mexiko-Stadt mehrere Demonstrierende willkürlich verhaftet. Hat die Regierung in ihrem Bundesstaat Oaxaca ähnlich auf die derzeitigen Proteste reagiert?

Es gibt viel Protest seitens der Bevölkerung und der Nichtregierungsorganisationen in Oaxaca. Der Gouverneur (von der Partei Movimiento Ciudadano, Anm. d. Red.) möchte sich von der Vorgängerregierung der PRI abheben, die die sozialen Bewegungen unterdrückt hat. Deswegen gibt die Regierung des Bundesstaates vor, für einen Dialog mit der Zivilgesellschaft offen zu sein. Aber die Repression sozialer Bewegungen findet weiterhin statt, nur subtiler als früher. Die aktuelle Mobilisierung hat die bundesstaatliche Regierung aus dem gleichen Grund bislang nicht unterdrückt – zumindest nicht deutlich sichtbar. Zunächst schien es sogar so, als gäbe es einen gewissen Respekt gegenüber den derzeitigen Protesten. Aber Abgeordnete und Unternehmer in Oaxaca fordern nun, dass die Proteste ebenso eingeschränkt werden können, wie es in anderen Fällen bereits gemacht



Foto: Eva Bräth

IDOLINA GALLARDO MARTÍNEZ

ist Lehrerin und Menschenrechtsverteidigerin im Bundesstaat Oaxaca. Seit der willkürlichen Festnahme ihres Bruders Damián Gallardo Martínez im Mai 2013 setzt sie sich für dessen Freilassung und gegen die Kriminalisierung sozialer Proteste in Mexiko ein.

Damián, Aktivist für indigene Rechte und Bildung, wurde von sieben bewaffneten Personen ohne Angabe von Gründen aus seinem Wohnhaus verschleppt und war zunächst 30 Stunden verschwunden. Unter Anwendung von psychischer und physischer Folter wurde er unter Druck gesetzt, ein Schuldgeständnis zu unterschreiben und andere Aktivist*innen zu belasten. Er wird beschuldigt, Minderjährige entführt zu haben und der Organisierten Kriminalität anzugehören. Obgleich eine Vielzahl von Prozessfehlern und die Verletzung seiner Rechte nachgewiesen werden können, ist Damián weiterhin in Haft. Im Juni 2013 hat Idolina den Verein „Comité de Amigas/os y Familiares de Damián Gallardo Martínez“ mitgegründet und zusammen mit politischen

Freund*innen und ihrer Familie den Fall in Konferenzen, Foren und vor den Vereinten Nationen (VN) präsentiert. Vier Sonderberichterstatter der VN haben bereits Eilanfragen an die mexikanische Regierung gesendet. Bislang haben sie keine Antwort erhalten.

wurde. Das haben sie schon nach dem Gedenkmarsch für die 1968 ermordeten Studierenden am 2. Oktober getan. Es wird also schwer werden, die Proteste aufrecht zu erhalten.

Ist Ihrer Einschätzung nach die Repression gegenüber Aktivist*innen in der Regierungsperiode von Enrique Peña Nieto angestiegen?

Ja, sicher. Es ist natürlich nicht so, als habe es in den Vorgängerregierungen keine Repression gegeben, aber die Vorgehensweise war anders. Die vorherigen Regierungen haben den Weg dafür geebnet, dass heute die großen Strukturreformen umgesetzt werden können: allen voran die Bildungsreform, gefolgt von den Reformen im Energie- und Telekommunikationsbereich und der Landreform. Und die Umsetzung dieser Reformen geht damit einher, dass ihre Kritiker verfolgt werden. Das Thema politischer Gefangener hat in Mexiko immer dann an Brisanz gewonnen, wenn es um die Entwicklung des Landes ging und die Regierung wirtschaftliche Reformen durchsetzen will. Im Augenblick ist das auch so. Dabei ist die Bekämpfung der Oppositionellen aus dem Ruder gelaufen. Jetzt weiß die Regierung nicht, wie sie das wieder in den Griff bekommen kann und sucht nach Möglichkeiten, künftig noch repressiver vorgehen zu können.

Welche Mittel wendet die Regierung an?

Es geht darum, die Mobilisierung zu bremsen. Bei der Demonstration am 20. November in Mexiko-Stadt wurden elf Studenten festgenommen. Ihnen wurden schwere Straftaten wie terroristische Aktivitäten und Mordversuch vorgeworfen – das zeigt den Exzess der Bundesregierung. Am 1. Dezember nahm die Polizei erneut Leute fest.

Dieses Mal lastetet sie ihnen zwar Straftaten an, bei denen Freilassung gegen eine Kautions möglich ist. Aber die Kautionen sind so hoch, dass sie in der Praxis nicht gezahlt werden können. Auf diese Weise wird der Bevölkerung klargemacht, womit sie rechnen kann, wenn sie solidarisch ist und protestiert. In Mexiko-Stadt haben wir gesehen, dass Leute, die nichts mit der Gewaltanwendung bei den Demos zu tun haben, eingeschüchert und geschlagen werden. Außerdem gibt es Beweise dafür, dass es sich bei den gewalttätigen Demonstrationsteilnehmern um Infiltrierte handelt – nicht um Menschen, die mit der aktuellen Bewegung solidarisch sind. Auch Militärs haben an den Märschen teilgenommen und sich als Zivilisten ausgegeben. Mit dem neuen Gesetz zur Mobilität wird die Repression noch schlimmer. Ich denke, dass die Regierung außerdem darauf setzt, dass die Bevölkerung ermüdet. Das ist nämlich eine weitere Strategie: gar nicht reagieren, bis die Leute aufhören auf die Straße zu gehen.

Sie haben die Verfassungsänderungen zur „Sozialen Mobilität“ erwähnt, die Anfang Dezember im Abgeordnetenhaus verabschiedet wurden (siehe Infokasten unten). Worum geht es dabei?

Dieses Gesetz wurde schon vor einiger Zeit angestoßen. Es ist auffällig, dass es nun verabschiedet wird, da es die stärkste Mobilisierung seit langem gibt. Ursprünglich waren es Änderungen, die das Recht auf Mobilität garantieren sollten. Momentan spielt die Regierung das Demonstrationsrecht gegen das Recht auf Mobilität aus. Aber auch die Demonstranten nehmen ihr Recht auf Mobilität wahr und eigentlich sollte es keine Diskussion darüber geben. Und in solch einem traurigen Fall

LEY ANTIMARCHAS

Am 2. Dezember verabschiedeten die Fraktionen von PRI, PAN, PVEM und Panal im Abgeordnetenhaus Änderungen der Verfassungsartikel 11 und 73. PRI und PAN stellten überraschend einen Vorschlag zur „sozialen Mobilität“ der Kommission für Verfassungsfragen zur Abstimmung. Die Kommission hatte den Entwurf Ende April 2014 beschlossen; seitdem lag er auf Eis. Die Änderungen unterstreichen bislang das Recht auf Mobilität und legen die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzes fest. Kritiker*innen befürchten, dass sie eine Einschränkung der Demonstrationsfreiheit nach sich ziehen werden. Auch Abgeordnete von PRD, PT und Movimiento Ciudadano sprechen sich klar gegen die Verabschiedung aus, da ein Mobilitätsgesetz genutzt werden könne, um Protest zu kontrollieren und einzuschränken. Nach der Verabschiedung mit 292 gegen 100 Stimmen wurde der Entwurf zur Abstimmung an den Senat geschickt. Anschließend hat der mexikanische Kongress 180 Tage Zeit, um ein Allgemeines Mobilitätsgesetz auszuarbeiten und zu verabschieden.

wie dem der verschleppten Studenten noch weniger! Es ist auch nicht das erste Mal, dass ein Gesetz verabschiedet wird, das Proteste eindämmt. In Puebla gab es das sogenannte *Ley Bala* (Kugel-Gesetz, Anm. d. Red.), das Schusswaffengebrauch gegen Demonstranten erlaubte. Ein 13-jähriger Junge starb dort im Juli, weil er durch eine Gaspatrone am Kopf getroffen wurde.

Denken Sie, dass die derzeitigen Proteste einen politischen Wandel anstoßen können?

Ich habe den Eindruck, dass der Fall der 43 Lehramtsstudenten mehr Geschlossenheit in der Bevölkerung bewirkt. Die Gesellschaft ist den ganzen Rechtsverletzungen überdrüssig. Die sozialen Kämpfe waren bislang fragmentiert: da war die Gewerkschaft der Elektriker, der Protest gegen den Wahlbetrug 2006, die Mobilisierungen der Studenten vor den Wahlen 2012 oder die Lehrer-gewerkschaft. Wenn die bedauerliche Situation einen politischen Nutzen hat, dann besteht er darin, dass verschiedene Sektoren der Gesellschaft zusammenfinden. So haben sich beispielsweise in Oaxaca verschiedene Nichtregierungsorganisationen, Menschenrechtszentren und Gewerkschaften zusammengeschlossen, um den Empfang der Karawane für die verschwundenen Studenten zu planen. Das hätte früher nicht unbedingt funktioniert. Genau das beunruhigt die Regierung wahrscheinlich – dass dieser Fall den ganzen Überdruß der Gesellschaft bündelt.

Wie erklären Sie sich, dass der Protest dieses Mal landesweit anhält – und die Repressionsstrategie der Regierung nicht aufzugehen scheint?

Wir haben schon so viel erlitten: erzwungenes Verschwindenlassen, Morde, aber auch Marginalisierung und Armut. Wir sind es leid. Dass sie gegen junge Menschen auf so grausame Weise vorgehen, hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Scheinbar ist nun der Punkt erreicht, an dem den Leuten klar geworden ist, was wir schon alles erlebt haben und wie oft die Regierung die Dinge heruntergespielt und ihre Verantwortung geleugnet hat. Die Menschen sind empört, wütend, stocksauer. In anderen Fällen ist es gelungen, die Wut durch die Verbreitung von Angst zu verhindern. Aber jetzt haben es die Leute auch satt, sich diese Angst auferlegen zu lassen. Stattdessen sind sie wütend, weil auch ihre friedlichen Proteste unterdrückt werden.

Die Regierung ist also überfordert.

Für die Regierung gerät das Ganze außer Kontrolle. Denn normalerweise verlaufen Mobilisierungen in Mexiko anders. Früher hat die Beteiligung nachgelassen, jetzt scheint sie sogar anzusteigen. Das ist keine Kleinigkeit! Hinzu kommt, dass sich auch im Ausland sehr viele Menschen solidarisieren. Das erzeugt viel Druck auf die Regierung. Das Bild eines sicheren und demokratischen Staates erweist sich nun als falsch. Und es geht natürlich um viel mehr als um ein Image. Es geht auch darum, dass ausländische Investoren sich im Land niederlassen.

Wie kann es in diesem Szenario gelingen, aus der Situation von Unsicherheit und Gewalt herauszukommen?

Manchmal scheint es unmöglich, etwas bekämpfen zu können, das sich so festgesetzt hat. Noch mehr, weil die politische Klasse mit ihren wirtschaftlichen Interessen bislang nicht die Absicht gezeigt hat, etwas gegen Gewalt und Straflosigkeit zu unternehmen. Ein politischer Wandel erfordert es, grundlegende Fragen anzugehen. Ich weiß nicht, ob die derzeitige Mobilisierung ausreicht, um solch grundlegende Veränderungen zu erreichen.

Wer könnte das angehen?

Ich sehe keine politische Linke, die ein solches Projekt anführen und die Probleme herausfordern kann. Vor kurzem haben mich Abgeordnete des Europaparlamentes auch gefragt, ob es denn keine Partei gebe, auf die man dabei setzen kann. Ich denke nicht. Auch außerhalb der parteipolitischen Klasse gibt es keine Führungsfigur. Jede Bewegung hat ihre führenden Köpfe. Bislang gibt es niemanden, der alle repräsentiert; vielleicht ergibt sich das zu einem späteren Zeitpunkt. Wobei es ja auch schwer ist, die ganze Hoffnung in eine Gruppe zu setzen. Vielleicht gelingt es, aus der Zivilgesellschaft heraus etwas Neues zu gestalten und nach und nach kleine Veränderungen zu bewirken. Hoffen wir darauf, dass der Fall der Lehramtsstudenten nicht ein Fall unter vielen bleibt, an den wir uns in ein paar Jahren einfach nur erinnern.

// Interview: Eva Bräth

KEIN LICHT AUF DEM LAND

DER STROMNETZAUSBAU IN GUATEMALA SORGT ZUNEHMEND FÜR PROTESTE

Die guatemaltekische Regierung treibt die Stromversorgung der ländlichen Regionen voran. Größter Nutznießer sind Unternehmen, die Ressourcen abbauen, während viele Dörfer weiterhin keinen Zugang zum Stromnetz haben. Die Konflikte über die Nutzung kommunalen Landes durch die Energieunternehmen häufen sich.

Bis heute verfügen weite Teile der ländlichen, meist indigenen Bevölkerung Guatemalas über keinen Zugang zur Stromversorgung. Dabei waren die guatemaltekischen Regierungen in den letzten Jahren durchaus aktiv in der Energiepolitik. 2007 wurde das Elektrifizierungsgesetz reformiert, als Voraussetzung dafür, die nationale Energieinfrastruktur zu erweitern. Damit reagierte die Regierung vor allem auf die steigende Nachfrage der Industrie und des Bergbausektors. Im Jahr 2010 wurde das kolumbianische Unternehmen TRECSA beauftragt, die geplante Erweiterung des Stromnetzes in Guatemala zu realisieren. Anfang 2013 zeigte sich jedoch, dass TRECSA mit dem Ausbau des Stromnetzes nicht wie geplant vorankam. Hauptgrund dafür war der Widerstand von betroffenen indigenen Gemeinden. Sie wehrten sich dagegen, ihr Land für den Stromnetzausbau zu verkaufen oder zu verpachten. Darauf reagierte die Regierung im März 2013 mit dem Erlass des Dekrets 145-2013: Das Programm zur Erweiterung des Stromnetzes und der ländlichen Stromversorgung wurde zur „nationalen Dringlichkeit“ erklärt. Sehr schnell kam von den indigenen Organisationen Kritik, dass die Bestimmungen des Dekrets effektiv das Recht auf Privatbesitz und kollektiven Besitz aushebeln würde. Tatsächlich beklagen sie, dass seit dem Erlass immer wieder Plünderungen und Übergriffe der Regierung und der Energieunternehmen auf kommunales Land und dessen natürliche Ressourcen stattfinden würden. Besonders betroffen ist der Norden des Departements Quiché, wo das Militär in den 1980er Jahren

zahlreiche Massaker an der indigenen Bevölkerung verübte. Hier sind mehrere Wasserkraftwerke und staatseigene Starkstromleitungen geplant, um den umliegenden Bergbaukonzernen, die für das Land Konzessionen erhalten haben, Strom für die Ausbeutung der Mineralien zu liefern. Diese Projekte dienen offiziell der Entwicklung der armen Gemeinden, doch davon ist bisher wenig zu sehen. Auf einem Treffen mit Repräsentant*innen der Firma TRECSA verlangte daher ein junger Ixil Maya, dass sie der Gemeinde mehr als Almosen wie ein paar Wellbleche anbieten müssten, um das Wegerecht für ihre Starkstromleitungen durch ihr Land zu erhalten. So würden sie auch wirklich etwas zur Entwicklung beitragen und nicht nur davon reden. Tatsächlich spricht wenig dafür, dass die Gemeinden den zugesagten Strom von den Wasserkraftwerken und TRECSA, das ausschließlich für den Transport des Stroms zuständig ist, bekommen werden. Ein Beispiel für die unerfüllten Versprechen ist im Verwaltungsbezirk Chajul zu finden, in dessen Gebiet das Wasserkraftwerk Xacbal seit drei Jahren Strom erzeugt: Obwohl den naheliegenden Gemeinden Licht versprochen worden war, sind bis heute 80 Prozent von ihnen ohne Strom geblieben.

Die betroffenen Gemeinden in Quiché belassen es nicht bei passiven Forderungen. Unter dem Motto „Wenn das ganze Volk aufsteht, wird das Land erzittern“, haben sie sich organisiert, um sich über die Elektrifizierungspläne des Landes zu informieren und auszutauschen. In einer Versammlung konnten die Gemeinderepräsentant*innen ergründen, dass die Mehrheit der Gemeinden dem Unternehmen TRECSA kein Wegerecht erteilt oder Land verkauft hat. Zudem stellte sich heraus, dass es mehrere Einschüchterungs- und Verleumdungsversuche seitens des Unternehmens gegeben hatte, um die einzelnen Gemeinden zur Landvergabe zu bewegen. So hätten TRECSA-Repräsentant*innen gegenüber Einzelgemeinden fälschlicherweise behauptet, dass die Nachbargemeinden ihnen schon ein Wegerecht erteilt hätten

und sie sich als einzige fehlende Gemeinde der nationalen Entwicklung und dem Wohlstand des Landes entgegenstellen würden. Einige andere Gemeinden hingegen sahen sich politisch und sozial gespalten, da sie Wegrechte erteilt hatten oder weil vereinzelt Land verkauft worden war. Verschiedene Bäuerinnen und Bauern sehen ihr Land für die Subsistenzwirtschaft in Gefahr: „Wo sollen wir unseren Mais pflanzen, wenn die Starkstromleitung genau durch unser Feld führt?“

Am 13. November 2013 reichten 27 Gemeinden aus elf Regionen eine Verfassungsklage gegen das Dekret 145-2013 ein, da es das Recht auf Privatbesitz und kollektiven Besitz aushebele. Auch sei das Dekret unter Umgehung des Parlaments ausschließlich vom Präsidenten und dem Ministerrat erlassen worden, was ein Verstoß gegen die in der Verfassung verankerten Prinzipien der Gewaltenteilung darstelle. Des Weiteren sei vor der Ausarbeitung des Dekrets die Konsultationspflicht gemäß der ILO-Konvention 169 verletzt worden, die von Guatemala 1996 ratifiziert wurde. Dieses besagt, dass die betroffenen indigenen Gemeinden durch geeignete Verfahren und insbesondere durch ihre repräsentativen Einrichtungen immer dann zu konsultieren sind, wenn gesetzgeberische oder administrative Maßnahmen, die sie betreffen könnten, erwogen werden.

Immer mehr Teile der ländlichen Bevölkerung wehren sich gegen die Verletzung ihrer Grundrechte auf Information, Konsultation und Einbezug in die nationalen und lokalen Entwicklungspläne. Seit 2005 wurden in beinahe 80 Gemeinden Befragungen durchgeführt, um die Zustimmung der Bevölkerung zu Bergbau-, Strom- und anderen Megaprojekten zu erfassen. In den meisten Gemeinden haben über 90 Prozent der Bevölkerung die Durchführung solcher Megaprojekte abgelehnt.

Die guatemaltekische Regierung zeigt allerdings kein Entgegenkommen. Im Gegenteil: Da der Stromnetzausbau aufgrund des Widerstands weiterhin nicht richtig vorankommt, wird derzeit im Parlament über die Vorlage zu einem Gesetz zum obligatorischen Nutzungsrecht beraten. Für den Ausbau des Stromnetzes würde das die Möglichkeit schaffen, Land, das sich im Privat- und Kollektivbesitz befindet, auch gegen den Willen seiner Besitzer*innen zu nutzen. Dies käme einer faktischen Enteignung und Verletzung der Gemeindeautonomie gleich.

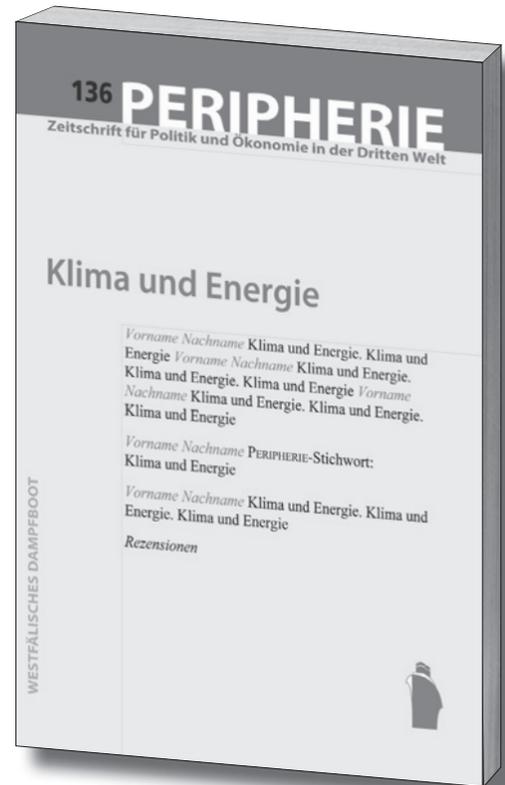
// Barbara Klitzke

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

30 Jahre Dampfboot

30 Jahre

Verbreitung kritischer Gesellschaftstheorien



PERIPHERIE 136

Klima und Energie

2014 - 156 Seiten - € 15,00

ISBN: 978-3-89691-838-3

Die Artikel in der PERIPHERIE 136 verdeutlichen auf unterschiedlichen Ebenen die Schwierigkeiten, die sowohl mit den verbreiteten Vorstellungen von Anpassungspolitik als auch mit der Konzeption und Umsetzung von Politiken der Minderung der Emission von Treibhausgasen verbunden sind.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

AFROBOLIVIANISCHE IDENTITÄT IM PLURINATIONALEN STAAT

AFROBOLIVIANER*INNEN ZWISCHEN ANERKENNUNG, MONARCHIE UND DISKRIMINIERUNG

In Bolivien leben etwa 25.000 Menschen, die sich selbst als Afrobolivianer*innen identifizieren. Sie sind Nachkommen afrikanischer Sklav*innen, die im 16. und 17. Jahrhundert nach Bolivien verschleppt wurden, um zunächst in den Silberminen von Potosí, dann im Anbau von Kaffee und Zitrusfrüchten in den subtropischen Yungas ausgebeutet zu werden. Auch heute noch leben die meisten Afrobolivianer*innen von der Landwirtschaft und verdienen durch Anbau und Verkauf von Koka ihr oft spärliches Einkommen. Die junge Generation allerdings zieht es in die Städte, wo sie um politisches Gehör und die Anerkennung ihrer Community in der Gesellschaft kämpfen.

Schotterstraßen, Serpentina und steile Berghänge. Der Ort Tocaña liegt mit 160 Einwohner*innen rund drei Autostunden von La Paz entfernt im subtropischen Norden Boliviens. Die kleine Häusersiedlung erstreckt sich auf einem mächtigen grünen Hügel voller Vegetation: Lemongras und Lianen wuchern an den Abhängen. Der Blick vom Dorfplatz schweift über die benachbarten Berggipfel, die von dichten Wolken bedeckt werden. Eine mächtige Kulisse. Doch der Ortskern von Tocaña wirkt öde: eine verriegelte Kirche, ein überdachter Beton-Sportplatz, zwei winzige Lebensmittelläden, kaum Menschen. Auf den ersten Blick hat die kleine Gemeinde nichts zu bieten. Dennoch: Tocaña ist anders als die meisten Ortschaften in der Umgebung. Das liegt an den Bewohner*innen.

„Wir sind gar nicht ursprünglich von hier“, sagt Jhony Perez. Dabei ist der 39-Jährige in Tocaña aufgewachsen. Es ist Sonntagnachmittag, 17 Uhr. Etwa 15 Dorfbewohner*innen haben sich neben dem Bolzplatz versammelt und trinken Bier aus Plastikbechern. Jhony Perez sitzt auf einer alten Schulbank aus Holz, die als Sitzgelegenheit auf-

gestellt wurde. Mit „nicht ursprünglich von hier“ meint er seine Vorfahren. „Die wurden hergebracht“, sagt er. Wie fast alle Menschen im Dorf ist Jhony Perez Nachfahre afrikanischer Sklav*innen. Im 16. und 17. Jahrhundert verschleppten die spanischen Kolonistator*innen massenhaft Frauen und Männer aus Afrika nach Bolivien. Der Plan der Konquistador*innen: Sie sollten sich in den Silberminen von Potosí für den Reichtum des spanischen Königshauses abarbeiten. Doch Höhenluft, Kälte und miserable Arbeitsbedingungen trieben viele in den Tod. Daraufhin wurden die ver-sklavten Afrikaner*innen in den wärmeren Norden verkauft, um in den subtropischen Yungas in der Landwirtschaft ausgebeutet zu werden – vor allem in Anbau von Kaffee und Zitrusfrüchten.

Jhony Perez erzählt, seine Vorfahren kämen wahrscheinlich aus Mosambik. Das hätte vor ein paar Jahren mal jemand anhand der Untersuchung seines Kiefers festgestellt. Bei anderen Dorfbewohner*innen sei das Ergebnis der Kongo, Angola oder Nigeria gewesen. „Die spanischen Kolonisatoren haben absichtlich Sklaven aus verschiedenen Ländern verschleppt“, sagt Perez.

.....
Wie fast alle Menschen im Dorf ist Jhony Perez Nachfahre afrikanischer Sklav*innen.
.....

„Damit sie sich nicht verständigen konnten und keine Rebellion starteten“. Die Frage der Ahnenforschung – wer jetzt aus welchem Land kommt – interessiert in Tocaña aber ohnehin keinen so wirklich. Keiner ist je nach Afrika gereist.

Unter den damals verschleppten Sklav*innen war auch der Thronfolger einer senegalesischen Ethnie. So jedenfalls erzählt der Mythos unter den Afrobolivianer*innen und so berichten bolivianische Medien, die *BBC* und die *ARD*. Seit dem offi-



Fotos: Jonas Schreijäg

▲ Geerntete Koka-Blätter Werden in der Sonne getrocknet

ziellen Ende der Sklaverei im Jahr 1826 wird auch unter den Nachfahren der Sklav*innen in Bolivien wieder ein König gekrönt, der König für die ganze afrobolivianische Community sein soll. Zwar wurde der Thron lange nicht vom bolivianischen Staat anerkannt, aber die Königsdynastie gab Anlass zu einer gemeinsamen afrobolivianischen Identität. Der US-amerikanische Anthropologe Norman E. Whitten schrieb etwa über den im 20. Jahrhundert thronenden Bonifaz, er sei ein *black leader* gewesen, den die Afrobolivianer*innen noch bis nach seinem Tod verehrt hätten.

Bis heute währt das Königreich. Im Internet präsentiert sich die Casa Real Afroboliviana (Afrobolivianisches Königshaus) mit eigenem Wappen und Throngeschichte. Der amtierende König, Don Julio Pinedo, wohnt in Murrata, rund zwei Stunden Fußmarsch von Tocaña entfernt. Der 72-jährige ist seit 1992 auf dem Thron und seit 2007 staatlich anerkannt. Er soll in einem kargen Eckhaus nahe des Dorfplatzes wohnen. Doch die Tür öffnet eine alte, dunkelhäutige Frau im traditionellen bolivianischen *Pollera*-Rock. Der König sei nicht da, sagt Königin Angélica. „Er arbeitet schon seit dem frühen Morgen auf dem Feld“. Die meisten Afrobolivianer*innen in den Yungas leben von der Landwirtschaft. In einer Studie des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen von 2011 liegt der Verkauf von Koka als Einkommensquelle

unter den Afrobolivianer*innen an erster Stelle, 75 Prozent der Befragten gab an, mindestens einen Teil ihres Einkommens durch den Verkauf der Pflanze zu erwirtschaften. So lebt auch die Königsfamilie von der Landwirtschaft. Die 70-jährige Angélica sitzt im Erdgeschoss ihres Hauses. Sie verkauft Sardinendosen, Nudeln und Koka-Blätter in ihrem kleinen Dorfladen und schaut dabei eine Telenovela. „Wir haben nur das Nötigste“, erklärt die Königin. Sie und ihr Mann stünden der Community zwar mit Rat und Tat zur Seite, leider seien die finanziellen Mittel aber begrenzt. Auch wenn der afrobolivianische König von der nationalen Regierung in La Paz offiziell anerkannt ist, hat er keine exekutive Macht. „Mein Mann hat repräsentative, aber keine politischen Funktionen“, resümiert Doña Angélica und ist erpicht darauf, jetzt weiter ihre Fernsehsendung zu schauen.

Zurück in Tocaña. Von den rund 35 Familien hier sind fast alle schwarz. Die Afro-Identität spielt eine entscheidende Rolle im Dorf. In ganz Bolivien gibt es nach Schätzungen der Vereinten Nationen zwischen 30.000 und 35.000 Afrobolivianer*innen. Beim bolivianischen Zensus 2012 gaben laut Nationaler Statistikbehörde INE rund 23.300 Menschen an, sich als Afrobolivianer*innen zu fühlen. Diese Daten wurden zum ersten Mal überhaupt erfasst, denn erst seit der plurinationalen Verfassung von 2009 sind die Afrobolivianer*innen eine



▲ „Jetzt sind wir wer“ Formale Anerkennung der Afrobolivianer*innen 2009 öffnet Perspektiven

der 36 staatlich anerkannten Ethnien in Bolivien. In der neuen Verfassung werden sie in Artikel drei explizit als Teil der Nation aufgeführt und in Artikel 32 werden ihnen die gleichen ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Rechte zugesichert, wie der indigenen Bevölkerung.

Allein wegen dieser formalen Anerkennung hat Verfassungsvater und Präsident Evo Morales auch bei den Menschen in Tocaña einen Stein im Brett. „Früher mussten wir beim Zensus die Kategorie „andere“ ankreuzen. Wir waren nicht existent – Jetzt sind wir wer!“, freut sich Jhony Perez. Evo Morales' Wertschätzung der afrobolivianischen Identität hat dafür gesorgt, dass so gut wie jede*r im Dorf den Präsidenten unterstützt. Landesweite Statistiken zum Wahlverhalten der Afrobolivianer*innen gibt es laut nationalem Wahltribunal zwar nicht, dennoch: „Wir Afrobolivianer haben bei den Wahlen 2014 vollends Evo Morales und seine Partei MAS unterstützt“, sagt Zenaida Avendaño Vasquez, eine Mitarbeiterin des Afrobolivianischen Zentrums (CADIC) in La Paz.

In Bolivien herrschte auch nach der offiziellen Abschaffung der Sklaverei im Jahr 1826 noch eine extreme Abhängigkeit vom Großgrundbesitz. Zwar änderten sich die Besitzverhältnisse mit der Agrarreform von 1953, trotzdem gehören die Afrobolivianer*innen auch heute noch zum ärmeren Bevölkerungsteil Boliviens. NGOs und Internationale Organisationen wie die Minority

Rights Group International oder das Welternährungsprogramm der UN gehen davon aus, dass Afrobolivianer*innen im Vergleich mit anderen Gruppen weniger verdienen und schlechteren Zugang zu Gesundheit und Bildung haben. Auch die Diskriminierung ist immer noch ein Problem, auch wenn 2010 ein Gesetz (Ley 045) verabschiedet wurde, das rassistische und diskriminierende Äußerungen und Handlungen mit einem Strafmaß von bis zu sieben Jahren Haft ahnden soll. Von den 135 angezeigten Verstößen gegen das Gesetz in den ersten 10 Monaten von 2013 wurden laut der Tageszeitung *La Razon* nur sieben tatsächlich verfolgt. Auch der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen kam 2013 zu dem Schluss, dass die Umsetzung des Gesetzes noch nicht funktioniere. In dem UN-Bericht heißt es: „Eine große Zahl der Afrobolivianer ist systematischer Ungerechtigkeit ausgesetzt, sie leiden unter fehlenden Meldemechanismen und mangelnder Unparteilichkeit von Behörden und Polizei.“ *Racial Profiling* sei beispielsweise auch weiterhin ein großes Problem für die schwarze Bevölkerung. Jorge Medina ist der erste und im Moment einzige Afrobolivianer in der bolivianischen Abgeordnetenkammer und hat selbst am Gesetz

.....
Bei den Wahlen 2014 wurden drei afrobolivianische Frauen in öffentliche Ämter gewählt.
.....

045 mitgearbeitet. Vier Jahre nach Verkündung des Gesetzes hätten rassistische Sprüche wie „¡Suerte negro!“ zwar abgenommen, resümiert Medina auf seiner Website. Ein latenter Rassismus sei aber weiterhin vorhanden. Der spöttische Spruch, dem „kleinen Schwarzen“ Glück dabei zu wünschen, wenn er sich etwas anderem als der Feldarbeit widmet, charakterisiert den schwierigen Zugang zu öffentlichen Ämtern und Institutionen für Afrobolivianer*innen. „Früher ging kaum einer auf die Universität“, erklärt Medina am Telefon. „Heute zieht es immer mehr junge Leute in die Städte, für ihre Ausbildung gehen sie nach La Paz, Cochabamba und Santa Cruz.“ In der Hauptstadt verschaffen sie sich auch immer mehr politisches Gehör: Neben dem Abgeordneten Medina setzt sich auch das Afrobolivianische Zentrum für ihre Belange ein. „Bolivien befindet sich in einer

Transformation," fasst Medina zusammen. „Es ist jetzt die Aufgabe von Politik und Medien die Möglichkeiten der neuen Gesetze zu verbreiten, damit sie dann auch richtig angewendet werden.“ Zurück in Tocaña. Hier sind es auch 188 Jahre nach Abschaffung der Sklaverei immer noch die Afrobolivianer*innen, die die Felder bestellen. Sie züchten heute vor allem *la coca*. „Die kann man drei bis vier Mal im Jahr anbauen“, sagt Reyna Ballivián, eine weitere Bewohnerin Tocañas, die seit sie denken kann auf dem Feld steht. Reich ist sie davon nicht geworden. Die 40-Jährige schaut aus einem kleinen Fenster ihrer Küche aus Lehmziegeln. „Mein Bruder arbeitet für die Regierung in La Paz, meine Schwester lebt in Spanien“, sagt Reyna. Auch sie wäre gern rausgekommen. Mit dem Koka-Anbau kann die alleinerziehende Mutter aber immerhin ihre zwei Kinder durchbringen. Früher habe die Dorfbevölkerung hauptsächlich Kaffee gepflanzt. Doch in den 90ern sei der von Schädlingen befallen worden. Ohnehin ist es in Bolivien – spätestens seitdem der Präsident

▼ **Königin Angélica** schaut eine Telenovela in ihrem Dorfladen



selbst ein ehemaliger Koka-Bauer ist – lukrativer, die grünen Blätter anzubauen. Von den USA gestützte Anti-Koka-Kampagnen der Vorgänger-Regierungen beendete Evo Morales – auch deshalb sind ihm viele afrobolivianische Koka-Bauern und Bäuerinnen treu. In der neuen Verfassung genießt die Koka-Pflanze den Status eines Kulturerbes und ist in ihrer traditionellen Form ausdrücklich kein Betäubungsmittel. 2013 erreichte Bolivien für den legalen Koka-Anbau sogar eine Ausnahmeregelung im UN-Einheitsabkommen über die Betäubungsmittel.

Auch Jhony Perez lebt vom Koka-Strauch. Schon als Achtjähriger hat er auf dem Acker mitgeholfen. Während er spricht, kaut er immer wieder auf einem dicken Koka-Knäuel herum. In seiner linken Backenhälfte klemmen mindestens 20 Blätter, denen er den grasig schmeckenden Saft entzieht, die gegen Höhenkrankheit und Müdigkeit helfen. Diese kaubaren Energie-Booster kann Jhony Perez auch gut gebrauchen. Seine Ex-Frau ist mit einem anderen Mann nach Chile abgehauen und Perez muss seinen vier Kindern das Internat finanzieren. Tagsüber arbeitet er deshalb von 9 bis 17.30 Uhr auf den Koka-Feldern Tocañas. Nachts fährt er runter ins Tal, um in einer Mine Gold abzubauen. „Manchmal komme ich erst um sieben Uhr morgens nach Hause“, sagt Perez. Zwei Stunden später beginnt schon wieder die Feldarbeit. Macht ihn die Schufferei nicht kaputt? „Nein“, betont der 39-Jährige später am Abend bei einer kleinen Feier in seinem etwa zehn Quadratmeter kleinen Zimmer. Es gibt Bier, Koka-Blätter und Gitarrenmusik. „Tocaña, meine Liebe, du bist meine Inspiration, singen Jhony, Reyna und die anderen. An der Wand hängen Fotos von Perez' Kindern. „Es ist schlicht hier, aber mir fehlt es an nichts“, sagt er gelassen. Zwei Mittzwanzigjährige kommen noch auf ein Bier vorbei. Sie sind in Tocaña aufgewachsen, aber haben sich in der nahegelegenen Provinzstadt Coroico mit einem kleinen Laden selbständig gemacht. „Das ist die neue Generation“, freut sich Jhony Perez, auch wenn sein eigener Alltag ein anderer ist: Am Tag nach der Feier in seinem Zimmer wollte Jhony Perez eigentlich zum Abendessen ins Dorf kommen. Aber dann kann er doch nicht. Es gebe viel Arbeit unten im Tal, sagt er am Telefon. „Ich muss heute Nacht in der Mine schlafen.“

// **Jonas Schreijäg und María Blanco Cancho**

DIE LEERE HÜLLE DES GESETZES

TROTZ POLITISCHER MASSNAHMEN BLEIBT DIE LAGE DER FRAUEN IN BOLIVIEN DRAMATISCH – ZWEI AKTIVISTINNEN SCHILDERN DAS STRUKTURELLE PROBLEM

Die Gewalt gegen Frauen in Bolivien ist in den vergangenen Jahren dramatisch angestiegen. Die Straflosigkeit bleibt trotz neuer Gesetze hoch. Die LN sprachen mit Andrea Flores Tonconi und Eliana Quiñones Guzman über die strukturellen Gewaltursachen sowie Grenzen der bisherigen staatlichen Maßnahmen gegen Feminizide, der Tötung von Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht.

Vergangenen November sind in La Paz und Cochabamba besonders grausame Feminizide begangen worden: Eine Frau wurde von ihrem Mann zu Tode geschlagen, eine andere geviertelt. Dies ist aber nur die Spitze des Eisbergs, oder?

Eliana Quiñones: Seit Anfang 2013 bis November 2014 wurden laut des Informations- und Entwicklungszentrums der Frau (CIDEM) 206 Frauen ermordet, davon 96 dieses Jahr. Im März 2013 trat das Gesetz 348 in Kraft, das Frauen ein gewaltfreies Leben garantieren soll. Trotzdem wurden bis Mitte November bisher nur acht Morde an Frauen verurteilt! Wir sehen, wie die Gewalt anhält und durch die Straflosigkeit noch verschärft wird. Das ist empörend, denn die Gewalt wird normalisiert und naturalisiert. Laut einiger Medien wird die Gewalt erst jetzt sichtbar gemacht, aber im Namen der Sichtbarmachung wird sie zugleich normalisiert. Zu den letzten Fällen: Frauen protestierten empört auf der Straße – aber dann vergeht nur eine Woche und ein achtmonatiges Baby wird zu Tode vergewaltigt. Die Fälle erscheinen als Schlagzeilen in der Presse, aber es fehlt eine tiefgehende Analyse, warum das alles wirklich passiert.

Und warum gibt es diese horrende Gewalt gegen Frauen Ihrer Meinung nach?

Eliana Quiñones: Die Gewalt gegen Frauen ist ein Produkt der Krankheit des Patriarchats und der Objektivierung der Frau. Es gibt die Annahme,

eine Frau könne zu Tode geschlagen werden oder geviertelt werden, weil sie nichts wert sei.

Andrea Flores: Die genannten Zahlen erfassen längst nicht alle Fälle. Unsichtbar bleiben Frauen, die auf dem Land und in den Vorstadtgebieten vergewaltigt und getötet werden. Es fehlt der politische Wille, das zu sehen. Die Forensiker kommen zum Beispiel erst zwei Tage nach dem Tod einer Frau. Hier müsste die Politik ansetzen. In unserer langjährigen Arbeit auf dem Land haben wir beobachtet, dass viele Gewalttaten, die früher unsichtbar waren, nun publik gemacht werden. Die Gewalt steigt aber auch immer weiter an. Jetzt werden Anklagen erhoben – aber die Anklagenden haben Angst und sind ohne Gewissheit, ob der Staat reagiert. Die gewalttätigsten sind die Militärs und Polizisten. Man muss an das Bewusstsein der Regierung appellieren.

Sie arbeiten auch zur Problematik des Menschenhandels. Wie ist die Situation in Bolivien?

Andrea Flores: Der Menschenhandel ist kein sichtbares Thema. Eine Frau geht aus dem Haus und kommt nicht wieder. Es gibt Zeitungsartikel und dann passiert nichts mehr. Es gibt keine Informationen, sie verschwinden.

Eliana Quiñones: Es ist ein schwerwiegendes Problem! Der Menschenhandel ist in den letzten fünf Jahren um 96 Prozent gestiegen, in der Mehrheit sind Frauen und Kinder betroffen. In Bolivien verschwindet pro Tag eine Frau! Sie sind Opfer von Organhandel, Zwangsarbeit, oder, in den meisten Fällen, von sexueller Ausbeutung. Und wieder zeigt sich die Straflosigkeit. Von allen Fällen, die angezeigt wurden, wurde bis heute kein einziger aufgeklärt. Grund hierfür ist, dass die Mehrheit der Frauen aus der Provinz und aus den Grenzgebieten stammt – das ist eine überaus verletzliche Gruppe. In tausenden Fällen verschwinden die Unterlagen irgendwo bei der Polizei – und mit den Unterlagen verschwindet auch das Leben der Betroffenen vollkommen.



Foto: Evelyn Linde

ANDREA FLORES TONCONI UND ELIANA QUIÑONES GUZMAN

Andrea Flores Tonconi ist Präsidentin der Organisation der Aymara-Frauen von Kollasuyo (OMAK) mit Sitz in El Alto. Die Organisation unterstützt in Zusammenarbeit mit Gemeindeautoritäten indigene Frauen dabei, sich an lokalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und die Rechte der Frauen zu stärken.

Eliana Quiñones Guzman ist Mitglied des Kollektivs Libertärer Frauen Imillas. Das Kollektiv setzt sich besonders für die Rechte und den Schutz junger indigener Frauen ein.

Mehr Infos: www.coordinadoradelamujer.org.bo

Die Straflosigkeit lässt an den neu verabschiedeten Gesetzen zweifeln.

Andrea Flores: Die neuen Gesetze sind sehr schön. Aber wenn die Gesellschaft sie nicht kennt, bringen sie nichts. Es ist unsere Aufgabe, uns der Gesetze zu bemächtigen und Strategien zu suchen, wie sie angewandt werden. Ansonsten wäre ein großer Aufwand für Gesetze verschwendet, die nur auf dem Papier stehen. Es muss einen Wandel geben, sowohl beim Staat, der die Umsetzung der Gesetze wollen muss, als auch bei uns Frauen.

Eliana Quiñones: Der Staat gibt uns Gesetze, die das Grundproblem nicht lösen. Stattdessen sind sie darauf ausgerichtet, die Frauenbewegung, die

auf die Straße geht, verstummen zu lassen. Der Staat macht sich beispielsweise durch die Straflosigkeit zum Mittäter und trägt Verantwortung für die steigende Gewalt. Die Gleichgültigkeit der staatlichen Organisationen, des Gesundheitssystems, der Schulen, der Polizei, und auch der Familie spielen da hinein. Ein sicheres, gewaltfreies Leben wird somit unmöglich gemacht: Du gehst zum Arzt und wirst nicht behandelt, gehst zur Polizei und wirst schuldig gemacht, gehst in die Kirche und wirst verurteilt - die patriarchale Mentalität ist totaler Komplize.

Welche Reaktionen sind in der Gesellschaft zu beobachten?

Eliana Quiñones: Nach den Vorfällen gab es Demonstrationen, was ich sehr wichtig finde. Denn sie verleihen der Wut und Empörung Ausdruck. Aber die Mobilisierungen dürfen nicht nur konjunkturell sein und für die einzelnen Fälle Gerechtigkeit einfordern. Das ist zwar auch wichtig. Aber darüber hinaus müssen sie die Gesellschaft zu einer tiefgehenden Reflexion über das patriarchale System und die machistische Mentalität im Alltag bewegen. Sonst wird sich nichts ändern. Es muss Druck auf alle Institutionen ausgeübt werden, bis hin zur Meinung des Präsidenten selbst: Die sexistischen Äußerungen und Handlungen der ‚unanfechtbaren Autoritäten‘ dürfen nicht toleriert werden. Die Mobilisierung muss also größer werden, muss denunzieren, aber auch ihre Kritik vertiefen, um die Realität zu verändern. Denn wenn nicht, scheint es so, als ob die Genossinnen und Frauen nur bestimmte Fälle beklagen würden, und nicht mehr.

In Reaktion auf die Fälle Anfang November 2013 wurde in Cochabamba ein Alarmzustand erklärt. Viele Organisationen forderten die Ausrufung des Zustands auf nationaler Ebene. Die Polizei hat den Notzustand erklärt, was bedeutet, dass sie nun sofort auf Anzeigen reagieren will; außerdem wurden kostenlose Hotlines zur Anzeige von Gewalt gegen Frauen in La Paz, El Alto, Cochabamba und Santa Cruz eingerichtet. Sind das erste Schritte zu Veränderungen?

Eliana Quiñones: Das waren Reaktionen auf Forderungen von Organisationen, aber sie verändern strukturell nichts. Außerdem mussten immer erst sehr, sehr blutige Taten geschehen, damit etwas passiert. Beispielsweise wurde das Gesetz 348, das jahrelang auf Eis lag, erst verabschiedet, nachdem eine Journalistin ermordet worden war. Damals sind viele Frauen auf die Straße gegangen und daraufhin, so meine Meinung, wurde das Gesetz verabschiedet, um zu demobilisieren. Aber das Gesetz wird nicht umgesetzt. Die Verantwortlichen sind nicht geschult. Sie wissen nicht, wie sie mit Frauen, die in Gewalt leben, umgehen sollen und verstärken die Gewalt zusätzlich. Dann kommt es zu Vorfällen wie Anfang November und Gesetze werden verschärft oder erweitert, aber das ändert nichts an der gleichen Mentalität. Eine kostenlose Hotline ist keine Strategie, um die machistische Mentalität zu verändern, sondern

um zu demobilisieren. Wir sehen, wie die Gewalt gegen Frauen angestiegen ist und das in einem Staat, der sich vermeintlich in einem Prozess des Wandels und der Depatriarchalisierung befindet.

Bei den nationalen Wahlen im vergangenen Oktober wurde im Parlament zum ersten Mal die Geschlechterparität erreicht, 51 Prozent der Abgeordneten sind Frauen. Steht das nicht im Widerspruch zu der erlebten Gewalt?

Andrea Flores: OMAK (Organisation der Aymara-Frauen von Kollasuyo, siehe Infokasten; Anm. d. Red.) hat mit vielen anderen Organisationen und Frauen bei diesen Wahlen für die 50-50-Quote gekämpft. Leider sind die Frauen, die ins Parlament eingezogen sind, von Männern aufgestellt worden. Die Politiker haben Angst vor Frauen, die widersprechen. Die Frauen im Parlament sollen schweigend alles akzeptieren. Es ist ein herausfordernder Kampf – aber ich habe noch die Hoffnung, dass die Frauen sich befreien können und Wandel bewirken. Aber diese Frauen werden ihre Arbeit verlieren und leiden. Wir Organisationen müssen deshalb auch von außen dafür kämpfen, dass Parität und Gleichheit im Staat umgesetzt werden. Die materielle Basis muss ebenfalls thematisiert werden. Eine arme oder finanziell abhängige Frau wird sich lieber still verhalten, als auf die Einnahmen zu verzichten. Deswegen haben wir ökonomisch-politische Strategien entwickelt, um eigene Ressourcen und eine starke Position im Kampf zu haben.

Eliana Quiñones: Die weiblichen Abgeordneten werden instrumentalisiert, sie partizipieren innerhalb der Struktur eines patriarchalen, maskulinen Staats. Sie partizipieren unter dessen eigenen Logiken und dessen eigenen Gewaltformen, und so verwandeln sich die Abgeordneten in Verbündete des patriarchalen Systems. Ein Beispiel aus vielen: In der Regierung sind Männer wie zum Beispiel jener Senator, der erzählt, dass Frauen lernen müssen, wie sie sich benehmen und kleiden, damit sie nicht vergewaltigt werden. Wer hat ihn hinterfragt und kritisiert? Keine.

Die 50-50-Quote funktioniert noch nicht, denn wir Frauen fühlen uns von denen im Parlament nicht repräsentiert. Warum? In diesem Parlament wirst du keine subversive Frau finden, die frei ist und widerspricht. Die werden rausgeschmissen. Eine andere Basisbewegung ist notwendig.

// Interview: Evelyn Linde

PLATA ODER PLEITE

LN BRAUCHT DEINE UNTERSTÜTZUNG!

Lange sah es so aus, als ginge die Krise an den LN vorüber, doch nun hat sie zugeschlagen! Sinkende Abozahlen, steigende Kosten und zwei dicke Dossiers haben 2014 dazu geführt, dass wir erstmals das Jahr mit einem satten Defizit abschließen. Deshalb brauchen wir jetzt Deine Unterstützung!

Die Krise im Einzelnen: Unsere Abo-Zahlen sinken langsam, sehr langsam. Das ist einerseits erfreulich, denn die Krise der Printmedien ist weit verbreitet. Andererseits sind sinkende Abo-Zahlen ein Problem: Alles wird teurer. Ihr kennt das. Außerdem haben wir das Gehalt für unsere Bürostelle aus Fairness-Gründen leicht erhöht.

Deshalb müssen wir im ersten Schritt die seit 2006 unveränderten Abo-Preise anheben. Wir tun das sehr, sehr ungern, doch ab 2015 müssen wir für das Jahres-Abonnement 47,50 Euro berechnen.

Allein über die bisherigen Abos können wir die LN aber nicht langfristig sichern. Bis Ende 2015 benötigen wir 15.000 Euro, um das diesjährige Defizit auszugleichen und die Zeitschrift im nächsten Jahr im bisherigen Umfang weiterzuführen. Deshalb brauchen wir jetzt Unterstützung.

Schon in der letzten Ausgabe berichteten wir von unserem Defizit. Bisher haben uns schon 4.897,50 Euro an Spenden erreicht!

**VIELEN DANK AN ALLE, DIE
BEREITS GESPENDET HABEN!**



Es fehlen noch ca. 10.000 Euro. Für jeden Beitrag, der uns auf dem Weg zu unserem Ziel hilft, bedanken wir uns herzlich!

Eure LN-Redaktion

UNTERSTÜTZE UNS

MIT EINER SPENDE:

Für einmalige, große oder kleine Spenden bitte auf folgendes Konto überweisen:

Kontoinhaber: Lateinamerika Nachrichten e.V.

GLS Bank

IBAN: DE 35 4306 0967 1122027900

BIC: GENODEM1GLS

Kontonummer: 1122 027 900

BLZ 430 609 67

**Als gemeinnütziger Verein stellen wir gerne
Spendenbescheinigungen aus!**

BERGBAU MIT CLOWNS

STAATLICHES BERGBAUUNTERNEHMEN WILL IN DER INTAG-REGION KUPFER ABBAUEN, DIE BETROFFENEN GEMEINDEN SIND GESPALTEN

Die Intag-Region ist Teil des Naturreservats Cotacachi Cayapas und beherbergt eine hohe Artenvielfalt, die nun fast 5.000 Hektar Tagebau durchreißen sollen. Seit Mai 2014 führt das staatliche Bergbauunternehmen ENAMI die Explorations-Phase für das Projekt Lluirimagua durch. Die betroffene Gemeinde Peñaherrera teilt sich in Befürworter*innen und Gegner*innen.

Munteres Zirpen und Zwitschern erklingen als Geräuschkulisse in der von subtropischem Nebelwald umgebenen Gemeinde Peñaherrera. An diesem Tag mischen sich die Klänge jedoch mit Bachatas aus Musikvideos, die auf einer Bühne ausgestrahlt werden, welche das staatliche Bergbauunternehmen ENAMI aufgebaut hat. ENAMI möchte im offenen Tagebau die geschätzten 2,2 Millionen Tonnen Kupfer aus der Intag-Region nordwestlich der Hauptstadt Quito fördern. „Gemeinsam mit der Gemeinde“ so das Motto, weswegen das Bergbauunternehmen Peñaherrera mit sogenannter ecuadorianischer Kultur bespaßt: Clowns, Musikvideos und Filme. Nicht zufällig fällt die Werbeveranstaltung auf den Tag, an dem auch die *asamblea* zusammenkommt, die Bürger*innenversammlung des Gemeinderats. Dieses Mal soll die *asamblea* auch den Haushalt 2015 für die Gemeinde Peñaherrera verabschieden. Zu den etwa alle drei Monate stattfindenden basisdemokratischen Versammlungen können alle Bewohner*innen der Dörfer Peñaherreras kommen und ihre Politik mitgestalten.

Die Stimmung auf der *asamblea* ist angespannt, die beiden Lager haben sich jeweils auf einer Seite der Tribünen der Sport- und Veranstaltungshalle verteilt. Bei den Wahlen im Februar 2014 hat die Kandidatin der Regierungspartei Alianza País (AP), Margarita Espín, den Vorsitz des Gemeinderats knapp gewonnen. Ihr Vorgänger, Gustavo León vom Wahlbündnis Vivir Bien – Ally Kawsay,

ist nun Vizepräsident des Gemeinderats. Die Anhänger*innen von Vivir Bien sind gegen den Bergbau in der Intag-Region. Espín hat die Wahl mit dem Versprechen von Wandel und Arbeit gewonnen – Arbeitsplätze, die der Bergbau bringen soll. María Augusta León, Ehefrau von Gustavo León, regt sich über den Ablauf der *asamblea* auf: „Der Haushalt wurde gar nicht richtig diskutiert und die Präsidentin war so darauf bedacht, die *asamblea* mittags zu beenden, dass sie am En-

.....
Der Staat will mit fünf Mega-Projekten den industriellen Großbergbau in Ecuador einführen.
.....

de nicht mal hat abstimmen lassen“. Nachmittags ist schließlich das Programm von ENAMI vorgesehen, das die AP-Politikerin dann auch lobend ankündigt. Interessantes Detail: Espíns Ehemann arbeitet für die ENAMI.

Das staatliche Bergbauunternehmen soll das durchführen, was seit Mitte der 1990er Jahre durch die Bewohner*innen der Intag-Region verhindert wurde. Bereits zweimal ließen transnationale Unternehmen aufgrund des erbitterten Widerstands der Gemeinde von ihren Bergbauvorhaben ab. 2008 wurde im Zuge der neuen Verfassung schließlich das Bergbau-Mandat erlassen, wodurch alle vom ecuadorianischen Staat illegal vergebenen Konzessionen den Unternehmen entzogen wurden, so auch in der Intag-Region. Die damals gültige Verfassung von 1998 schrieb vor, dass die betroffene Bevölkerung vorab konsultiert werden muss, was nicht geschehen war.

Die neue Verfassung beinhaltet diese Vorgabe nicht, hingegen legt sie fest, dass alle strategischen Sektoren Staatseigentum sind. Die strategischen Sektoren sollen zur Entwicklung Ecuadors beitragen: Die seit Jahrzehnten andauernde



Fotos: Evelyn Kunde

▲ **Das Intag-Tal** Hier spaltet sich die Bevölkerung in Bezug auf den geplanten Bergbau

Erdölförderung wird ausgeweitet und nun soll Ecuador auch ein Bergbau-Land werden, weshalb der Staat mit fünf Mega-Projekten den industriellen Großbergbau in Ecuador einführen will. Dafür wurde auch die staatliche Bergbaufirma ENAMI gegründet. Sie hat Anfang Mai mit der Explorations-Phase des Bergbauprojektes Llorimagua in der Cordillere Toisán begonnen, die die Intag-Region säumt. Diese ist Teil des Naturreservats Cotacachi Cayapas und beherbergt eine hohe Artenvielfalt, das Tal soll nun durch fast 5000 Hektar Tagebau durchrissen werden. Die beiden vergebenen Konzessionen gelten für die Gemeinden García Moreno und Peñaherrera. Zur Durchführung des Projektes hat ENAMI ein Abkommen mit dem chilenischen staatlichen Bergbauunter-

nehmen Codelco abgeschlossen. „ENAMI ist eine Firma auf dem Papier, die keinen einzigen Bohrer besitzt, sondern Veranstaltungen mit Clowns organisiert, so wie heute“, meint Gustavo León. Die Aufgabe des ecuadorianischen Bergbauunternehmens bestehe darin, Abkommen mit ausländischen Minenfirmen zu schließen, so wie in der Intag-Region mit Codelco. Da die Region für ihren Widerstand bekannt ist, erschien es der Regierung Correa zu Beginn der Explorationsphase angemessen, gemeinsam mit den Mitarbeiter*innen ENAMIs Anfang Mai drei Hundertschaften Polizei in die umliegenden Gemeinden einmarschieren zu lassen. Die Bürger*innen haben sich in all den Jahren nicht nur widersetzt, sondern ihr eigenes alternatives Entwicklungs-

modell aufgebaut. In Peñaherrera gehören dazu vor allem Ökotourismus und Biolandwirtschaft, deren Erlöse in soziale Projekte fließen. Den Projektträger*innen ist bewusst, dass dieses Alternativmodell sich mit Bergbau schlecht vereinbaren lässt, deswegen unterstützen auch sie den Kampf gegen Llurimagua, dem die Behörden mit verstärkter Repression begegnen. So nahm die Polizei nach Rangeleien bei Protesten Javier Ramírez fest, den Bürgermeister des Dorfs Junín, das vom Projekt Llurimagua am meisten betroffen ist. Seither ist er in Haft. Unter dem Vorwurf der Sabotage, der Rebellion oder des Terrorismus können Aktivist*innen in Ecuador bis zu zwölf Jahre Haft drohen. Gustavo León sieht in der zunehmenden Kriminalisierung des Protests auch einen Grund dafür, dass der offene Widerstand in der Gemeinde nachgelassen hat: „Die Leute kennen den Fall von Javier Ramírez und haben Angst, ihr Recht auf Information, eine eigene Meinung und Widerstand einzufordern.“

Doch warum gibt es nach Jahren des Widerstandes und dem Aufbau von Alternativen nun immer mehr Befürworter*innen der Ausbeutung des Kupfers? In Peñaherrera sitzt Espín nach der Bürger*innenversammlung auf dem Platz, auf dem die Bühne aufgebaut ist und schaut einigen Männern beim Volleyball-Spielen zu. „Wir glauben an die Regierung Rafael Correas. Jetzt haben wir eine staatliche Firma, der Bergbau ist nicht mehr für transnationale Konzerne, sondern er ist für uns. Die Erlöse gehen in unser Bildungs- und Gesundheitswesen“, zeigt sich die AP-Politikerin überzeugt. Deswegen wollten die Leute nun den Bergbau, es handele sich um kein transnationales Unternehmen und es würde Arbeitsplätze für sie geben. Espín will, dass die Emigrierten nach Intag zurückkehren und für ENAMI arbeiten. „ENAMI steht für verantwortungsvollen Umgang mit Umwelt und Mensch, sieh nur die Veranstaltung heute. Die Umweltauswirkungen betreffen nur die knapp 5000 Hektar des Tagebaus und ENAMI wird sich um die Abfälle und Abwässer kümmern“, meint die Präsidentin des Gemeinderats und verweist auf die erteilte Umweltlizenz. In der vier Jahre andauernden Explorationsphase sei auch Zeit, Ingenieur*innen aus der Intag-Zone auszubilden, aber auch alle anderen erwerbsfähige Arbeit, als Wächter*innen und Haushälter*innen zum Beispiel. Sie sei gar nicht per se für den Bergbau, alles hänge von den Ergebnissen der Explorations-

phase ab, und bisher gäbe es keine Probleme. Sie sehe sich in der Verantwortung, dass es ein nachhaltiges Bergbauprojekt wird.

„Wenn der verantwortungsvolle Bergbau existiert, sagt uns, wo auf dieser Welt, damit wir uns das ansehen können und der verantwortungsvollen Bergbau hier implementiert wird“, widerspricht Bergbau-Gegner Gustavo León. Seine Haltung begründet León mit den Gefahren, die der Bergbau für seine Gemeinde bringe: „Sie können uns nicht beweisen, dass Wasser und Luft nicht verschmutzt werden. Das Wasser, von dem unsere Gemeinde lebt, kommt aus dem oberen Teil der Toisán-Kordillere“. Natürlich sei die Gemeinde besorgt, dass es im Zuge des Bergbaus, unten verschmutzt ankommen wird. León spricht von Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe der Umweltlizenz, zum Beispiel seien Werte aus anderen Regionen herangezogen worden. Noch größer seien jedoch die sozialen Gefahren. In Bergbaugebieten gibt es Immigration, aber nicht von denen, die vorher emigriert sind, sondern von Arbeiter*innen aus anderen Regionen. Prostitution, Frauenhandel, Militarisierung und soziale Konflikte sind oft Folgen. In der Intag-Zone selbst müssten vier Gemeinden umgesiedelt werden. An das Versprechen der Arbeitsplätze für die Bewohner*innen der Intag-Region glaubt León nicht. Es werde Technologie genutzt, für die man nur wenige, gut ausgebildete Personen benötige. Und die vielen Personen, die von der Landwirtschaft im dichtesten Umkreis des Bergbauprojekts leben, verlören ihre Arbeit. Sie hätten hier in der Intag-Region

.....
Der Konflikt in der Intag-Zone ist exemplarisch für den Umgang mit dem Ressourcenreichtum in Ecuador unter Correa.
.....

schon ein Beispiel dafür: Bei dem Zement-Bergbauprojekt Selva Alegre habe die betroffene Gemeinde nicht profitiert. In der Region wurde aber auch eine weitere Gefahr für die Landwirtschaft beobachtet. Durch Großprojekte, bei welchen höhere Löhne gezahlt werden, verteuert sich die Arbeitskraft und niemand ist mehr bereit, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Andere Arbeit gibt es dann für wenig Qualifizierte trotzdem nicht. Der Konflikt in der Intag-Region ist exemplarisch für den Umgang mit dem Ressourcenreichtum in

Ecuador seit der Amtsübernahme von Präsident Rafael Correa im Jahr 2007. Der Regierungsdiskurs verlautet, dass der Extraktivismus notwendig sei für die Entwicklung Ecuadors und aus den Einnahmen Infrastruktur, Sozialsysteme und Sozialausgaben finanziert würden. Die signifikante Reduktion der Armutquote in den letzten sechs Jahren wird als Erfolg dafür angeführt. Definitiv ist es ein Erfolg, dass sich die Lebensbedingungen für viele Menschen verbessert haben. In den Städten hat sich beispielsweise eine Mittelschicht herausgebildet, die von dieser Politik profitiert und nun auch fleißig konsumieren kann. Allerdings bleibt diese „Entwicklung“ dem auf Extraktivismus beruhenden kapitalistischen Entwicklungsmodell verhaftet, das von der Regierung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ als alternativlos dargestellt wird. Die in den letzten Jahren relativ hohen Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt begünstigen dieses Modell, es bleibt die Frage, wovon die Sozialausgaben finanziert werden, sobald diese Preise sinken oder sich auf lange Sicht die Rohstoffvorkommen erschöpfen. Oder welche Einkommensquellen künftige Generationen finden werden, wenn große Teile des kleinen, megadiversen Ecuadors aufgrund der Umweltfolgen des Extraktivismus verwüstet sind.



▲ **Margarita Espín** Gemeinderatsvorsitzende und Ehefrau eines ENAMI-Mitarbeiters

In der Intag-Region ist der Konflikt noch nicht endgültig entschieden. Zwar hat die letzte *asamblea* des Bezirks Cotacachi (nächst höhere Verwaltungsebene nach den Gemeinden, zu der auch die Intag-Region gehört; Anm. d. Red), deren Bürgermeister vom Wahlbündnis Vivir Bien ist, gegen

.....
 Es gibt in der Region bereits zukunftsweisende Alternativen zum Bergbau.

den Bergbau ausgesprochen. Doch bindend ist das Votum nicht, da der Bergbau laut der offiziellen Diktion von nationalem Interesse ist und somit der Bundesregierung alleinige Entscheidungsgewalt obliegt. Aber mit dem öffentlichen Druck wollen die Bergbaueegner*innen weiter machen. Auch auf lokaler Ebene haben sie eine Strategie: Sich gut informieren, wissen was passiert und die Informationen verbreiten. Gustavo León erzählt davon, dass Personen aus der Intag-Region in Bergbauggebiete in Chile und Peru gefahren sind, um andere Erfahrungen kennenzulernen: „Dort haben wir gesehen, dass die vom Bergbau betroffenen Gemeinden die Ärmsten geblieben sind und unter Umweltverschmutzungen leiden“.

Dabei gibt es neben den bereits geschilderten Alternativen noch weitere: Ein Projekt von neun kleinen kommunalen Wasserkraftwerken. Ein Bündnis aus dem zivilgesellschaftlichen Consorcio Toisán und lokalen Regierungen haben 2007 die Initiative Ecoenergia Hidrointag – Cotacachi ins Leben gerufen. Inzwischen haben sie das Kapital für das erste Projekt. Die umweltgerechten Wasserkraftwerke sollen eine nicht-extraktivistische lokale Ökonomie fördern. Im Besitz und unter der Kontrolle der Gemeinden sollen die Einkünfte aus dem Stromverkauf in die lokale Entwicklung investiert werden. Auch in Nangulví, Teil von Peñaherrera, ist ein kleines Wasserkraftwerk geplant. Am Abend wird die ENAMI-Bühne zusammengeraumt und es schallt nur noch Tecnocumbia-Musik von auf dem Platz verteilten Grüppchen durch die Nacht. Zumindest für diesen Abend ist die Präsenz des Bergbaus nicht mehr vor aller Augen. Gespräche über die Bürger*innenversammlung vermischen sich mit Alltagsgesprächen und Feiertagsplanungen für den Tag der Toten.

// **Evelyn Linde**

UNVERDIENTES VERTRAUEN

INTERVIEW MIT DEN ANWÄLT*INNEN MARÍA RIVERA UND RODRIGO ROMÁN VON DER NRO DEFENSORÍA POPULAR ÜBER DIE KRIMINALISIERUNG SOZIALER PROTESTE

Die sozialen und ökologischen Auswirkungen neoliberaler Politik treiben in Chile immer größere Teile der Bevölkerung auf die Straße. Der Staat reagiert mit der Kriminalisierung und strafrechtlichen Verfolgung der Bewegungen. Die LN sprachen mit den Anwält*innen María Rivera und Rodrigo Román von der chilenischen Menschenrechtsorganisation Defensoría Popular.

Warum ist die Nichtregierungsorganisation Defensoría Popular so wichtig für Chile?

Rodrigo Román: In den chilenischen und internationalen Medien wird oft versucht, Chile als ein sich entwickelndes, modernes Land darzustellen, in dem eigentlich alles in Ordnung ist. Dabei sind in Chile viele grundlegende Rechte nicht garantiert. Soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Wohnung – alles ist dem Markt überlassen. Sogar das Wasser, eine elementare Ressource, ist zu fast 90 Prozent privatisiert. Dass es gravierende Missstände gibt, äußert sich in den verschiedenen sozialen Protesten; und diese werden in Chile massiv kriminalisiert. Das wird zum einen an der Polizeigewalt sichtbar, mit der gegen die Proteste vorgegangen wird, und zum anderen an der strafrechtlichen Verfolgung der Aktivisten. Sozialer Protest wird wie eine Straftat und die Aktivisten werden wie Kriminelle behandelt.

María Rivera: Vor einigen Tagen wurden in Santiago fünf Personen festgenommen, die ein lange leerstehendes Gebäude besetzt hielten. Das Gebäude wurde geräumt und diese Personen, die es als Wohnraum nutzen – auch weil ihnen kein anderer zur Verfügung stand – werden nun als Kriminelle in Haft gehalten. Menschen wie sie, die sich der Regierung entgegenstellen und deswegen strafrechtlich verfolgt werden, verteidigt die *Defensoría Popular*. Dazu gehören Studierende, Mapuche, aber auch Arbeiter im Streik, sexuelle und ethnische Minderheiten, Umweltaktivisten und Bewohner der Elendsviertel, die sich im sozialen Kampf befinden.



Foto: Josefina Janert

MARÍA RIVERA/RODRIGO ROMÁN

arbeiten für die chilenische Menschenrechtsorganisation Defensoría Popular. Als Anwält*innen verteidigen sie unentgeltlich Personen, die wegen ihrer Teilnahme an Demonstrationen und Protestaktionen vor Gericht stehen.

Michelle Bachelet ist noch kein ganzes Jahr im Amt, viele Versprechen der Regierung sind noch einzulösen. Konnten Sie hinsichtlich der sozialen Proteste schon Veränderungen feststellen?

MR: Es gab einen Wandel nach der Wahl, aber für die sozialen Proteste war es ein negativer. Die Regierung von Sebastián Piñera wollte die sozialen Bewegungen bremsen, indem sie Proteste in Form von Straßenblockaden, Besetzungen von Schulen, Universitäten oder öffentlichen Gebäuden mit dem Hinzpeter-Gesetz (benannt nach dem damaligen Innenminister; Anm. der Red.) zu kriminalisieren versuchte. Die Ablehnung und

die Mobilisierung gegen dieses Vorhaben waren extrem groß, sodass es gestoppt werden konnte. Michelle Bachelet hingegen genießt in der Bevölkerung großes Vertrauen. Viele Leute denken: Jetzt haben wir Michelle, jetzt wird es sicher besser. Und widersetzen sich der Regierung nicht mehr. Dabei gibt es allen Grund dazu. Die von der Regierung beschlossene Steuerreform ist absolut unzureichend und ihr Wahlversprechen, eine Bildungsreform anzustoßen, die eine öffentliche und kostenlose Bildung garantiert, hat sie nach der Machtübernahme vergessen. Die Politik vergangener Concertación-Regierungen (linkes Parteienbündnis, Anm. d. Red.) – mehr Freiraum für Unternehmen und transnationale Konzerne – bleibt weiter bestehen.

Ein anderes Versprechen kam zu Beginn der Legislaturperiode von Innenminister Peñaillillo: Das Anti-Terrorgesetz, das vor allem im Konflikt mit den Mapuche eine Rolle spielt, sollte unter Bachelet nicht angewendet werden...

RR: In Chile gibt es ein Sprichwort: Die Politiker wischen mit dem Ellenbogen weg, was sie vorher mit der Hand geschrieben haben. Statt das Anti-Terrorgesetz nicht anzuwenden, wird momentan sogar dessen Erweiterung diskutiert. Die Anzahl der Gruppen und Personen, auf die es angewendet werden kann, soll vergrößert werden, Telefonate sollen abgehört, Organisationen und Gruppen durch verdeckte Ermittler infiltriert werden. Und das alles, um den „Terrorismus in Chile“ zu bekämpfen. Dabei gibt es in Chile gar keinen Terrorismus! Gesetze wie dieses dienen allein dazu, die sozialen Bewegungen und jegliche Opposition zu kontrollieren.

MR: Zwischen 2010 und heute kam es zu sechs Prozessen auf Grundlage des Anti-Terrorgesetzes. In vier davon waren wir als Anwälte der Defensoría Popular vertreten. In keinem einzigen kam es zur Verurteilung nach dem Anti-Terrorgesetz. Die Richter konnten in keinem der Fälle den Terrorismus erkennen.

Sind Sie der Ansicht, dass es in Lateinamerika insgesamt eine Tendenz zu mehr Polizeigewalt und Kriminalisierung sozialer Proteste gibt?

MR: Natürlich bleiben die Diktaturen der 1970er Jahre und die damit einhergehende systematische Verfolgung, Folter, Ermordung und Verschwindenlassen von politischen und sozialen Ak-

tivisten unvergleichbar. Dennoch: Heute wird die Entwicklung vieler lateinamerikanischer Länder gelobt. Die Regierungen können ihre Programme aber nur durch Repression und Verfolgung der Bevölkerungsteile durchsetzen, die nicht mit ihnen einverstanden sind. Sowohl in Chile als auch in Argentinien und Brasilien sind deswegen Personen in Haft und ich sehe nicht, dass es weniger werden – im Gegenteil. Auch die Art der Repression ist in vielen Ländern ähnlich, egal ob sie von Regierungen der Linken, Mitte-Linken oder Rechts-Konservativen geführt werden. Die Ereignisse in Mexiko, wie das Verschwinden der 43 Studenten, sind ein Beispiel für die zunehmende Repression und gleichzeitig eine erschreckende Ausnahme. Auf noch grausamere Weise kann ein Staat kaum gegen seine Bevölkerung vorgehen.

Wenn es keinen Unterschied macht, welchem politischen Lager die Regierungen angehören, was würde einen tatsächlichen Unterschied machen?

MR: Die Institutionen, die Gesetze, die Verfassung sind in Chile seit der Diktatur immer noch dieselben. Wir haben eine Demokratie, die sich nur durch den Wahlgang alle vier Jahre als solche zeigt. Diese Demokratie kommt bei der Bevölkerung aber nicht an, die Chilenen nehmen nicht teil an der Ausarbeitung von Gesetzen, der Aufstellung von Wahlkandidaten, den Entscheidungen über Steuern. Wir brauchen mehr als neue Regierungen oder Gesetzesänderungen. Solange wir uns nicht endlich von der Verfassung der Pinochet-Diktatur verabschieden, sind alle Reformen, ob Bildungsreform, Gesundheitsreform oder Steuerreform, nur kosmetische Korrekturen.

RR: Schon vor 25 Jahren hatte die Concertación eine Reform der Verfassung versprochen. Trotzdem hat sich seitdem nicht viel verändert. Während ihrer letzten Präsidentschaft war es noch die Regierung Bachelets, heute ist es die von „Michelle“ und es regiert nicht mehr die Concertación, sondern der Nueva Mayoría („Neue Mehrheit“). Aber eigentlich entscheidet immer noch die *vieja minoría* („alte Minderheit“), die die Interessen der chilenischen Bevölkerung heute genauso wenig vertritt wie früher und sozialen Protest kriminalisiert und verfolgt.

// Interview: Caroline Kassin

AUFARBEITUNG UND ERINNERUNG

IM BUNDESSTAAT PERNAMBUCO SOLL EINE GEDENKSTÄTTE AN DIE VERBRECHEN WÄHREND DER DIKTATUR AN DER ORGANISIERTEN LANDBEVÖLKERUNG ERÖFFNET WERDEN

Während die Aufarbeitung des politischen Widerstands in den Städten und dessen Verfolgung zu Zeiten der brasilianischen zivil-militärischen Diktatur (1964-1985) zumindest auf dem Weg ist, steht die Aufklärung der Verbrechen an Kleinbäuerinnen und -bauern sowie an Landarbeiter*innen noch ganz am Anfang. Im nordöstlichen Bundesstaat Pernambuco wird ein erster Versuch gemacht.

Am Abend des 1. April 1964 gegen 18 Uhr fuhrten mehrere Dutzend schwerbewaffneter Soldaten auf das Engenho Galiléia, eine ehemalige 500 Hektar große Zuckerrohrfarm im Westen des Bundesstaats Pernambucos. Sie trieben die anässigen Bauernfamilien zusammen, verhörten sie und begannen, das Gelände zu durchkämmen. Die Militärs waren auf der Suche nach den Anführern der sogenannten *ligas camponesas*, Vereinigungen, die sich zu dieser Zeit für die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern sowie der Landarbeiter*innen einsetzten. Auf dem En-

Das Engenho Galiléia war der Geburtsort der ersten *liga camponesa* im Jahr 1955.

genho Galiléia war 1955 die erste jener *ligas* gegründet worden.

„Sie standen auf dem Lastwagen, die Gewehre im Anschlag,“ erzählt Zito da Galiléia, der damals 17 war. „Sie zielten auf uns. Als wären wir im Krieg.“ Einigen Männern gelang es rechtzeitig, in den Wald zu fliehen – so auch Zitos Großvater, Zezé da Galiléia, einem der wichtigsten Sprecher der *ligas*. Wochenlang belagerten die Soldaten das Gelände. Zuerst versuchten sie, die Versteckten mit Decken und Nahrungsmitteln hervorzulocken. Dann versprachen sie den Familien Sicherheit.

„Soldaten kamen zu meiner Großmutter und sag-

ten ihr, sie solle meinen Großvater rufen, er würde auch nicht verhaftet werden. Sie sagten: ‚Wir wollen ihn nur kurz aufs Polizeirevier in Vitória de Santo Antão mitnehmen und bringen ihn dann gleich wieder zurück‘ – Meine Großmutter glaubte ihnen und rief meinen Großvater. Sie nahmen ihn in ihrem Jeep mit. Aber wo das Auto nach Vitória de Santo Antão hätte abbiegen müssen, nahmen sie plötzlich die Straße nach Recife.“ Zezé wurde, wie viele andere Männer und Frauen, denen eine

Die Enteignung des Galiléia wurde brasilienweit als Pilotprojekt einer neuen Agrarpolitik wahrgenommen.

Verbindung zu den *ligas* nachgewiesen werden konnte, in die Folterzentren der Militärs nach Recife gebracht.

Mit Unterstützung zivil-konservativer Kräfte stürzten die Streitkräfte an jenem 1. April den demokratisch gewählten Präsidenten, João Goulart, und rissen die Macht in Brasilien an sich. Gleichzeitig begann die Repression. Wichtigste Ziele waren dabei die Großstädte des Landes, aber auch kleinere mögliche Widerstandszentren wie das Galiléia wurden attackiert. In Recife, der Hauptstadt Pernambucos, umstellten sie den Regierungssitz mit Panzern, verhafteten den amtierenden Gouverneur Miguel Arraes und gingen mit brutaler Gewalt gegen Student*innen und Schüler*innen vor, die sich mit Arraes solidarisierten. Auf der ehemaligen Zuckerrohrfarm Galiléia, dem Symbol der als „kommunistisch“ und „revolutionär“ geltenden Bauernvereinigungen, vermuteten die Militärs besonders erbitterten Widerstand. Doch statt der erwarteten Guerilla trafen die Soldaten auf 140 verängstigte Familien, die keine Gegenwehr leisteten.

Zito da Galiléia, mit bürgerlichem Namen José Joaquim da Silva, ist einer der wenigen Zeug*innen jener Ereignisse. Der heute 66-Jährige verließ das



▲ **Erinnerungsarbeit** Anacleto Julião und Zito da Galiléia wirken dem Vergessen im Galiléia entgegen

Gelände 1971 und kehrte erst 2001 zurück. Zusammen mit dem Anthropologen Anacleto Julião sieht Zito heute seine Lebensaufgabe darin, an die Geschichte des Galiléia und insbesondere den Kampf der *ligas* zu erinnern.

In den 1950er Jahren arbeiteten die brasilianischen Landarbeiter*innen, Kleinbäuerinnen und -bauern unter einem feudalistischen Machtssystem, das von den Großgrundbesitzer*innen und ihren Interessen dominiert wurde. Überhöhte Pachtabgaben, Zwangsarbeit und brutale Kontroll- und „Disziplinarmaßnahmen“ trugen maßgeblich zu ihrer Verarmung bei. Die Familien hungerten, eine angemessene medizinische Versorgung gab

.....
 Am Abend des 1. April 1964 fuhren dutzende schwerbewaffneter Soldaten auf das Engenho Galiléia.

es nicht. „Die Frauen bekamen ihre Kinder damals alle zu Hause,“ berichtet Zito. „Viele Mütter und Kinder starben bei der Geburt. Babys mussten oft auf dem Grundstück begraben werden.“ Damals beschlossen die Familien des Galiléia, einen Verein zu gründen, aus dessen gemeinsamer Kasse eine Hebamme bezahlt werden sollte.

Die ersten geheimen Treffen fanden in der *casa da farinha* statt, dem Mehldepot. Hier entwickelten die Bauern und Bäuerinnen weitere Ideen und Perspektiven: Sie wollten Särge kaufen können, um ihre Verstorbenen nicht mehr auf dem eigenen Grundstück verscharren zu müssen. Eine Kreditkooperative sollte es möglich machen, auch während der Hungersnöte Lebensmittel zu kaufen. Eine Schule sollte gebaut werden.

Doch es war ihnen damals nicht erlaubt, sich zu organisieren. Arbeiterrechte waren zwar durch die Verfassung garantiert, wurden jedoch auf Druck der vorwiegend landbesitzenden politischen Klasse nur in den großen Städten einigermaßen angewandt und geachtet. Auf dem Land und damit insbesondere im agrargeprägten Nordosten entschied weiterhin die feudalistische Willkür der Großgrundbesitzer*innen.

Die Galiléia-Bauern schrieben einen Brief an den örtlichen Großgrundbesitzer Oscar Arruda Beltrão, und baten ihn, die Vereinsgründung zu erlauben. Sie boten ihm sogar den Ehrenvorsitz ihrer geplanten Vereinigung an. Beltrão erteilte die Erlaubnis zunächst, zog sie jedoch wieder zurück, nachdem ihn sein Sohn davon überzeugt hatte, dass jede Form der bäuerlichen Selbstorganisation nur seine eigene Position im Galiléia schwächen würde.

Als sie das nachträgliche Verbot nicht akzeptieren

wollten, forderte Beltrão die Bauern und ihre Familien auf, das Galiléia umgehend zu verlassen. Diese baten daraufhin Anacleto Juliãos Vater, den Rechtsanwalt und späteren Abgeordneten Francisco Julião, sie zu vertreten. 1959 gelang es diesem tatsächlich, die Vertreibung abzuwenden und sogar die Enteignung des Galiléia vor Gericht durchzusetzen, so dass der Großteil des Landes den dort ansässigen Familien überschrieben wurde.

Der gerichtliche Erfolg Juliãos war eng verbunden mit den politischen Entwicklungen in Pernambuco. Die progressiven Regierungen der Gouverneure Cid Sampaio und Miguel Arraes gingen seit Mitte der 1950 Jahre gemeinsam mit den sozialen Bewegungen und den sozialistischen und kommunistischen Parteien gegen Analphabetismus und Armut vor. Sie förderten die Gründung von Gewerkschaften, kommunalen Interessensverbänden und Bauernvereinigungen und unterstützten und initiierten bildungs- und sozialpolitische Projekte.

Die Enteignung des Galiléia wurde brasilienweit als Pilotprojekt einer neuen Agrarpolitik wahrgenommen. In anderen Gemeinden und Bundesstaaten schöpften die Bäuerinnen und Bauern Hoffnung, und bis 1964 entstanden in ganz Brasilien insgesamt 14 dieser bäuerlichen Vereinigungen. Aus einzelnen kleinen Zusammenschlüssen, die die alltägliche Situation in ihrer Region verbessern wollten, wurde eine Bewegung, die sich immer mehr politisierte, dabei aber keiner der etablierten politischen Richtungen angehörte und deren Anführer mit Fidel Castro und dem kubanischen Sozialismus sympathisierten.

Die konservative Presse begann, die Bauernvereinigungen nach den *ligas camponesas* zu benennen, verbotenen kommunistischen Gruppierungen der 1940er Jahre, und schürte so die Angst vor einer kommunistischen Revolution im brasilianischen Nordosten. Die Radikalisierung einzelner Ligen, die sogar zu den Waffen riefen, verstärkte diesen Eindruck. Die Mischung aus progressiver Realpolitik und einer sich politisierenden Bauernbewegung passten nur zu gut in das von Kommunistenangst geprägte konservative Feindbild dieser Zeit und führten 1964 schließlich zur brutalen Zerschlagung der *ligas camponesas*.

Dabei war es in den ländlichen Regionen meist so, dass die mit dem neuen System sympathisierenden Großgrundbesitzer*innen ihre Privatmilitäzen, die sogenannten *capangas*, auf unliebsame

Bauern und Landarbeiter*innen hetzten, die die bestehenden Machtverhältnisse auf dem Land in Frage stellten oder im Zusammenhang mit Landstreitigkeiten im Weg waren. Tausende Menschen wurden dabei verfolgt und getötet. Insofern war der Einsatz von Militärs gegen die Galiléia-Bäuerinnen und -bauern während des Putsches im ländlichen Raum eher eine Ausnahme.

Heute leisten Zito da Galiléia und Anacleto Julião ehrenamtliche Erinnerungsarbeit auf dem Engenho und träumen von einer Gedenkstätte für die verfolgten und ermordeten Anführer und Mitglieder der *ligas*. Sie betreuen die kleine Zezé da Galiléia-Bibliothek, in der Bücher, alte Zeitungsausschnitte, Fotos und andere Dokumente Aufschluss geben über die Entstehung und den Kampf der Bauernvereinigungen. Sie pflegen und verwahren einen historischen Generator, kurioses Überbleibsel einer vergangenen Zeit, in der der damalige US-Präsident John F. Kennedy die Bewohner*innen des Galiléia beschenkte und so von einer mutmaßlichen kommunistischen Revolution abbringen wollte. Und sie führen Schüler*innen und Student*innen über den historischen Ort und beraten Wissenschaftler*innen und Journalist*innen, die zum Thema forschen. Besonders wichtig ist es den beiden Männern, die Erinnerung an all jene wach zu halten, die im Kampf um die Rechte der Bäuerinnen und Bauern verfolgt, gefoltert oder ermordet wurden. Ihrer beider Familien waren in den Kampf der *ligas* stark involviert. Sie traf die Repression der Mili-

.....
Über die Verbrechen der Großgrundbesitzer*innen gibt es kaum schriftliche Dokumente.
.....

tärs besonders hart. Zitos Großvater, Zezé da Galiléia, wurde nach seiner Verhaftung gefoltert und monatelang inhaftiert, so dass er schließlich einen Schlaganfall erlitt. Er starb 1969 an den Folgen.

Auch Anacleto Vater, Francisco Julião, war von den Repressionen der Militärs betroffen. Mit der juristischen Vertretung der Galiléia-Bauern und Bäuerinnen war er innerhalb kürzester Zeit zu einem der wichtigsten Sprecher und Unterstützer der *ligas camponesas* geworden. Er wurde 1964 festgenommen und inhaftiert. Nach seiner Freilassung 1965 ging er ins Exil. Seine erste Ehefrau

und ihre gemeinsamen Kinder mussten Brasilien ebenfalls verlassen. Sie alle konnten erst mit dem Amnestiegesetz 1979 in ihre Heimat zurückkehren

In der *casa da farinha*, wo sich die Galiléia-Bewohner einst versammelten, wurde im April 2013 eine Plakette aufgestellt: „An diesem Ort wird das Denkmal für die *ligas camponesas* in Brasilien und Francisco Julião aufgestellt.“ Dieser Ort habe eine große historische Bedeutung für die Landlosenbewegung und für die Agrarreform, begründet Anacleto Julião die Initiative. „Nicht nur in unserem Bundesland, sondern in ganz Brasilien.“ Anacleto fügt schmunzelnd hinzu: „Und weil es die Plakette gibt, müssen wir das Denkmal jetzt eben auch wirklich mal irgendwann errichten.“

Anacleto's Optimismus täuscht darüber hinweg, dass die Erinnerungsarbeit zu den Menschenrechtsverletzungen, die während der Diktatur auf dem Land verübt wurden, noch eine weitere politische Dimension hat, die eine immense Herausforderung nicht nur für die Aktivist*innen, sondern auch für die brasilianische Gesellschaft darstellt. Während die Aufarbeitung des politischen Widerstands und seiner staatlichen Verfolgung zumindest auf dem Weg ist, vor allem seitdem die Regierung die Nationale Wahrheitskommission vor zwei Jahren eingesetzt hatte, steht die Aufklärung der Verbrechen auf dem Land noch ganz am Anfang. Die bislang ausgewerteten Akten der Geheimpolizeien geben detailliert Aufschluss über die Methoden und Strukturen der politisch motivierten Menschenrechtsverletzungen. Indessen sind die Verbrechen der Großgrundbesitzer*innen und ihrer *capangas* schriftlich kaum dokumentiert. Damit besteht die Gefahr, dass die Aufarbeitung der Verbrechen auf dem Land voreilig für „abgeschlossen“ erklärt wird. So benennt beispielsweise auch die Wahrheitskommission von Pernambuco, dem Bundesstaat, der mit am stärksten von diesen Verbrechen betroffen war, das Quellenproblem: Die Suche nach entsprechenden Dokumenten müsste intensiviert, oder auch zum Beispiel verstärkt mündliche Überlieferung in die Untersuchungen einbezogen werden.

Die Aufarbeitung der Verbrechen auf dem Land oder auch an den Indigenen während der Diktatur ist von weitreichender Bedeutung für die brasilianische Gesellschaft, würde sie doch belegen, dass mit Großgrundbesitzer*innen, Siedler*innen und Unternehmen zivile Gruppen an Putsch und



▲ Gedenkstein Gründungsort der *Ligas Camponesas* in Pernambuco

Diktatur beteiligt waren und mit den Militärs kollaborierten. Die Aufarbeitung böte zudem die Chance, menschenverachtende feudalistische Machtstrukturen, wie sie auch während der Diktatur Ursache massiver Menschenrechtsverletzungen waren und noch heute in vielen ländlichen Gegenden Brasiliens herrschen, aufzubrechen, und somit künftig weitere Verbrechen zu verhindern. Aufarbeitung und Erinnerung, das will Zito de Galiléia. „Wir müssen an diese dunkle Vergangenheit erinnern“, sagt er. „Damit die neuen Generationen die Wahrheit darüber erfahren, was damals passiert ist.“

// Sara Fremberg



WASSER ERNTEN MIT DEN BERGGEISTERN

WIE DER KLIMAWANDEL DAS LEBEN DER MENSCHEN IN PERUS ANDENDÖRFERN VERÄNDERT

Kleinbäuerinnen und -bauern in den peruanischen Anden leiden schon jetzt besonders stark unter dem Klimawandel. Auf der 20. Weltklimakonferenz, die vom 01. bis 12. Dezember in Lima stattfand, wurde ein neues Klimaabkommen debattiert. In den betroffenen Andendörfern selbst müssen die Menschen ganz ungeachtet der Ergebnisse der Konferenz ihre eigenen Wege und Erklärungen finden, um mit den Konsequenzen des Klimawandels fertig zu werden.

„Die Wissenschaftler sagen, es liegt daran, dass die Erde immer wärmer wird. Ich glaube, es liegt daran, dass wir uns mit der Bibel in der Hand von den Apus, unseren Geistern, abgewendet haben“, fasst Marcos Mejia Vilca seine Sicht über den Grund des Klimawandels zusammen. Dann nimmt er getrocknete Koka-Blätter und frische Nelken und lässt sie vorsichtig in ein Wasserloch gleiten. Die Opfergabe in 4300 Meter Höhe soll den Apu des Wasserrückhaltebeckens Tapacchocha milde stimmen und dafür sorgen, dass er den Bauern und Bäuerinnen auch in Zukunft Wasser für ihre kargen Weiden schickt.

Peru ist eines der am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder. Vom 1. bis 12. Dezember fand in der Hauptstadt Lima die 20. Weltklimakonferenz statt. Umweltschützer*innen hoffen, dass die 194 Vertragsstaaten sich dort auf die Grundzüge eines neuen Klimaabkommens einigen, das in diesem Jahr beim Gipfel in Paris beschlossen werden soll. Marcos Mejia Vilca kann nicht so lange warten. Der Mann, dem die Apus im Traum erschienen sind, spricht lieber direkt mit den Geistern.

„Früher war die Hitze nicht so heiß und die Kälte nicht so kalt. Es regnete mehr, wir wussten genau, wann die Wolken Wasser bringen, und

der Hagel zerstörte nicht unsere Ernten. Eis und Schnee auf den Bergen speisten die Bäche. Aber heute ist das Wetter verrückt. Es wird immer schwieriger, hier zu überleben“, sagt der Mann, der sich noch an den steten Wechsel von Regen- und Trockenzeiten erinnern kann. Der *maestro del agua* (Wassermeister) sagt, er sei 60 Jahre alt, auch wenn sein von der grimmigen Kälte und der erbarmungslosen Sonne gegebtes Gesicht auch das eines Achtzigjährigen sein könnte.

Vilca hat gelernt zu den Apus zu sprechen, karge Felder an steilen Hängen zu bestellen und Alpakas, Lamas, Schafe und Ziegen auf kargen Gebirgswiesen zu hüten. Um trotz des Klimawandels in den Anden überleben zu können, unterstützte die seit 20 Jahren aktive, lokale Hilfsorganisation Bartolomé Aripaylla (ABA) ihn und sein Dorf, das Wasserrückhaltebecken Tapacchocha zu bauen. In Quechua, der Sprache der indigen Andenbewohner*innen, heißt Tapacchocha „Nest des Wassers“. Dieses und 70 weitere von ABA errichtete „Wassernester“ helfen jetzt, die vom „verrückten Wetter“ verdorrten Berghänge wie-

.....
 Heute macht es das Wetter fast unmöglich, von der Landwirtschaft zu leben.

der in saftige Weiden und fruchtbare Äcker zu verwandeln. Auf diesen wächst das Andengetreide Quinoa, die aus dem Hochgebirge stammenden Kartoffeln, Erbsen, Bohnen und Zwiebeln. Wer in der dünnen Luft einen Gipfel besteigt, sieht, dass die Hänge, die vor einigen Jahren noch braun waren, jetzt unterhalb der silbrig glänzenden Wasseraugen wieder grün sind.

Die Kleinbauern und -bäuerinnen in den peruanischen Anden haben den Klimawandel nicht verursacht und können ihn nicht aufhalten, doch sie

◀ **Missmutige Blicke**
 Düstere Zukunft für Perus
 Wassermeister

leiden besonders heftig unter ihm. Einige von ihnen haben im Radio gehört, „dass die Fabriken in den großen Ländern das Wetter verrückt gemacht haben“. Manche glauben, dass die vielen Erdbeben in den Anden die Erdachse und damit das Wetter aus dem Lot gebracht haben. Andere vermuten, dass sie mitverantwortlich dafür sind, dass mittlerweile weder Kalender noch die Blüte der Kakteen anzeigen können, wann es Zeit ist, die Saat auszubringen.

„Wahrscheinlich straft Gott die Menschen dafür, dass sie sich gegenseitig umgebracht haben“, vermutet Máxima Fernandes. Die 47-Jährige kann sich noch gut daran erinnern, dass zwischen 1980 und 1995 die maoistische Terrororganisation Leuchtender Pfad und die damalige Regierung Massaker unter den Andenbevölkerung anrichteten. Rund 70000 Menschen bezahlten den Terror mit ihrem Leben. In der armen Provinz Ayacucho, in der Máxima ihre Felder bestellt, gab es die meisten Opfer. „Hinzu kam, dass wir mit chemischem Dünger und Gift das Gleichgewicht der Natur durcheinander gebracht haben“, glaubt die Mutter von sieben Kindern. Als ihre Tochter Mariluz geboren wurde, geriet das Wetter aus dem Takt. So erinnert sich die Bäuerin. Mariluz ist heute 23 Jahre alt. Ob es die von Gott verhängte Strafe oder der vom Mensch verursachte Klimawandel ist – die Folgen sind die gleichen. Weniger Niederschlag und immer extremeres Wetter. Seitdem das Klima sich änderte, war die Landwirtschaft in über 3500 Meter Höhe ein steter Kampf ums Überleben, und von der Regierung in der fernen Hauptstadt Lima gab es kaum Unterstützung. Máxima drückt es so aus: „Wir waren vergessene Leute, und das Leben war nicht rosig.“

Doch mit einer Rückbesinnung auf jahrhundertalte, doch während des Bürgerkrieges verloren gegangener Weisheiten, unterstützt die Hilfsorganisation ABA die Bauern und Bäuerinnen mittlerweile bei der Anpassung an den Klimawandel. Eine der wiederentdeckten Techniken ist das „Säen und Ernten von Wasser“. Schon die Inkas verstanden Wasser als lebendige Materie, die man hervorlocken kann. Mit *madres del agua* (Mütter des Wassers) genannten Pflanzen, die das Wasser mit ihren langen und schwammartigen Wurzeln an die Oberfläche ziehen sollen, Terrassierungen, alten Saaten, ausgeklügelten Bewässerungstechniken, natürlichem Dünger und ABA gelingt es Máxima Fernandes mittlerweile wieder, sich

und ihre Kinder von ihren Feldern zu ernähren. Doch Hilfsorganisationen wie ABA können nicht überall sein. In einem kleinen Dorf drei Geländewagen-Stunden nordöstlich der Touristenstadt Cusco sind sie nicht. Ohne die Unterstützung von Landwirtschaftsexpert*innen versucht Florencio Tunquipa Casilla dort seinem eineinhalb Hektar großen Feld auf 3800 Meter Höhe genug für sich und seine sechs Kinder abzuringen. Vor neun Monaten verlor er seine ganze Kartoffelernte durch scharfen Frost. Auch Casillas Vater und Großvater waren Bergbauern. Doch so eine eisige Kälte vor

.....
 Wirtschaftsschutz steht in Peru fast immer vor Umwelt- und Klimaschutz.

der Erntezeit haben sie nie erlebt. „Früher war es einfacher, hier zu leben. Heute macht das Wetter es fast unmöglich“, erzählt der verzweifelte Bauer vor einem eingestürzten Lehmhaus. Casilla kannte die Leute, die darin lebten. Weil die Ernten immer schlechter ausfielen, flohen sie vor einigen Jahren in die Stadt. Auch Casilla versuchte, sich dort durchzuschlagen, doch weil es in den peruanischen Städten mittlerweile Abertausende Klimaflüchtlinge gibt und der Bauer nur drei Jahre zur Schule ging, fand er kaum Arbeit. Nach acht Jahren kehrte er auf sein inzwischen noch stärker ausgedörrtes Feld zurück.

In Peru produzieren Kleinbauern und -bäuerinnen wie Casilla 80 Prozent der im Land konsumierten Nahrung. Wenn sie durch den Klimawandel immer weniger ernten, zerstört dies nicht nur ihre Existenz, sondern könnte langfristig auch die Ernährung der 30 Millionen Peruaner*innen gefährden. Noch befinden sich 70 Prozent aller tropischen Gletscher in Peru, doch die steigenden Temperaturen lassen sie immer schneller abschmelzen. Die Wasserversorgung des wüstenartigen Küstenstreifens, in dem fast zwei Drittel aller Peruaner*innen leben, wird so immer schwieriger. Zudem bedroht der Temperaturanstieg den ungewöhnlichen Reichtum an Pflanzen und Tieren im Land und macht schon heute viele Menschen krank. „Weil es immer weniger Wasser gibt, müssen wir oft dehydrierte und unter- oder mangelernährte Kinder behandeln“, sagt Luz Malpartida, Gesundheitsreferentin in der Andenprovinz Paucartambo.



▲ **Grün ist die Hoffnung** Wiederentdeckte Techniken mit Wasserpflanzen helfen aus der Misere

Der ehemalige Umweltaktivist und jetzige Umweltminister Manuel Pulgar-Vidal versucht diesen gefährlichen Entwicklungen entgegenzuwirken, doch die in den letzten Jahren ins Straucheln geratene peruanische Wirtschaft macht seinen Job immer schwieriger. Der jahrelange Boom basierte vor allem auf der Ausbeutung von Bodenschätzen. Der schwächelnden Konjunktur versucht die Regierung jetzt unter anderem mit Absenkungen von Umweltstandards im Bergbau entgegenzutreten. Wirtschaftsschutz steht in Peru fast immer vor Umwelt- und Klimaschutz. Viele vermuten, dass der frustrierte Umweltminister deshalb nach der Klimakonferenz in Lima zurücktreten wird.

Zuvor nutzten jedoch über 80 im Netzwerk Grupo Perú COP20 zusammengeschlossene Gewerkschaftsverbände, Bauern- und Bäuerinnenorganisationen, kirchliche und indigene Gruppen sowie Umweltschutzbewegungen die größte Konferenz Perus, um Druck zu machen. Die *Grupo* fordert, dass alle Teilnehmerstaaten sich verpflichten, ihre Emissionen ab 2015 deutlich zu senken und die Industriestaaten als Hauptverursacher des Klimawandels ausreichende Mittel für Anpassungsprojekte in Entwicklungsländern zur Verfügung stellen.

Während bei Redaktionsschluss auf der Klimakonferenz noch um einen Kompromiss über die Grundzüge eines neuen Klimaschutzabkommens gerungen wird, gibt es auch ungeachtet der Ergebnisse viele pessimistische Stimmen. Juan Vaccari Chávez, Direktor des peruanischen Instituts für Entwicklung und Umwelt, glaubt nicht daran, dass durch die Mammutveranstaltung ein Durchbruch erzielt werden kann. „In Peru sind der Staat und die Regierung schwach und die Unternehmen stark – und viele Unternehmen wollen eine Ausbeutung der Natur ohne Rücksicht auf die Umwelt“, sagt der bekannte Aktivist. Und selbst wenn die Klimaschützer*innen am Ende der Konferenz auf dem Papier einige Erfolge vorzuweisen haben, bleibt Chávez skeptisch. Der Aktivist: „Von vorangegangenen Klimakonferenzen wissen wir, dass ein großer Unterschied besteht zwischen dem, was beschlossen und dem, was umgesetzt wird.“

Geisterbeschwörer Marcos Mejía Vilca weiß nicht, was auf vorangegangenen Konferenzen beschlossen und was davon umgesetzt wurde. Doch auch er verlässt sich lieber auf seine Apus und die Wasserrückhaltebecken als auf Verträge und Lippenbekenntnisse.

// Philipp Hedemann

„LASST UNS DAS SYSTEM VERÄNDERN, NICHT DAS KLIMA“

AUF DEM ALTERNATIVEN KLIMAGIPFEL IN LIMA DISKUTIERTEN UND PROTESTIERTEN SOZIALE BEWEGUNGEN ALLER COULEUR

Während auf der offiziellen Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen hochkarätige Politiker*innen um Kompromisse rangen, fand parallel dazu auf Limas Straßen der *Cumbre de los Pueblos* statt. Auf dem alternativen Klimagipfel versammelten sich verschiedenste soziale Bewegungen zum lautstarken Protest.

„El pueblo unido, jamás sera vencido“ („Das einige Volk wird nie besiegt werden“) – Laut und bunt, mit Trommeln, Tanz und Gesang zieht der Demonstrationzug zur Verteidigung der Mutter Erde durch Lima. Endpunkt ist die nach Perus historischem Befreier benannte Plaza San Martín. Hier soll heute die Mutter Erde befreit werden, von den drohenden Folgen des Klimawandels und dem dafür verantwortlichen Kapitalismus.

Der Himmel über Lima spannt sich weit und blau über der anwesenden Menschenmenge. 5.000 sind zusammengekommen, um an der *Gran Marcha*, dem Protestmarsch im Zentrum der peruanischen Hauptstadt, teilzunehmen. Der Marsch ist das Herzstück des viertägigen „Gipfel der Völker“, der vom 8. bis 11. Dezember in Lima parallel zur offiziellen UN-Klimakonferenz (COP20) stattfand und auf die Dringlichkeit des globalen Klimaschutzes aufmerksam machen soll. Auf Postern und Plakaten ziehen Evo Morales, Ché Guevara und Máxima Acuna vorüber. Acuna ist eine heldenhafte Bäuerin aus der Region Cajamarca, wo dem Landgrabbing durch ein Megabergbauprojekt Widerstand geleistet wird. „Es nuestro clima, no tu negocio – la tierra no se vende, la tierra se defende;“ fordern die Teilnehmenden lautstark: Unser Klima ist nicht dein Geschäft – die Erde wird nicht verkauft, sondern verteidigt. Eine Gruppe von Bäuerinnen aus Puno singt „Wir sind ein Fluss, nicht nur bloße Tropfen“ und andere tragen vor sich ein Plakat mit der Aufschrift „Aus einem



▲ **Unsere Erde ist nicht zu verkaufen** Zum Protestmarsch durch Lima kamen fast 5.000 Personen

Samen wächst ein Wald.“ Viele regionale Gruppen aus den peruanischen Provinzen sind angereist, um auf sich aufmerksam zu machen.

„Wir müssen Zeichen setzen“, sagt eine junge Frau aus der peruanischen Amazonasregion, „auf der offiziellen Klimakonferenz geschieht ja nichts.“ Eine Gruppe von Studierenden, bunt bemalt und als Blumen verkleidet, legt auf der Plaza San Martín ihr Plakat auf den Boden. Die Aufschrift: „Sie wollten uns unter die Erde bringen, aber sie wussten nicht, dass wir Samenkörner sind.“

Die große Stärke des Parallelgipfels liegt darin, die unterschiedlichen Gruppierungen, sozialen Bewegungen und NGOs zusammenzubringen. „Hier müssen wir uns vereinigen und mit einer Stimme sprechen. Nur dann können wir wirklich etwas verändern“, sagt Johanna aus Frankreich,

die angereist ist, um für Proteste in Paris nächstes Jahr zu mobilisieren, wo der COP21 stattfinden wird, die nächste entscheidende UN-Klimakonferenz.

Seit 2005 gibt es den *Cumbre de los Pueblos* in Lateinamerika. Die fast jährlich stattfindende Veranstaltung hat zum Ziel, zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen zusammenzubringen, auf soziale und ökologische Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen und – ähnlich wie beim Weltsozialforum – den Neoliberalismus mit seinen Unterdrückungsmechanismen anzuprangern. In diesem Jahr geht es um den Klimawandel, für den das aktuelle neoliberale, auf ständiges Wachstum ausgerichtete Entwicklungsmodell als Hauptursache verantwortlich gemacht wird. „Lasst uns das System verändern, nicht das Klima!“ lautet daher die nicht zu überhörende Parole. Die auf der Weltklimakonferenz diskutierten Möglichkeiten von Schutzstrategien angesichts des Klimawandels halten die Organisator*innen des Parallelgipfels für nicht ausreichend. Eine *Green Economy* und die Privatisierung der natürlichen Ressourcen der Erde mit dem Zweck, sie als Waren auf den Markt zu bringen, kritisieren sie als eine gefährliche Entwicklung. Die Teilnehmer*innen fordern wirkliche Lösungen für das Problem des Klimawandels. Auf dem Gipfel werden daher konkrete Alternativen zum System des Neoliberalismus und Kapitalismus so wie Postextraktivismus, Buen Vivir, Ernährungssouveränität und Klimagerechtigkeit diskutiert.

Peru ist eines der vom Klimawandel am stärksten betroffenen Länder. Die bäuerliche und indigene

.....
 Die große Stärke des Parallelgipfels liegt darin, die unterschiedlichen Gruppierungen zusammenzubringen.

Landbevölkerung spürt die Veränderungen am härtesten. „Eine ehrliche Anpassung an die durch den Klimawandel verursachte Lage wäre die konsequente Unterstützung der familiären Landwirtschaft und der Ernährungssouveränität“, so eine Kleinbäuerin aus der Region Ancash. In Peru zeigt sich die Regierung allerdings alles andere als unterstützend für die Belange der Landbevölkerung. Der Bergbausektor wird gestärkt, die Landrechte werden unterminiert.



▲ **Mit einer Stimme sprechen** Auf der Plaza San Martín versammeln sich verschiedene soziale Organisationen

„Es lebe die Mutter Erde!“ steht auf einem Schild, getragen von zwei Bäuerinnen aus der Sierra – der Andenregion. In der andinen Lebenswelt nimmt die Pachamama, die Mutter Erde, eine zentrale Rolle ein. Die Erde gibt alles, was die Menschen zum Leben brauchen: Land, Wasser, Nahrung. Auf einer begleitenden Agrarausstellung lassen sich die Schätze der Erde mit den Händen greifen, wie verschiedenste Mais- und Quinoa-Sorten. Die Pachamama gilt als unantastbar. Umso härter trifft es gerade die ländliche Bevölkerung Perus, mitansehen zu müssen, wie transnationale Unternehmen mit der Zustimmung von Regierungen das Land ausbeuten.

Während einer Paneldiskussion spricht Lourdes Huanca, Vorsitzende von FENMUCARINAP, einer peruanischen Frauenrechtsorganisation. „Der Bergbau zerstört unser Leben auf dem Land und das Leben der Frauen. Wir sind hier auf dem Gipfel, um mehr Allianzen mit anderen sozialen Bewegungen zu knüpfen“. Lourdes Huanca ist eine charismatische Frau mit rundem Gesicht, buntem Hut und funkelndem Blick. Sie weiß wofür und wie sie kämpft: „Mit Prinzipien und Überzeugung gegen die Ausbeutung unseres Landes und gegen die Kriminalisierung von sozialen Protesten“.

BEWEGUNG

Sie fordert mehr Rechte für Bäuerinnen, das Recht auf Ernährungssouveränität und auf ein würdiges Leben auf dem Lande.

Als der Alternativgipfel am Montagabend mit einer Zeremonie und Ehrung der Madre Tierra be-

.....
Perus Regierung stärkt den Bergbau-
sektor, aber untergräbt Landrechte.
.....

gann und mit einigen Worten der Bürgermeisterin von Lima, Susana Villarán, eröffnet wurde, konnte man bereits erahnen, dass die nächsten Tage ereignisreich, aber auch friedlich ablaufen würden. Die Stimmung im Parque de la Exposición, wo der Alternativgipfel in den darauffolgenden Tagen stattfindet, ist heiter. Das liegt möglicherweise nicht nur am früh sommerlichen Wetter, sondern vielleicht auch an dem bisher recht konstruktiv verlaufenden COP 20, der weniger Zündstoff bietet als auf vergangenen Klimakonferenzen in Warschau oder Kopenhagen.

„Wir sind alle hier, um für mehr Klimagerechtigkeit zu kämpfen“, sagt Marco, ein Aktivist aus Lima. Im Hintergrund protestiert eine Gruppe gegen die umstrittene Erweiterung der Goldmine Yanacocha in der Region Cajamarca. Künstler*innen, Aktivist*innen und Passant*innen sind hier versammelt. T-Shirts werden bedruckt und große Fahrräder zusammengebaut. Vor einem Brunnen wird mit Reis und Früchten ein Bild von einem Baum ausgelegt. Währenddessen finden in den verschiedenen Zelten und Räumen Vorträge statt, es gibt Foren, Workshops und Musik. Alberto Acosta aus Ecuador (ehemaliger Minister für Energie und Bergbau) und Eduardo Gudynas (Professor) aus Uruguay diskutieren über eine postextraktivistische Gesellschaft. Im Pressezelt überträgt *Radio Cumbre* Live-Interviews mit Anwesenden aus Politik und sozialen Bewegungen. Erst spricht Nicaraguas Umweltminister Augusto César Flores Fonseca, dann folgt ein Gespräch mit einer peruanischen NGO über die Gefahren des Fracking im Amazonas-Gebiet. Nebenan tippen Blogger*innen und Presseleute in ihre Laptops, fotografieren und notieren.

Der Gipfel bietet einen von Regierungen und dem Privatsektor unabhängigen Raum für Dialog und Aktionen der sozialen Bewegungen und der indige-

nen Völker, die hier ihre Erfahrungen, Probleme und Vorschläge zum Vorgehen gegen den Klimawandel austauschen. Das gemeinsame Ziel ist, Druck auf die Entscheidungsträger des COP20 auszuüben, darauf hinzuwirken, dass die Kritik und Stimmen der Zivilgesellschaft in den offiziellen Verhandlungen der Konferenz berücksichtigt werden.

Es ist ein wichtiger Moment, die Gelegenheit, Stimmen der unterschiedlichen Gruppierungen in Peru bzw. ganz aus Lateinamerika und darüber hinaus zu vereinen. Das ist nicht einfach. Gerade im Gastgeberland sind die sozialen Gegenbewegungen stark fragmentiert. So gilt es, starke Allianzen zu schließen, die auch nach dem Gipfel Bestand haben können im gemeinsamen Kampf um Rechte und den Erhalt der Madre Tierra. Auf dem Parallelgipfel manifestiert sich der Wille nach Veränderung, die Überzeugung, dass eine andere Welt möglich ist. Die Teilnehmer*innen eint das Bewusstsein, auf die gegebene „eine Welt“ aufpassen zu müssen, da sonst die Folgen der Ausbeutung und Zerstörung irgendwann nicht mehr aufzuhalten sind. Auch nicht mit gutgemeinten Klimakonferenzen.

// Mattes und Eva Tempelmann

// Anzeige



Onlineshop, ältere Ausgaben und call for papers:

www.forum-recht-online.de

twitter.com/_ForumRecht

TABARÉ VÁZQUEZ BIETET FRENTE DIE STIRN

URUGUAYS KÜNFTIGER PRÄSIDENT VERÄRGERT MIT KABINETTLISTE LINKE PARTEIBASIS

Auf den Nachfolger folgt der Vorgänger: Tabaré Vázquez tritt im März 2015 in Uruguay in die Fußstapfen von José „Pepe“ Mujica, der ihm 2010 als Präsident gefolgt war. Auch wenn beide jeweils als Kandidat für das Mitte-Links-Bündnis Frente Amplio antraten, ist das Profil von Vázquez weniger links als das von Mujica. Und so sorgt sein künftiges Kabinett bereits vor Antritt durchaus für Unmut bei Teilen der Frente-Basis als auch bei Mujica selbst, der als Senator der Politik weiter verbunden bleibt.

Die Siegesjubiläum war kaum verklungen, da überraschte Tabaré Vázquez bereits mit der kompletten Namensliste seines künftigen Kabinetts. Ohne Rücksprache mit dem Mitte-Links-Bündnis Frente Amplio, dem er zu einem erheblichen Teil seinen Wahlerfolg zu verdanken hat. Enttäuscht oder wütend bedauerten nicht wenige, ihm die Stimme gegeben zu haben. Es war ein Vorgeschmack auf kommende Regierungszeiten. Er bestätigte damit seinen autoritären Stil, mit dem er bereits während seiner ersten Präsidentschaft (2005 - 2010) manchen *compañero* aufgebracht hatte. Dialog ist nicht die Stärke des 74-jährigen *Caudillo*. Bedingungslose Gefolgschaft schätzt er mehr, wie sich in der Auswahl der künftigen Minister*innen zeigte. Mehrere waren schon in seiner ersten Regierung im Amt und hielten ihm auch später gegen alle Kritik unverbrüchliche Treue.

Tabaré Vázquez sei eigentlich ein Fremdkörper in der uruguayischen Linken, denn „er teilt deren wichtigste Werte nicht“, meint der Politologe und Meinungsforscher Oscar Botinelli.

Bestärkt in seinem Vorgehen fühlt sich Tabaré Vázquez wohl auch durch die Tatsache, dass er in der Stichwahl am 30. November mit 53,6 Prozent der Stimmen den jungen Rivalen der konservativen Blanco-Partei (41,1 Prozent), Luis Lacalle Pou,

klar abgehängt und die höchste Stimmenzahl seit dem Ende der Diktatur 1985 erzielt hatte.

Das Movimiento de Participación Popular (MPP) mit dem scheidenden Präsidenten José „Pepe“ Mujica als Aushängeschild war wieder stärkste Kraft in der Frente Amplio geworden und die sozialdemokratische Frente Liber Seregni um den früheren und künftigen Wirtschaftsminister Danilo Astori musste bei den Parlamentswahlen am 26. Oktober empfindliche Stimmeneinbußen hinnehmen. Doch wer geglaubt hatte, dass es deshalb einen Schwenk nach links geben würde, sah sich eines Besseren belehrt. Es geht eher in die umgekehrte Richtung, vor allem mit dem neuen Außenminister Rodolfo Nin Novoa. Der Agrotechniker und ehemalige Blanco-Politiker war Vizepräsident in der ersten Präsidentschaft Vázquez'. Kaum ernannt machte der Vázquez-Getreue klar, wo die Prioritäten liegen: Sein Interesse gelte der

.....
Das Problem vieler Frente Amplio-Politiker*innen ist, dass sie überholten orthodoxen Ideen nachhängen.

.....
„Allianz des Pazifiks“ Vollmitglieder sind Mexiko, Kolumbien, Peru und Chile, allesamt geprägt von (neo)liberaler Wirtschaftspolitik. Uruguay ist assoziiertes Mitglied. Im Hintergrund ziehen die USA die Fäden. Gegen China, den wichtigsten Handelspartner Uruguays. Ein Hindernis für die angestrebte Vollmitgliedschaft in der Allianz ist der Gemeinsame Markt Südamerikas (Mercosur), in dem rund 75 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts des Subkontinents erwirtschaftet werden. Nur gemeinsam oder mit Zustimmung aller Mitglieder (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela) können Freihandelsverträge mit anderen Ländern ausgehandelt werden.

Uruguay fühlt sich gegenüber den Großen benachteiligt und verlangt mehr Handlungsspielraum für Alleingänge. Die Statuten müssten flexibilisiert werden, fordert der künftige Außenminister. Er nennt das „verantwortungsbewussten Pragmatismus“. Oppositionelle und Unternehmer*innen

.....
Die Pazifik-Allianz droht nun einen Keil zwischen die UNASUR zu treiben.
.....

zeigten sich „beruhigt“; zumal Marktfundamentalist Danilo Astori das Wirtschaftsministerium wieder übernimmt.

Freimütig bekannte sich Nin Novoa zu einem Freihandelsvertrag mit Washington, obwohl in der ersten Amtszeit von Vázquez ein entsprechender Anlauf am Widerstand einer Frente-Mehrheit gescheitert war. Da war Antiimperialismus noch zu keinem Fremdwort verkommen. Als US-Präsident Obama kürzlich forderte, man müsse „anachronistische Stereotypen überwinden“, denn „gemeinsam können wir mehr“, signalisierte Tabaré Vázquez totale Übereinstimmung. Er sprach sich für eine „gemeinsame Agenda“ mit Washington aus. Mit dem Trio Vázquez-Astori-Nin Novoa dürfte der bisherige betont lateinamerikanische Kurs in der Außenpolitik Uruguays ab- wenn nicht gar ausgebremst werden. Das trifft vor allem UNASUR, die 2008 auf Initiative Brasiliens hin gegründete Union Südamerikanischer Staaten. In ihr sind alle südamerikanischen Länder organisiert, außer Französisch-Guayana. Die USA wurden nicht einmal als Beobachter eingeladen. Die Union strebt langfristig eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie die wirtschaftliche Integration an. Zwischenstaatliche Konflikte sollen friedlich beigelegt und die immensen Naturressourcen gegen fremde Begehrlichkeiten geschützt werden. Die Pazifik-Allianz droht nun einen Keil zwischen die UNASUR-Mitglieder zu treiben. Wohl nicht im Sinne von „Pepe“ Mujica, der in Quito auf einer Tagung der UNASUR weilte, als Tabaré Vázquez seine Ministerriege vorstellte. Der künftige Senator will nicht von der Politik lassen – bis er in der „Kiste“ abtransportiert werde.

Siegessicher konzentrierten sich schon vor der Stichwahl enge Mitarbeiter von Tabaré Vázquez auf kommende Regierungsaufgaben. Beispielsweise die Fragen nach dem Ausbau der erfolg-

reichen Sozialpolitik und der Verbesserung der öffentlichen Sicherheit. Und danach, wie die defizitäre öffentliche Infrastruktur, vor allem Straßen, Eisenbahn und Häfen, in den Griff zu bekommen sind. Schwerlasten, voller Soja und Baumstämme für Zellulosefabriken, haben die Straßen rampoliert. Kollateralschäden eines Rohstoffexporteurs. Mehrere Milliarden Dollar sind erforderlich, auch wenn nicht mehr wie bisher mit üppigen Wachstumsraten zu rechnen ist. Private Kapitalgeber sind gefragt. Auf jeden Fall wird sich der öffentliche Schuldenberg von derzeit rund 35 Milliarden Dollar noch höher auftürmen.

Ebenso gewaltig werden die Anstrengungen für eine Reform des einst vorbildlichen Erziehungswesens sein. Eine Aufgabe, die sich kaum in einer Legislaturperiode bewältigen lässt. Darin sind sich alle Parteien einig. Die Frente Amplio will sechs Prozent des Bruttosozialprodukts in die Erziehung stecken. Doch über das Wie der Reform gehen die Meinungen weit auseinander. Ob beispielsweise Schule und Universität stärker auf die Bedürfnisse der „Märkte“ zugeschnitten werden oder ob auch auf mehr Kritikfähigkeit und Kreativität Wert gelegt wird. Die Bedeutung der öffentlichen Schulen wird dabei immer wieder beschworen. Der Vorschlag von Vázquez, „Voucher“;

.....
Die derzeitige Verfassung „verteidigt die Rechte der Großgrundbesitzer“, so Mujica.
.....

also Gutscheine, für Privatschulen in Armenvierteln auszugeben, lässt Zweifel aufkommen. Viele Politiker*innen, auch aus dem linken Spektrum, schicken ihre Kinder auf Privatschulen.

Steuererhöhungen hat Tabaré Vázquez allerdings ausgeschlossen. Auch das außergewöhnlich boomende Agrobusiness, Stütze des exportorientierten Wirtschaftsmodells, muss nicht mit steuerlichen Belastungen rechnen. Damit war schon der scheidende Präsident José „Pepe“ Mujica gescheitert. Er wollte ein wenig von den explodierenden Gewinnen abschöpfen – für den Straßenbau in ländlichen Gebieten. Doch der Oberste Gerichtshof legte sich quer und erklärte die geplante Abgabe für verfassungswidrig. Die derzeitige Verfassung „verteidigt die Rechte der Großgrundbesitzer“, klagte Mujica. Das Gemeinwohl müsse „Vorrang vor dem Privaten“



Foto: Fabio Rodrigues Possebom/Agencia Brasil (CC-BY 3.0 BR)

◀ **Kommt er auch zurück?**
 Tabaré Vázquez mit dem
 inzwischen verstorbenen
 Hugo Chávez

haben, forderte deshalb Lucia Topolansky, einflussreiche Senatorin und Ehefrau Mujicas. Ermutert durch den siegreichen ersten Wahlgang im Oktober holten führende „Frente“-Politiker ein altes Vorhaben wieder aus der Schublade: die Reform einer Verfassung, die aus dem Jahre 1967 stammt. Dann würden beispielsweise internationale Verträge über Menschenrechte automatisch Verfassungsrang erhalten. Die rechte Opposition werde die Frente mit „schwerer Artillerie unter Beschuss nehmen“, befürchtet der Abgeordnete Luis Puig. Tatsächlich malten politische Gegner*innen Gefahren für die Demokratie an die Wand. Die Forderung nach einem eigenen Verfassungsgericht gefährde gar die Unabhängigkeit der Justiz.

Kritisiert wird die Frente auch von sozialen Bewegungen und der Opposition wegen eines milliardenschweren Großprojekts im Bergbau. Aratirí, ein Konzern der indischen Unternehmensgruppe Zamin Ferrous, will etwa 20 Jahre lang Eisenerz im Tagebau ausbeuten. Der Vertrag muss noch von Tabaré Vázquez unterzeichnet werden. Doch mit Händen und Füßen sträubt sich die gegenwärtige Regierung dagegen, das Vertragswerk öffentlich zu machen. Nicht so sehr wegen der erheblichen Steuergeschenke, sondern wohl wegen der Konsequenzen für die Umwelt. Was geschieht beispielsweise mit den mehrere hundert Meter tiefen riesigen Kratern, wenn die Lagerstätte erschöpft ist?

Für viele nicht so überraschend hat die Frente Amplio bislang Umweltthemen eher auf die leichte Schulter genommen und als lästiges Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen. Pestizide werden als notwendiges Übel hingenommen, auch wenn immer mehr Wasser verseucht wird. Uruguay hat bis heute kein eigenes Umweltministerium. Mujica war sich nicht zu schade, sich über die *ecologistas* lustig zu machen. Doch nun hat die Oppositionspartei der Blancos das sträflich vernachlässigte Thema aufgegriffen und eine eigene ökologische Gruppierung ins Leben gerufen. Und die neue Partei Partido Ecologico Radical Intransigente (PERI) schrammte knapp an einem Abgeordnetensitz vorbei.

Das Problem vieler Frente Amplio-Politiker*innen ist, dass sie überholten orthodoxen Ideen nachhängen. So der unerschütterliche Glaube an den technologischen Fortschritt, der Umweltsünden und -schäden ohne weiteres beheben werde. Das sei letztlich neoliberale Mentalität, meinte ein Kritiker. Die Mega-Investition Aratirís befürworten sowohl Mujica als auch sein Nachfolger Tabaré Vázquez. Der zum politischen Zentrum neigende Wahlsieger hatte den extraktivistischen Wirtschaftskurs schon in seiner ersten Amtszeit mit der Zellulosefabrik „Botnia“ gefestigt. Auf der Strecke bleibt der selbst gewählte Slogan „Uruguay natural!“

// **Karl-Ludolf Hübener**

KAMPF MIT DEN MARKTKRÄFTEN

DIE VENEZOLANISCHE REGIERUNG ZÖGERT DRINGENDE WIRTSCHAFTLICHE REFORMEN WEITER HINAUS

Mit einem Gesetzespaket versucht der venezolanische Präsident Nicolás Maduro gegen die verfahrenere wirtschaftliche Situation vorzugehen. Doch es bleibt ein Kampf gegen Windmühlen. Ohne eine grundlegende Reform des Wechselkursystems sind die hohen Staatsausgaben kaum mehr zu finanzieren. Der fallende Erdölpreis setzt die Regierung zusätzlich unter Druck.

Es war der vorletzte Tag der Sondervollmachten, die das Parlament dem venezolanischen Präsidenten für ein Jahr verliehen hatte, und er nutzte ihn fulminant: Ende November unterzeichnete Nicolás Maduro eine ganze Reihe von Gesetzen, die in erster Linie auf die krisenhafte wirtschaftliche Situation reagieren. Insgesamt 45 Gesetzesänderungen und Dekrete, deren Inhalt die Regierung erst in den Wochen nach der Unterzeichnung bekannt gab, befassen sich unter anderem mit einer Steuerreform, der Kontrolle und Ankungelung der Wirtschaft, Korruptionsbekämpfung, Bürokratieabbau, Währungspolitik und Tourismus.

Die spürbarsten Merkmale der Krise in Venezuela sind derzeit Inflation und Warenknappheit. Zwar ist eine hohe Inflationsrate in der venezolanischen Rentenökonomie keine Neuheit – in den 1990er Jahren lag sie teilweise bei Jahreswerten von über 100 Prozent und auch in der Chávez-Ära betrug sie im Durchschnitt über 20 Prozent. Seit dem Tod des Präsidenten 2012 hat sie sich allerdings stark beschleunigt und wies zuletzt Jahreswerte von mehr als 60 Prozent auf. Die Preissteigerung bei Lebensmitteln liegt mit mehr als 90 Prozent sogar noch deutlich darüber. Zugleich sind viele Waren des täglichen Bedarfs nur schwer oder gar nicht zu bekommen, was zu langen Schlangen, stundenlangem Warten und Wucher führt.

Durch eine Mindestlohnsteigerung von knapp 65 Prozent hat die Regierung als Reaktion auf die steigenden Preise einen Inflationsausgleich für die untersten Lohngruppen verordnet und glaubt

man ihren Aussagen, dann hat die Sozialpolitik bislang ein Durchschlagen der Krise auf die ärmeren Bevölkerungsteile verhindern können. So versicherte Präsident Maduro im November, dass im Gegensatz zu den 1980er und 90er Jahren die Armut in Zeiten hoher Inflation nicht gestiegen sei. Die Arbeitslosenquote verharrt nach Angaben des Nationalen Statistikinstituts (INE) bei etwa sieben Prozent. Zumindest in der subjektiven Wahrnehmung ist die aktuelle Situation aber für immer mehr Menschen unerträglich, frisst die Preissteigerung doch die allermeisten Lohnanpassungen unverzüglich auf.

Hinzu kommt ein wachsendes Loch im staatlichen Haushalt. Aktuell wird es auf 15 bis 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) geschätzt, was in den vergangenen zwei Jahren zu einem deutlichen Anstieg der Staatsverschuldung geführt hat, durch die sich Venezuela vor allem in die Abhängigkeit von China begibt. Ursache waren die expansiven staatlichen Ausgaben der vergangenen Jahre, mit denen unter anderem die zahl-

.....
Die Reformen greifen zu kurz und ignorieren weitgehend die wichtigste Ursache der krisenhaften Situation.
.....

reichen Sozialprogramme, vor allem aber auch die Importe finanziert wurden von denen der Konsum weitgehend abhängt. Waren die hohen Ausgaben schon zuvor ein Problem, so stellt der Verfall des Erdölpreises um 30 bis 40 Prozent im Herbst 2014 die venezolanische Regierung vor eine besonders schwierige Situation.

Das von Maduro verkündete Reformpaket wirkt auf den ersten Blick wie der Versuch eines Befreiungsschlags, der zeigen soll, dass die Regierung das Heft in der Hand hält und angesichts der unbefriedigenden Situation nicht untätig bleibt. Doch ist zu bezweifeln, dass die neuen



▲ **Das Milchpulver macht's** Hugo Chávez posierte 2008 in seiner Fernsehsendung *Aló Presidente* mit dem knappen Gut

Maßnahmen ernsthaft dazu beitragen werden, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen.

So adressiert eine kleine Steuerreform zwar das Haushaltsdefizit und versucht über eine Steuererhöhung für Luxusgüter, Tabak und Alkohol sowie Ausgabenkürzungen bei den Gehältern hoher Regierungsbeamter – allen voran des Präsidenten selbst – und bei „Luxusausgaben“ die Neuverschuldung zu drosseln. Die seit etwa einem Jahr diskutierte Kürzung der Subventionierung des Benzins, das in Venezuela praktisch kostenlos ist und den Staat Jahr für Jahr Milliarden kostet, wird aber immer weiter verschoben.

Darüber hinaus soll eine Kommission weitere überflüssige Ausgaben ausmachen, um den Staatshaushalt zu verschlanken – ohne jedoch die Sozialausgaben zu kürzen, versicherte Maduro. Hinzu kommen Versuche, durch weitere Kontrollen die Einhaltung bestehender Gesetze zu verbessern und beispielsweise Gewinnspannen über 30 Prozent zu verhindern. Angesichts grassierender Preisspekulation, Wucher und traditionell schwach ausgeprägter und ineffizienter staatlicher Behörden ist das ein hehres Ziel. Denn Die meisten Preise orientieren sich trotz diverser

gesetzlicher Obergrenzen ohnehin am explodierenden Schwarzmarktkurs statt an tatsächlichen Einkaufspreisen.

Die Reformen greifen jedoch zu kurz und ignorieren weitgehend die wichtigste Ursache der krisenhaften Situation, die in einem völlig un-funktionalen Wechselkursregime liegt. Seit den Unternehmerstreiks 2003 herrschen in Venezuela strikte Devisenkontrollen und festgesetzte Wechselkurse, die mit dem Ziel eingeführt wurden, Kapitalflucht zu unterbinden und Spekulationsangriffe auf die Landeswährung Bolívar zu verhindern. Dieses Ziel erfüllten sie zeitweise auch tatsächlich. Seit einigen Jahren hat sich das System jedoch zu einem bürokratischen Monstrum mit verheerenden Effekten für die Wirtschaft des Landes entwickelt. Denn der deutlich überbewertete Wechselkurs verbilligte die Importe enorm, während die ohnehin schon geringe Produktion des Landes jeder Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt beraubt wurde. Zugleich muss der Staat alle Devisen, die für das Funktionieren der Volkswirtschaft benötigt werden, zur Verfügung stellen, da die Privatwirtschaft lediglich etwa vier Prozent der Devisen selbst erwirtschaftet. Ange-

VENEZUELA

sichts der großen Menge an Importen war dies in Zeiten eines Erdölpreises von etwa 100 US-Dollar zwar zu bewerkstelligen, es beraubte den Staat aber teilweise der Möglichkeit, die enormen Gewinne des Erdölexportes in die Entwicklung des Landes zu investieren.

Hinzu kommt derzeit aber ein noch größeres Problem. Denn weil die Erdöl-Dollars offenbar nicht ausreichen, um die Nachfrage nach Devisen zu befriedigen und möglicherweise befeuert durch Spekulationsattacken, ist der Schwarzmarktkurs in extreme Höhen geschossen. Anfang Dezember wurde er mit über 170 Bolívares gehandelt, was dem 27-fachen des günstigsten offiziellen Wechselkurses von 6,3 Bolívares entspricht. Hinzu kommen zwei weitere legale Wechselkurse von etwa 12 beziehungsweise 50 Bolívares pro US-Dollar, die je nach Zweck der Verwendung gewährt werden. Diese Differenzen machen für diejenigen, die Zugang zu den staatlich kontrollierten Devisen haben, unglaubliche Spekulationsgewinne möglich. So stehen Importunternehmer, denen US-Dollar zum Präferenzkurs von 6,3 bewilligt wurden beispielsweise vor der Wahl, die Waren legal mit einer erlaubten Gewinnmarge von 30 Prozent zu verkaufen, oder aber die erhaltenen Dollars zum Schwarzmarktkurs zu tauschen und dabei Gewinne von 2.000 bis 3.000 Prozent zu erzielen.

So ist durch die Währungspolitik ein völlig undurchschaubarer Markt von Devisenspekulatio-

nen entstanden, der gigantische Gewinne abwirft und es ist davon auszugehen, dass auch zahllose Mitglieder der staatlichen Verwaltung und der Regierung in ihn involviert sind. So bemängelte im Frühjahr 2013 die Kurzzeit-Präsidentin der Zentralbank, Edmée Betancourt, dass dem Staat allein

.....
Es ist bekannt, dass Teile des Staatsapparates und der Regierung in die Korruption und den Devisenbetrug verwickelt sind.
.....

im Jahr 2012 etwa 20 Milliarden US-Dollar (!) verloren gegangen seien – durch Briefkastenfirmen geschleust und dann verschwunden. Nach nur drei Monaten im Amt musste sie ihren Posten räumen. Bereits Anfang desselben Jahres hatte der damalige Planungsminister Jorge Giordani öffentlich beklagt, dass durch das staatliche Devisensystem bis zu 25 Milliarden US-Dollar abhanden gekommen seien.

Seitdem geistert die Zahl der 20 Milliarden verschwundenen Dollar durch kritische Debatten an der chavistischen Basis. Inspiriert von den Aussagen Betancourts errechneten Aktivist*innen von Marea Socialista, einer Strömung der sozialistischen Regierungspartei PSUV, für den Zeitraum von 1998 bis 2013 eine Kapitalflucht in Höhe von 259 Milliarden Dollar. Der marxistische Ökonom



Foto: Julio Cesar Mesa

◀ Die *buhoneros*

Viele Waren sind nur noch bei den Straßenhändler*innen erhältlich

Manuel Sutherland rechnete dann auch gleich vor, mit welchen Methoden dies möglich ist. Denn tatsächlich werde nur ein Bruchteil der Waren importiert, für die Devisen bewilligt wurden. Durch Leerkäufe und künstlich überhöhte Importpreise existierten viele Waren nur auf dem Papier, die Dollars aber, mit denen sie tatsächlich oder vorgeblich gekauft wurden, strichen die Importunternehmen ein. Und ein nicht unwesentlicher Teil der Waren, die tatsächlich in Venezuela ankommen, landen statt in den Supermarktregalen entweder bei informellen Händler*innen, die ein Vielfaches der teilweise regulierten Preise verlangen oder über Schmugglerouten in Kolumbien – die Regierung spricht von etwa 30 Prozent.

Die Maduro-Regierung sieht diese Entwicklung einzig als einen „Wirtschaftskrieg“ der alten Eliten gegen das Projekt der bolivarianischen Revolution, spricht von einer „induzierten“ Inflation und gibt der Bourgeoisie die Schuld an den Versorgungsengpässen, weil diese die Waren horte oder aus dem Land bringe, um die Gewinnmargen in die Höhe zu treiben. Nun ist diese Beschreibung zwar nicht gänzlich falsch; sie übergeht aber geflissentlich, dass die Anreize zu diesen Handlungen durch das gigantische Wechselkursdifferential künstlich ins Unermessliche getrieben

.....
 Anfang Dezember wurde der Bolívar mit dem 27-fachen des offiziellen Wechselkurses gehandelt.

werden. In einer kapitalistischen Wirtschaft von den Marktteilnehmer*innen zu erwarten, dass sie *nicht* danach streben, ihre Profite zu maximieren, ist im besten Fall gutgläubig. Und dass sie es angesichts zwar zahlreicher aber doch laxer Kontrollen durch einen von schwacher Institutionalität geprägten Staatsapparat dann auch jenseits des engen gesetzlichen Rahmens tun, ist zwar verurteilenswert, aber kaum überraschend.

So zeigt sich deutlich, dass die Regierung für eine ernst gemeinte Lösung der Krise nicht darum herum kommt, die Währungspolitik anzugehen und die Wechselkurse zumindest in die Nähe ihres Marktwertes zu bringen. Wirtschaftswissenschaftler wie der ehemalige Industrieminister unter Chávez, Víctor Álvarez, geben als Referenzwert eines auf diese Weise vereinheitlichen Wechselkur-

ses mindestens 35 Bolívares pro Dollar an. Zu ähnlichen Schätzungen kommen der Analyst der Bank of America, Francisco Rodríguez, oder der US-Ökonom Mark Weisbrot, während andere einen deutlich höheren Kurs veranschlagen. Dies würde die Dollaramut zu beenden helfen und zugleich dem Staat enorme Einnahmen in der Landeswährung verschaffen, die er wiederum einsetzen könnte, um die sozialen Effekte eines solchen Schrittes abzufedern. Andernfalls dürfte es nicht mehr lange möglich sein, die enormen Staatsausgaben zu schultern, die sich neben den üblichen Ausgabenposten durch die Importe, Subventionen und die große Zahl öffentlicher Angestellter ergeben.

Unabhängig von der Frage, welcher Lösungsansatz der richtige ist, sind sich die meisten unabhängigen Analyst*innen rechts wie links einig darin, dass der Status Quo untragbar ist. Die Regierung bleibt dennoch bislang weitgehend untätig, doktert bestenfalls an Symptomen herum und scheint wie das Kaninchen auf die Schlange zu starren. Auch wenn davon auszugehen ist, dass spätestens – und viel zu spät – Anfang 2015 Schritte in Richtung einer Reform der Währungspolitik unternommen werden, drängt sich der Eindruck auf, dass die Regierung nicht Willens oder nicht fähig ist, die aktuelle Situation zu lösen. Mögliche Gründe für diese Passivität gibt es viele; zwei stehen allerdings besonders hervor.

Einerseits befindet sich die Regierung in einer Zwickmühle, denn sie hat mit einer Art „Demokratieproblem“ zu kämpfen: Die notwendigen Maßnahmen zur Korrektur des Wechselkursdilemmas können je nach Umsetzung vorübergehend schmerzhaft sein und so befürchtet die politische Führung womöglich, dass die Ergebnisse der im kommenden Herbst anstehenden Parlamentswahlen gefährdet sind.

Andererseits – und das wäre die wesentlich unangenehmere Erklärung – ist allgemein bekannt, dass Teile des Staatsapparates und der Regierung in die Korruption und den Devisenbetrug verwickelt sind. Dies war auch in der Regierungszeit von Hugo Chávez nicht anders, der allerdings zumindest den Eindruck erweckte, das Ausmaß der Korruption in gewissen Grenzen halten zu können. In der aktuellen Situation scheint hingegen, als ob der „korrupte Teil“ der Regierung so viel Macht gewonnen hat, dass er verhindern kann, den absurden Status Quo zu überwinden.

// Jan Kühn

DAS RENNEN UM DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG

ALTERNATIVE MEDIEN IN KOLUMBIEN VERSUCHEN EINE UNABHÄNGIGE BERICHTERSTATTUNG ZU GEWÄHRLEISTEN

Kolumbien ist nicht gerade berühmt für sein pluralistisches Mediensystem. Der Großteil der Print- und Rundfunkmedien befindet sich im Besitz dreier oligarchischer Medienunternehmen mit engen Verbindungen zur politischen und ökonomischen Machteleite des Landes. Zudem ist die Mordrate an Journalist*innen eine der höchsten weltweit. Alternative Medienplattformen bemühen sich dennoch um einen hochwertigen Journalismus in Kolumbien.

Bogotá, 4. Dezember 2014. Während sich die Stadt im Weihnachtstrubel auf die Feiertage vorbereitet, laufen in einer Büroetage im nördlichen Stadtviertel La Castellana die Telefone heiß. Gerade sind Drohungen der paramilitärischen Verbindung Águilas Negras gegen 17 Journalist*innen, ihre Familien und Mitarbeiter*innen bekannt geworden. In einer Email erklären die Águilas Negras diese 17 Journalist*innen und 13 alternative Medienkollektive, vor allem aus den ländlichen Regionen Kolumbiens, zu Zielobjekten bewaffneter Aktionen. Die Begründung: Sie seien von den Bewaffneten Streitkräften Kolumbiens (FARC-EP) unterwandert und somit „Feinde der Nation“. In den Büros des unabhängigen Onlinemagazins *Las2Orillas* in der Hauptstadt werden daher in aller Eile die Solidaritätsmechanismen für die bedrohten Kolleg*innen angekurbelt.

Laut einem aktuellen Bericht der Organisation Reporter ohne Grenzen (RoG) ist Kolumbien nach Mexiko das Land mit der zweithöchsten Mordrate an Journalist*innen weltweit. Zwischen Januar 2000 und September 2014 wurden mindestens 56 kolumbianische Journalist*innen ermordet, während sie ihren Beruf ausübten. Laut Aussagen der lateinamerikanischen Zentrale der Organisation wurden die meisten von ihnen „Opfer ihres Strebens, Menschenrechts-

verletzungen, das Organisierte Verbrechen, Korruption oder ähnliche Einmischungen zu denunzieren“. Auch stocken die Ermittlungen bei einem Großteil der Verbrechen gegen Journalist*innen oder die Verbrechen bleiben ungestraft, da der politische Wille und ein effizientes juristisches System fehlen oder korrupte Autoritäten die Strafverfolgung behindern, so die Organisation. 2014 findet sich Kolumbien im Jahresbericht über die Pressefreiheit von RoG deshalb auf Platz 126 von 180 Plätzen, dicht gefolgt von Ländern wie Afghanistan oder Syrien.

Laut der kolumbianischen Stiftung für die Pressefreiheit (FLIP) tauchten alleine im September 2014 zwei schwarze Listen der paramilitärischen Gruppierungen Los Urabeños und Los Rastrojos auf, die acht beziehungsweise 24 Journalist*innen aus den Bezirken Valle de Cauca und Córdoba mit dem Tode bedrohten, da sie „die Anweisung zum Schweigen“ nicht eingehalten hätten. Nachdem im Februar 2014 der Kameramann Yonny

.....
Kolumbien findet sich im Jahresbericht über die Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen auf Platz 126 von 180 Ländern.
.....

Steven Caicedo in der Hafenstadt Buenaventura ermordet worden war, sorgte zuletzt vor allem die Ermordung von Luis Carlos Cervantes in der Kleinstadt Tarazá, Antioquia, für Schlagzeilen. Am Nachmittag des 12. August wurde der Radiojournalist auf der Straße erschossen – nur drei Wochen, nachdem ihm die staatliche Schutzbegleitung aus finanziellen Gründen entzogen worden war, unter der er seit Todesdrohungen im Jahr 2012 gestanden hatte.

Auch wenn es in den letzten Jahren in Bogotá mehrere Attentate oder Bedrohungen gegen



Foto: Madlen Haarbach

▲ Für eine unabhängige Medienlandschaft Pachó Escobar bei der Redaktionsarbeit

Journalist*innen gab, ist die Bedrohung in den Provinzen doch ungleich höher. „Es gibt einige Journalisten, die ständig inmitten von Bedrohungen leben“, erzählt Pachó Escobar, Mitarbeiter von *Las2Orillas*, und fährt fort: „Zu diesen gehören zwar einige der bekannteren Journalisten von *Revista Semana* oder *El Tiempo* (neben der Tageszeitung *El Espectador* die bedeutendsten überregionalen Printmedien Kolumbiens; Anm. der Red.), aber im Allgemeinen bemerkt man in Bogotá von den Bedrohungen eher wenig. Wenn wir allerdings mitbekommen, dass Kollegen aus den Provinzen bedroht werden, versuchen wir natürlich ihnen mit allem, was in unserer Macht steht, zu helfen.“ So auch an diesem vierten De-

.....
 Die meisten alternativen Medien nutzen vor allem das Internet, um ihre Artikel zu veröffentlichen.

zember. Die Telefondrähte glühen inzwischen, schnell werden Pressemitteilungen und Artikel verfasst, um die Bedrohungen öffentlich bekannt zu machen. Denn das ist die Aufgabe, die *Las2Orillas* in solchen Fällen übernimmt: „Wenn

wir von Bedrohungen hören und es Beweise für diese Bedrohungen gibt, berichten wir sofort – aus Solidarität und um zu zeigen, dass Journalisten in Kolumbien eine große Gemeinschaft sind“, berichtet Pachó Escobar.

Laut Carlos Gutiérrez, Direktor des linken Medienkollektivs *Desde Abajo*, entspricht es regelrecht dem Selbstmord, investigativen Journalismus in den ländlichen Regionen zu betreiben: „Hier in Bogotá stört uns niemand. Aber wenn wir in die Provinzen gehen, wo die politische und ökonomische Macht immer noch in den Händen der Großgrundbesitzer oder der (para)militärischen Gruppierungen liegt, sieht die Situation anders aus. Sie kontrollieren dort nicht nur die Informationen, sondern jeder, der in irgendeiner Form Kritik anbringt, wird automatisch zum militärischen Zielobjekt.“

Medien wie *Las2Orillas* versuchen diesen Bedrohungen entgegenzuwirken, indem sie die Artikel von Bogotá aus veröffentlichen: „Wir haben Informanten in fast allen Teilen Kolumbiens. Diese versorgen uns mit Daten, die wir dann unter unserem Namen veröffentlichen. Sie wollen nie als Protagonisten auftreten, sie machen das eher aus einer Gefühl bürgerlicher Verpflichtung heraus oder weil sie Gerechtigkeit wollen. Wir hier in der

Hauptstadt übernehmen dann die Verantwortung“, beschreibt Pacho Escobar das Informationsnetzwerk der Onlineplattform, und erläutert: „Natürlich überprüfen wir die Daten, manchmal fahren wir in die Regionen oder rufen die Beteiligten an, um zu sehen, was sie uns zu sagen haben.“

Eine weitere Bedrohung der Informationsfreiheit ergibt sich aus den engen Verbindungen zwischen der politischen Macht, der Wirtschaft und den traditionellen Medien. Das Medienkonglomerat, das etwa 95 Prozent der Informationen auf dem ko-

.....
In den Provinzen ist die Bedrohung für Journalist*innen ungleich höher.
.....

lumbianischen Markt liefert, liegt in den Händen der drei Unternehmensgruppen Grupo Ardila, Santo Domingo und Sarmiento Angulo. Diese drei Gruppen sind Eigentümer eines Großteils der kolumbianischen Radio- und TV-Sender – so unter anderem *Caracol* und *RCN*, der beiden wichtigsten Fernsehsender – und dominieren auch den Zeitungsmarkt. Zum Wirtschafts- und Bankenimperium Sarmiento Angulo gehört zum Beispiel *El Tiempo*, die wichtigste überregionale Zeitschrift des Landes. Sie wurde von der Familie des aktuellen Präsidenten Juan Manuel Santos gegründet. Derlei enge Verflechtungen mit der Politik beeinflussen die Journalist*innen in ihrer Arbeit. Die Selbstzensur sei deswegen in Kolumbien viel stärker als die Zensur, wie Carlos Gutiérrez erklärt: „Journalisten zensieren sich selbst aus Angst, ihre Stelle zu verlieren, wenn die veröffentlichten Informationen nicht mit den Interessen der Eigentümer des Mediums übereinstimmen“.

Nicht zu vernachlässigen ist auch, dass die meisten Medien, selbst wenn sie nicht zu den großen Wirtschaftskonzernen gehören, sich doch hauptsächlich über staatliche und kommerzielle Werbung finanzieren: „Regionale Medien leben von der Werbung der regionalen Institutionen“, berichtet Miguel Suárez, der für *Desde Abajo* und für die kolumbianische Ausgabe von *Le Monde Diplomatique* arbeitet. Auch die prekären Bedingungen, unter denen viele Journalisten arbeiten, spielen dabei eine Rolle: „Zum Beispiel werden Radiojournalisten in Kolumbien nicht mit Geld, sondern mit Sendezeit bezahlt. Du musst dich also über Werbung selbst finanzieren. Und somit bist du wieder

um davon abhängig, wirtschaftliche oder staatliche Interessen nicht zu verletzen“, so Suárez.

Um dennoch eine gewisse Unabhängigkeit in der Berichterstattung erreichen zu können, nutzen die meisten alternativen Medien vor allem das Internet, um ihre Artikel zu veröffentlichen. Juanita León, Gründerin und Chefredakteurin des Online-Magazins *La Silla Vacía*, betont: „Wir haben es geschafft, durch Unabhängigkeit Einfluss zu erhalten. Tatsächlich haben wir eine Freiheit, die viele Medien in Kolumbien nicht haben, weil ihnen mit Entzug der Werbung gedroht wird. Da wir durch die billige Onlinewerbung ein schlechtes Geschäft sind, sind wir auch weniger angreifbar“. Auch *Las2Orillas* und andere alternative Medien, wie das Polit-Analyse-Magazin *Razón Pública*, das vor allem von Akademiker*innen parallel zur wissenschaftlichen Arbeit betrieben wird, erscheinen ausschließlich online. *Las2Orillas* finanziert sich zum Beispiel hauptsächlich über internationale Fördermittel, die die Online-Zeitschrift für Journalist*innenschulungen in den Provinzen erhält. Das Medienkollektiv *Desde Abajo*, das neben einer eigenen Monatszeitschrift auch die kolumbianische Ausgabe von *Le Monde Diplomatique* herausgibt

.....
„Journalisten zensieren sich selbst aus Angst, ihre Stelle zu verlieren“, erklärt Carlos Gutiérrez.
.....

und aktuell eine Online-Fernsehsendung plant, finanziert sich neben den Einnahmen aus dem Zeitschriftenverkauf vor allem über die Veranstaltung von Kongressen und die Herausgabe kritischer Literatur- und Sachbücher.

María Fernanda González, Politikdozentin an der Universidad Nacional de Colombia und freie Autorin für Zeitungen wie *Revista Semana*, *El Espectador* und *Razón Pública*, betont, dass die Medien in Kolumbien einen großen Einfluss auf die politische Debatte hätten: „Aber obwohl sich gerade die Printmedien in einer wichtigen Position befinden und insbesondere alternative Medien einen recht hohen Grad an Unabhängigkeit aufweisen, ist es ziemlich enttäuschend, dass es nach wie vor keine wirklich linke Medienlandschaft und damit auch keinen wirklichen Meinungspluralismus gibt“. Medien wie *Las2Orillas* oder *La Silla Vacía* mögen zwar mittlerweile bis zu hunderttausend

Leser*innen täglich haben, die Rolle der alternativen Medien ist jedoch nach wie vor eher marginal. So erklärt Miguel Suárez: „Unsere Hauptaufgabe ist eine Art Machtkampf. Wir streiten um die öffentliche Meinung. Deswegen sehen wir uns auch eher als Aktivisten denn als Journalisten. Wir stehen nicht nur einer konzentrierten Macht der einflussreichen Medienmacher gegenüber, sondern auch vielen kleinen, sehr versprengten Medien, die um spezialisierte Leserschaften streiten. Denn wer liest zum Beispiel die Zeitung der Kommunistischen Partei? Doch nur die Mitglieder der Kommunistischen Partei.“ Auch bestehe nach wie vor die Gefahr, mit linker Berichterstattung als „Guerilla“ denunziert zu werden, wie Carlos Gutiérrez betont.

Doch auch der Zugang zu Information hängt stark vom Medium ab. Zwar werden Journalist*innen allgemein recht gut angesehen, gerade auf politischer Ebene, aber „den Status erhältst du vor allem durch das Medium“, erzählt Pacho Escobar. „Wenn man sagt, dass man für eines der traditionellen Medien arbeitet, dann bekommt man viel schneller und unkomplizierter Zugang zu den Daten, die man sucht.“ Zugleich betont Juanita León, dass „viele Informationen immer noch davon abhängen, dass jemand einem einen ‚Gefallen‘ tut. Es ist nach wie vor schwierig, an bestimmte In-

formationen zu kommen, vor allem in Bezug auf die Polizei, das Militär oder den Wahlatrat – einfach weil diese Institutionen nicht sehr transparent sind.“ So haben viele Journalist*innen schon die Erfahrung gemacht, dass Anfragen auf Datenherausgabe schlicht nicht beantwortet werden. „Man muss schon sehr stark insistieren. Obwohl es einen gewissen Respekt gegenüber Journalisten gibt, hoffen die Institutionen oft, dass man irgendwann aufhört nachzufragen“, ergänzt Pacho Escobar, „und selbst wenn es Daten gibt, sind die oft nicht verlässlich.“

So bleibt die alternative Berichterstattung in Kolumbien ein tägliches Ringen. Es geht einerseits um den Zugang zu Informationen, genauso wie um das schlichte Überleben als Person und als Institution. Andererseits aber geht es vor allem um Einfluss, wie Miguel Suárez beschreibt: „Die politische Opposition, die Linke, hat einfach noch nicht verstanden, dass die Kommunikation ein Schlüssel zum politischen Wandel ist. Wir müssen um die öffentliche Meinung kämpfen, um die Menschen davon zu überzeugen, dass es ein anderes Kolumbien bereits gibt und dass der Wandel möglich ist.“

// Madlen Haarbach

▼ **Chefredakteurin Juanita Leon** Mehr Freiheit durch billige Onlinewerbung



Foto: Gabriel Cristóver Pérez/Knight Center CC BY 2.0

LÖSUNG DER KRISE STÄRKT DEN FRIEDENSPROZESS

INTERVIEW MIT DEM KONFLIKTFORSCHER ARIEL ÁVILA NACH FREILASSUNG DES ENTFÜHR-
TEN GENERALS

Seit November 2012 laufen in Kubas Hauptstadt Havanna die Friedensgespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und den Bewaffneten Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC). Mitte November wurden sie von Präsident Juan Manuel Santos einseitig suspendiert, nachdem Brigadegeneral Rubén Darío Alzate unter dubiosen Umständen in die Hände der FARC geriet. Nach 14 Tagen im Dschungel der westkolumbianischen Pazifikprovinz Chocó kamen der General, der bisher ranghöchste Militär in Händen der FARC, und seine zwei Begleiter*innen wieder frei. Die Operation ging dank des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes und den Garant*innen der Verhandlungen aus Norwegen und Kuba zügig und ohne Zwischenfälle über die Bühne. Die Friedensgespräche gehen seit dem 10. Dezember weiter. Zu dem Vorfall und seinen Folgen befragten die *LN* Politikwissenschaftler Ariel Ávila von der Stiftung „Frieden und Versöhnung“.

Nach seiner Freilassung hat General Rubén Alzate nun seinen Rücktritt erklärt. Er habe durch sein Verhalten – ohne Bodyguards und in Zivil in ein Konfliktgebiet zu fahren – seine Soldatenehre verletzt. Ist dieser Fall damit erledigt?

Das halbe Land ist mit der Erklärung des Generals über das, was sich vor zwei Wochen in der Siedlung Las Mercedes abgespielt hat, nicht zufrieden. Aber der genaue Hergang wird zunächst Spekulation bleiben. Präsident Juan Manuel Santos ist in jedem Fall verärgert über den General. Denn durch seinen fahrlässigen Fehler hat er die Friedensverhandlungen ernsthaft in Gefahr gebracht.

War es eine kluge Entscheidung von Präsident Santos, die Gespräche auszusetzen, nachdem



Fotos: Carlos Martínez González / Paz y Reconciliación

ARIEL ÁVILA

Der Politik- und Sozialwissenschaftler Ariel Ávila arbeitet für die Stiftung Paz y Reconciliación („Frieden und Versöhnung“) in Bogotá, die von León Valencia, einem ehemaligen Mitglied der Nationalen Befreiungsarmee ELN, gegründet wurde. Die Mitglieder der Stiftung forschen unter anderem zu den Themen Frieden, bewaffneter Konflikt und mafiöse Strukturen. Nach scharfer Kritik an Ex-Präsident Álvaro Uribe und dem Skandal der *parapolítica*, bei dem hohen politischen Funktionären Verbindungen zu paramilitärischen Todesschwadronen nachgewiesen worden waren, musste Ávila das Land 2011 aufgrund von Morddrohungen kurzzeitig verlassen. Der 31-Jährige gilt in Kolumbien als einer der angesehensten Expert*innen rund um die Friedensverhandlungen mit der FARC-Guerilla. Außerdem berät er staatliche Institutionen, darunter die Stadtverwaltung von Bogotá.

die Gefangennahme des Generals bekannt wurde?

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Regierung damit eines der wichtigsten Prinzipien der Verhandlungen verletzt hat. Nämlich jenes, dass die Gespräche in Havanna nicht von den andauernden Kämpfen zwischen beiden Seiten in Kolumbien beeinflusst werden dürfen.

Auch die Bewaffneten Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) haben sich im Januar 2014 nicht vom Verhandlungstisch in Havanna erhoben, als das Militär das Camp eines hohen FARC-Kommandanten bombardierte und es drei Tote gab.

Santos' Entscheidung kam wohl maßgeblich auf Druck des Militärs zustande und er hatte politisch wohl auch keine andere Wahl. Es zeigt aber, dass der Präsident Probleme damit hat, im Militär Unterstützung für seinen Friedenskurs zu finden. Derjenige, der während der vergangenen zwei Wochen immer als Erster Details über die Situation des Generals twitterte, war nicht Santos oder sein Verteidigungsminister, sondern der rechte Senator und Ex-Präsident Álvaro Uribe, der noch immer einen guten Draht zu den Militärs hat.

Wie wird sich der Vorfall auf den weiteren Verlauf der Gespräche auswirken?

Es wird den Friedensprozess stärken, weil beide Seiten gezeigt haben, dass sie willens sind, die Krise so schnell wie möglich zu lösen. Das zeigt unter anderem die recht schnell getroffene Vereinbarung, ab dem 10. Dezember wieder an den

Verhandlungstisch zurückzukehren. Dieser Zwischenfall war ja keine Krise der Gespräche selbst, sondern wurde durch einen externen Vorfall ausgelöst.

Die FARC und viele Aktivist*innen haben in den vergangenen Wochen verstärkt einen beidseitigen Waffenstillstand gefordert, was die Regierung bisher immer ablehnt. Besteht jetzt eine Chance darauf?

Ein Waffenstillstand wäre der vernünftigste und wünschenswerteste Schritt. Doch er ist für die Regierung politisch nicht durchsetzbar, weil die Opposition und das Militär sie zerreißen würden. Außerdem steht das schwierigste Thema noch auf der Verhandlungsagenda: die Frage nach der Übergangsgerechtigkeit, also ob und wie lange die Guerilleros für ihre Verbrechen ins Gefängnis müssen.

Wenn schon kein Waffenstillstand durchsetzbar scheint, welche Deeskalationsmaßnahme ist dann denkbar?

Machbar wäre eine stufenweise Deeskalation der Kämpfe, die schließlich in einen Waffenstillstand mündet. Beide Seiten könnten beispielsweise vereinbaren, dass das Militär zeitweise die Bombardements von Guerilla-Camps und die Besprühung von Koka-Feldern aussetzt und die FARC im Gegenzug keine Anschläge mehr auf die Infrastruktur, also Stromnetze, Pipelines und Überlandstraßen mehr verüben. Diese Maßnahmen könnten für Vertrauen sorgen und das Feld für ein endgültiges Schweigen der Waffen bereiten.

// Interview: David Graaff



Unter Freunden? ►
Vermittler Pastor Alape (l.)
mit Geisel General Alzate

WEIL DIE FAMILIE DOLLARS BRAUCHT

MIT SEINEM ERSTEN FILM *LOS ÁNGELES* BRINGT DAMIAN JOHN HARPER DEN REALEN ÜBERLEBENSKAMPF EINES ZAPOTEKISCHEN DORFES AUF DIE LEINWAND

„Pacquiao! Pacquiao?“ Während der Großvater in Sonntagskleidung am Baum im Garten uriniert, ruft Mateo vergeblich nach seinem Hund. „Ich habe ihn in die Kiste gelegt. Jemand scheint ihn vergiftet zu haben.“ Was der Großvater nicht weiß, ist, dass Mateo mit dem Tod seines Hundes für seine „Feigheit“ büßt. Denn im letzten Moment ließ er die Pistole fallen und machte sich aus dem Staub, als er den Mann auf der Straße umlegen sollte. Es wäre die letzte Tat gewesen, um in die Gang aus jungen Männern des Dorfes aufgenommen zu werden. Stattdessen muss Mateo nun Rache fürchten.

Der 17-jährige Protagonist in Damian John Harpers Filmdebüt *Los Ángeles* hat bis auf den nächtlichen Mord alle abverlangten Taten ausgeführt, um Mitglied der Gang zu werden. Was ihn trieb, war der Gedanke, über deren Netzwerke Unterstützung zu bekommen, wenn er erst einmal in Los Angeles sein sollte. Denn so will es die Mutter und so hat es der Großvater entschieden: Nachdem der Vater die Familie im Stich gelassen hat, soll ihm Mateo als ältester Sohn folgen, an seiner Stelle in den USA arbeiten und Geld nach Hause schicken. Die Stadt Los Angeles steht als Synonym für das Überleben der Familie, ja des ganzen Dorfes.

Die Dollars, die emigrierte Familienmitglieder nach Hause schicken, sind am realen Drehort des Films, in einem Dorf im Süden Mexikos, überlebenswichtige Einkommensquelle. Nach seinem Studienabschluss in Ethnologie lebte Regisseur Harper für ein Jahr im zapotekischen Santa Ana del Valle im Bundesstaat Oaxaca. Nach über zehn Jahren freundschaftlicher Verbindungen entschloss er sich zu seinem Drehbuch. „Ihre reziproken Strukturen gesellschaftlicher Organisation, ihre starken familiären Werte und ihre jährliche *fiesta* faszinierten mich“, so Harper. Indem er sämtliche Rollen mit Dorfbewohner*innen, also Laien, besetzte, die sozusagen sich selbst verkörpern, ging er ein Wagnis ein. Aber gerade dadurch ist

Los Ángeles so nah an der realen Lebenswelt seiner Charaktere, wie es für einen Spielfilm nur vorstellbar ist. Neben einer packenden Handlung gewinnt der Film auch an dokumentarischem Wert. Unterschiedliche Facetten der Migration werden durch die verschiedenen Charaktere des Films sichtbar. Neben dem jungen Protagonisten Mateo, der sich auf seine Ausreise vorbereitet, ist da der soeben zurückgekehrte Familienvater Marcos. Die Schwierigkeiten, sich in seiner alten Umgebung zurechtzufinden, machen Konflikte unausweichlich. Parallel wird im Dorf laut über den abwesenden Lino spekuliert, er mache in Los Angeles einen auf *fiesta*. Leise steht zugleich die Sorge um ihn im Raum. Dass er weinend auf den Anrufbeantworter gesprochen hat, dass er im Gefängnis um sein Leben fürchtet, verheimlicht Mutter Lidia.

Nicht ein einziges Mal taucht das wahre Los Angeles in den Bildern des Films auf; die Situation der Emigrierten in den USA bleibt durch Stimmen am Telefon nur angedeutet. Eine wacklige Handkamera folgt den Figuren von der Haus- zur Feldarbeit, von der Kirche zum Dorffest. Wenn auch Hintergrundkenntnisse für das Verständnis des Films hilfreich sind, ist es Damian John Harper gelungen, ein Stück der mexikanischen Realität mit größter Authentizität zu verfilmen: Der Gedanke an die Emigration bringt Unruhe in den Alltag, die Abwesenheit der Emigrierten lastet auf den Familien. Neben mehreren Preisen bei Filmfestivals wurde *Los Ángeles* mit dem Prädikat „besonders wertvoll“ der Deutschen Film- und Medienbewertung ausgezeichnet. Ab 29. Januar 2015 wird die ZDF-Koproduktion in den deutschen Kinos laufen.

// **Laura Haber**

Damian John Harper (Drehbuch und Regie) // *Los Ángeles* // Drama // Deutschland/Mexiko 2014 // 97 Min. // Kinostart: 29. Januar 2015

VORSTADTWELTEN IN ZEITEN DES UMBRUCHS

EIN KOMMUNIST IN UNTERHOSEN VON DER ARGENTINISCHEN AUTORIN CLAUDIA PIÑEIRO

Seitdem bei den Sportübungen ihre Brüste wackeln, schaut ihr Vater sie nicht mehr an. Und seit sie von der Schule zur Fahnenträgerin auf einer Veranstaltung mit Politikern des gerade vollzogenen Militärputsches ernannt wird, spricht er nicht mehr mit ihr. Erwachsenwerden ist nicht leicht. Anhand dieser problematischen Vater-Tochter-Beziehung wird eine Geschichte vom Wegsehen und Schweigen, aber auch von Widerstand erzählt. Einmal gegen den eigenen Vater, ein anderes Mal gegen die politischen Verhältnisse während des Putsches 1976 in Argentinien.

Die Autorin Claudia Piñeiro, 16 Jahre vor dem Putsch in Argentinien geboren, erzählt in dem Buch ihre Jugend. In der Widmung an ihren Bruder schreibt sie, dass nur er wisse, wie viel wahr und wie viel erfunden sei. Im Zentrum steht nicht der Militärputsch sondern ein heranwachsendes Mädchen, deren Beziehung zu ihrem Vater und ihre Erlebnisse in einer Zeit des Umbruchs. Das Buch besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil „Mein Vater und die Fahne“ erzählt die Handlung. Als Ergänzung dazu folgen im zweiten Teil „Matroschkas“ Anmerkungen in Form von Fotos, Hintergrundinformationen und Anekdoten zu den geschichtlichen Ereignissen, vor allem aber zur Familie der Autorin.

Beschrieben wird die widersprüchliche Gefühlswelt eines jungen Mädchens im Jahre 1976 in der Vorstadtwelt von Buenos Aires. Ihre persönlichen Höhen und Tiefen sind mal der Pubertät geschuldet, mal der politischen Situation. Zunächst genießt sie die Tage in jenem Sommer mit ihren Freundinnen beim Schwimmen und Sonnen im Sportclub. Doch schon bald wird diese unbeschwertere Zeit von einem folgenschweren Ereignis überschattet: Ihr Vater spielt eines Tages mit ihrer Lehrerin im Club Tennis. Und alle sehen es. Der Tochter scheint nicht bewusst zu sein, was genau das bedeutet, aber das Gefühl, dass er etwas Falsches getan hat, sowie der Gesichtsausdruck ihrer Freundinnen sor-

gen dafür, dass sie sich nachts in den Schlaf weint. Ein großer Riss entsteht in ihrer Anerkennung gegenüber dem schönen Vater, dem „Kommunist in Unterhosen“, der Sportübungen in der Küche macht und dem sein tägliches Stück Fleisch so wichtig ist. Dies ändert jedoch nichts daran, dass sie seine Anerkennung ersehnt. Im Laufe der Zeit wird es allerdings immer schwieriger, dieses Bedürfnis mit der Welt außerhalb ihres Zuhauses in Einklang zu bringen. Dass es einen Militärputsch gab, wird zunächst nur nebenbei erzählt, entwickelt sich aber dennoch zu einem zentralen Aspekt. Dieser Blickwinkel zeigt sehr deutlich, mit welchen Problemen Jugendliche zur Zeit der jungen Militärdiktatur zu kämpfen hatten. Viele ihrer Freundinnen plappern unbedacht die Meinungen ihrer Eltern nach – passend zum neuen System. Die Protagonistin spürt, dass sie das nicht kann. Denn ihr Vater vertritt weiterhin vor ihr deutlich seine kommunistischen Ansichten. Die Welt ihrer Freundinnen und der Schule entfernt sich immer mehr von der Welt ihres Zuhauses. Es entsteht ein Spannungsfeld, das immer größer wird und sie am Ende des Buches zu einer Entscheidung zwingt.

Durch die leichte Art des Erzählens von Claudia Piñeiro, kann sich die Leser*innenschaft sehr leicht in die Gefühlswelt des Mädchens hineinfinden. Sie beschreibt anschaulich den Kampf zweier Seelen in einer jungen Brust, der stellvertretend für eine ganze Generation steht; von dem Wunsch nach Akzeptanz und Bewunderung innerhalb der Gesellschaft und gleichzeitig dem Gefühl dennoch irgendwann mutig politisch handeln zu müssen – egal was danach passiert.

// Mirjana Mitrovic

Claudia Piñeiro // *Ein Kommunist in Unterhosen* // Deutsch von Peter Kultzen // Unionsverlag // Zürich 2014 // 212 Seiten // 19,95 Euro // <http://www.unionsverlag.com>

DIE ZEHNTE MUSE IM 21. JAHRHUNDERT

DAS BAROCKGEDICHT *PRIMERO SUEÑO* VON SOR JUANA INÉS DE LA CRUZ BEDARF EINER FRISCHEN LEKTÜRE

„Klassiker wieder entdeckt“ ist der Titel der neuen Kulturrubrik, die ab dieser Ausgabe der LN in unregelmäßigen Abständen das Heft bereichern wird. Ziel ist es, alte und teils vergessene Werke und Künstler*innen aufzuspüren und ihnen fernab von Neuveröffentlichungen im deutschsprachigen Raum eine neue Stimme zu geben. Das bedeutet auch, dass einige Werke möglicherweise nicht leicht aufzutreiben sind. Es soll vor allen Dingen darum gehen, hierzulande bekannte und unbekannte lateinamerikanische Kunstschaffende der Vergangenheit und deren Hauptwerke in der deutschen Übersetzung neu zu interpretieren und ihren zeitgenössischen gesellschaftlichen und Wert (wieder) zu entdecken.

Den Anfang für die neue Kulturrubrik macht die „älteste“ Autorin unserer Liste lateinamerikanischer Literaturklassiker: die mexikanische Nonne Sor Juana Inés de la Cruz, erste bekannte Lyrikerin Amerikas, Zeitgenossin des 17. Jahrhunderts und somit des Vizekönigreichs Neuspanien. Auch bekannt unter den Namen „Der Phönix von Amerika“ und „Die zehnte Muse von Mexiko“, in Anlehnung an die antike griechische Dichterin Sappho, gilt sie seit Jahrzehnten als die wichtigste Wegbereiterin einer eigenständigen, lateinamerikanischen Lyrik. Obwohl stilistisch noch stark an ihren barocken spanischen Vorbildern orientiert, werden im Werk Sor Juanas bereits erste Aspekte einer lateinamerikanischen Philosophie sichtbar, die sich von europäischen Strömungen zumindest teilweise bereits losgelöst hatte. So war sie zwar Tochter von Eltern spanischer Herkunft, jedoch in Amerika aufgewachsen und geboren und so von Beginn an von einer spezifisch amerikanischen Lebenswelt umgeben, die sich in der Wirklichkeit

all ihrer Werke widerspiegelt. Diese wiederum werden seit dem 20. Jahrhundert, dem Jahrhundert ihrer erstmaligen Wiederentdeckung durch die Literaturwissenschaft, als textliche Vorboten einer zwiespältigen und widersprüchlichen Moderne angesehen, die Lateinamerika einige Jahrhunderte nach Sor Juanas Zeit wie ein Güterzug überrollen sollte.

Sie ist es auch, die von allen kolonialzeitlichen Schriftsteller*innen in Lateinamerika am meisten Einfluss auf moderne Lyriker wie Jorge Cuesta und Octavio Paz ausübte. Letzterer beschäftigte sich auch als Kritiker mit den Werken Sor Juanas und erkannte in diesen einen frühneuzeitlichen feministischen Drang, der ihr schon zu Lebzeiten Konflikte mit den mexikanischen Autoritäten, allen voran dem Erzbischof Neuspaniens einbrachte. Für Sor Juana stand die totale Befreiung der Frau, ihr Recht auf Kultur und Bildung, über allen

.....
Sor Juana war wichtige Wegbereiterin einer eigenständigen lateinamerikanischen Lyrik.
.....

religiösen und geschlechternormativen Richtlinien der Zeit. Auf diese Weise, so Paz, breche sie vollständig mit dem vorherrschenden Kanon weiblicher Literatur, auch da sie sich religiösen und erkenntnisorientierten Themen mit einer naturwissenschaftlich ausgerichteten Sprachlichkeit annäherte, die zu der Zeit ausschließlich männlichen Autoren vorbehalten war.

In Fachkreisen ist Sor Juana eine der am meisten besprochenen Lyrikerinnen des Kontinents, dies gilt auch für den deutschsprachigen Raum. Über akademische Kreise hinaus ist sie jedoch hierzulande nie wirklich bekannt geworden. Die

geläufigste Übersetzung ihres zwischen 1685 und 1690 verfassten Hauptwerkes, *Primer Sueño* (dt. *Erster Traum*), stammt aus dem Jahr 1992 und wurde seither nicht neu aufgelegt. Das mag daran liegen, dass die am spanischen Dichter Luis de Góngora orientierte, extrem verschachtelte und metaphernüberladene barocke Lyrik Sor Juanas auf den ersten Blick nicht unbedingt ein Lesevergnügen darstellt. Abgesehen davon, sind aus dem 17. Jahrhundert stammende Texte heutzutage meist keine Bestseller mehr. Dennoch lohnt es sich auch im 21. Jahrhundert noch einen Blick auf den *Traum* zu werfen. Den beiden Her-

.....
 Die Themen Sor Juanas sind heute noch genauso aktuell wie vor 300 Jahren.

ausgebern und Übersetzern der im Verlag Neue Kritik erschienenen Ausgabe von 1992, Alberto Perez-Amador und Stephan Nowotnick, ist eine recht originalgetreue und gut lesbare Lyrikübersetzung geglückt, die, wenn auch natürlich nicht der sprachlichen Finesse Sor Juanas, zumindest Themen, Tonus und Stimmung des Originaltextes gerecht werden. Diese Themen – die Kreation eines eigenen, erträumten Universums, der Traum von einer offenbarungsgleichen Erkenntnis und gleichzeitig das Wissen um die Unmöglichkeit einer solchen – sind heute noch genau so aktuell wie vor 300 Jahren.

975 Verse führen durch ein wohlstrukturiertes Labyrinth aus verschwommenen Traumszenen, naturgewaltigen Bildern und Wunschlandschaften der vom Körper getrennten Seele, die am Ende die schmerzhaft Erfahrung macht, das absolut Nichts mit Sicherheit gewusst werden kann.

Auch wenn das Fachjargon Sor Juanas genügend Stoff für einen umfangreichen Einzelband voller Fußnoten geben würde, können die Leser*innen trotz einzelner schwer verständlicher Passagen mühelos in den Text hinein finden. Die Kernfragen des Gedichtes erschließen sich nämlich auch ohne weitreichende Kenntnisse von Astronomie und antiken Gottheiten und scheinen deutlich zwischen den Zeilen durch: Wie kann ich mich (vor allem als Frau, als die sich das lyrische Ich im letzten Teil des Gedichtes preisgibt) in diesem Universum verorten? Wer bin ich und was weiß ich? Bis zu welchem Punkt kann ich meinem

Drang nach Erkenntnis und Gewissheit folgen, ohne enttäuscht zu werden oder gar den Verstand zu verlieren? Die Antwort auf diese Fragen kannte natürlich auch Sor Juana nicht. Aber sie führt uns so gekonnt durch die Wirrungen ihrer und unserer Traumwelten, dass man als Leser*in das Gefühl nicht loswird, das irgendetwas klarer geworden ist. Auch wenn Ort und Zeitpunkt dieser Einsicht über die Natur von Erkenntnis nicht genau zu benennen sind.

So beweist Sor Juana – und ebenso tun es Perez-Amador und Nowotnick in der deutschen Übersetzung – dass Barocklyrik nicht unlesbar und schwierig und ihre Bedeutung nicht zwangsweise auf vergangene Jahrhunderte beschränkt sein muss. Nicht zuletzt weil es sich eben um keine mystische, spirituelle, sondern um eine intellektuelle und praxisorientierte Suche nach Erkenntnis handelt. Im Gegenteil: wer sich einmal darauf einlässt, die 975 Verse ohne Zuhilfenahme von Fußnoten, Lexika und Sekundärliteratur am Stück durchzulesen, wird vielleicht merken, dass es sich um ein zeitloses Gedicht handelt. Eines, das die Macht besitzt, einen fremden Traum so lebendig erscheinen zu lassen, als sei es der eigene.

// Elena von Ohlen



Sor Juana Inés de la Cruz // *Der Traum* // Verlag Neue Kritik // Frankfurt am Main 1992 // 17 Euro // Herausgegeben und übersetzt von Alberto Perez-Amador und Stephan Nowotnick

MEXIKO

Deutsche Waffen vermutlich gegen Studenten eingesetzt

Mindestens 36 Gewehre aus deutscher Produktion sind im Rahmen der Ermittlungen zum Verschwinden der 43 Lehramtsstudenten beschlagnahmt worden. Die G36-Gewehre vom schwäbischen Waffenunternehmen Heckler&Koch sind unter den insgesamt 228 Schusswaffen, die Ermittler*innen nach dem 26. September 2014 bei der lokalen Polizei sicherstellten. Es gilt zu untersuchen, ob sie von Polizisten bei dem Angriff auf Studenten in der Gemeinde Iguala im Bundesstaat Guerrero eingesetzt wurden. Bei der Polizeiaktion wurden sechs Menschen getötet und zahlreiche verletzt, 43 Studenten sind seit ihrer Festnahme verschwunden (siehe Artikel Seite 6 und LN 485).

Nach deutschem Gesetz ist die Lieferung von Waffen in Konfliktgebiete oder Länder, in denen Menschenrechte verletzt werden, untersagt. Seit 2006 exportiert Heckler&Koch mit Erlaubnis der Bundesregierung Waffen nach Mexiko. Ausgenommen von dieser Ausfuhrgenehmigung sind die Bundesstaaten Jalisco, Guerrero, Chiapas und Chihuahua. Wie aus einem im Internet zugänglichen Dokument des mexikanischen Verteidigungsministeriums (SEDENA) hervorging, wurde rund die Hälfte der exportierten Waffen jedoch direkt in diese Bundesstaaten geliefert. Aufgrund einer Strafanzeige des Friedensaktivisten und Publizisten Jürgen Grässlin wird seit dem Jahr 2010 gegen Heckler&Koch wegen illegaler Exporte von G36-Gewehren in mexikanische Krisenregionen ermittelt. Der Journalist Wolf-Dieter Vogel machte bereits 2012 öffentlich, dass 2113 Sturmgewehre nach Chihuahua, 198 nach Jalisco, 1924 nach Guerrero und 561 nach Chiapas gelangten. Die zuständige Staatsanwaltschaft Stuttgart hat dennoch bis heute keine Anklage erhoben.

// amerika21

Aktivisten für die Rechte von Migrant*innen im Bundestaat México ermordet

Ende November 2014 ermordeten unbekannte Täter*innen zwei dem Kollektiv Ustedes Somos Nosotros angehörende Aktivisten, die sich Bundestaat Estado de México für Migrant*innen, die meisten aus Zentralamerika stammend, einsetzen. Durch den Bundesstaat fährt der Güterzug, der „La Bestia“ genannt wird und auf seinem Dach Migrant*innen auf der Durchreise in die USA befördert. Auf der Reise werden diese nicht selten Opfer von Entführung,

Misshandlung und Mord seitens des Organisierten Verbrechens. Ähnliches gilt für Verteidiger*innen der Rechte von Migrant*innen.

Mitglieder des Kollektivs machen die örtlichen Behörden für die beiden Morde mitverantwortlich. Bereits im Februar letzten Jahres hatte eines der beiden Opfer Drohungen seitens der Drogen-Bande Mara Salvatrucha erhalten und diese der Polizei gemeldet. Der Fall wurde jedoch nie verfolgt und die Akte wenig später geschlossen. Im April wurden zwei weitere Personen bei einem Angriff auf Mitglieder des Kollektivs verletzt. Die Gruppe war unter Beschuss geraten, als sie an den Zugschienen im Ort Lechería Essen, Kleidung und Medikamente an Migrant*innen austeilte. Auch dieser Fall wurde zur Anzeige gebracht, die jedoch keine Konsequenzen mit sich zog. Die beiden Morde seien somit direkt auf die Untätigkeit und möglicherweise Komplizenschaft der Sicherheitsbehörden im Estado de México zurückzuführen, so Mitglieder des Kollektivs.

Der Bundesstaat ist seit Jahren für seine hohe Kriminalitätsrate und ein hohes Maß an Straflosigkeit bekannt, auch im Zusammenhang mit Angriffen auf humanitäre Hilfe leistende Personen.

// LN

COSTA RICA

Präsident Solís hebt Veto gegen Streikrecht auf

Präsident Luis Guillermo Solís hat am 12. Dezember 2014 ein Veto gegen ein umstrittenes Gesetz zur Reform des Arbeitsrechts aufgehoben. Die Reform sieht vor allem ein umfangreiches Streikrecht und eine Stärkung von Arbeitnehmer*innen bei Rechtsstreitigkeiten mit Arbeitgeber*innen vor. „Wir gehen einen großen Schritt für unsere Arbeitsgesetzgebung... unsere Söhne werden es uns danken“, begründete Solís seinen Entschluss, nun doch grünes Licht für das Gesetz zu geben. Seine Vorgängerin Laura Chinchilla hatte im Oktober 2012 ihr Veto gegen das Gesetz eingelegt, weil sie es als Verstoß gegen die Verfassung ansah, dass wichtige öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser oder die Polizei bestreikt werden können. Aus diesem Grund hat auch Solís eine Änderung des Gesetzes angekündigt, welches Streiks in diesen Bereichen explizit ausschließt. Auch sollen Streiks nicht länger als 30 Tage dauern dürfen. Die Linkspartei Frente Amplio hatte den

Druck auf Solís erhöht, das Veto aufzuheben. Die rechte Opposition sowie Unternehmen warnen hingegen vor wachsender politischer Instabilität sowie Verlust von Arbeitsplätzen, sollte das Gesetz in Kraft treten. Zwei Abgeordnete wollen nun sogar Klage beim Verfassungsgericht gegen Solís Entscheidung einreichen.

// LN

.....

KARIBIK / LATEINAMERIKA

CEPAL vermeldet steigende Migrationszahlen

Etwa 28,5 Millionen Menschen aus Lateinamerika und der Karibik leben außerhalb ihrer Heimat. Diese Zahlen veröffentlichte Ende November 2014 die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) mit Sitz in Chile. Basis der neuen Zahlen ist eine Studie der Organisation zwischen den Jahren 2000 und 2010. Sie hat ergeben, dass das Ziel von 70 Prozent der Migrant*innen die USA sind, an zweiter Stelle steht Spanien mit acht Prozent. Die meisten der Migrant*innen stammen demnach aus Mexiko (11,8 Millionen). Sie emigrieren fast ausschließlich in die USA. Es folgen Kolumbien (zwei Millionen) und El Salvador (1,3 Millionen). Insgesamt entspricht die Zahl von 28,5 Millionen Migrant*innen etwa vier Prozent der Bevölkerung der Region. Die CEPAL verzeichnet einen Anstieg um 2,5 Millionen im Vergleich zu vorherigen Zahlen aus dem Jahr 2000. Wichtigstes Migrationsziel innerhalb Lateinamerikas ist der CEPAL zufolge Argentinien, wohin es knapp 1,5 Millionen Menschen aus der Region gezogen hat – mehr als 500.000 davon aus Paraguay und knapp 350.000 aus Bolivien. Zweitwichtigstes Ziel in der Region ist Venezuela, das 850.000 Migrant*innen aufgenommen hat. Die überwiegende Zahl (gut 720.000) stammt aus Kolumbien.

// amerika21

.....

BRASILIEN

Volkswagen in brasilianische Militärdiktatur verstrickt

In Brasília wurde am Tag der Menschenrechte (10. Dezember) der Abschlussbericht der Nationalen Wahrheitskommission nach über zweijähriger Arbeit an Präsidentin Dilma Rousseff überreicht. „Brasilien

und unsere zukünftige Generation hatten die Wahrheit verdient“, sagte Rousseff, die während ihrer Rede mehrmals in Tränen ausbrach. Die Präsidentin war selbst im Jahre 1970 als Oppositionelle gefangen genommen und mehrere Tage gefoltert worden. Der Bericht listet die Taten der Militärdiktatur auf, verweist aber auch auf die Verstrickungen ausländischer, darunter deutscher Konzerne.

Volkswagen do Brasil wird vorgeworfen, schwarze Listen über Betriebsangestellte und Berichte über Mitarbeiter*innen an Repressionsorgane der Militärdiktatur übergeben und als oppositionell geltende Angestellte entlassen zu haben. Zudem habe VW, so wie etliche andere Konzerne, finanzielle Unterstützung für Organe der Militärdiktatur geleistet. Ein Betriebsangestellter sagte vor der Wahrheitskommission aus, er sei 1972 von seinem Arbeitsplatz in São Bernardo do Campo von zwei Männern mit Maschinengewehren verhaftet und noch auf dem Betriebsgelände, in den Räumen des Werkschutzes, gefoltert worden.

Vor drei Monaten war bekannt geworden, dass Mitarbeiter*innen von Volkswagen in den 1970er Jahren auch den damaligen Gewerkschafter und späteren Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva ausspioniert hätten. Bereits im Mai 2014 sah sich Volkswagen auf der Aktionärsversammlung in Hannover dem Vorwurf ausgesetzt, zu wenig Aufklärung über die Verstrickungen der brasilianischen Konzerntochter in die Machenschaften der Militärdiktatur betrieben zu haben. Der Dachverband der kritischen Aktionäre forderte damals VW auf, endlich Licht ins Dunkel der eigenen Vergangenheit zu bringen und sich der Verantwortung zu stellen. Daraufhin erklärte sich VW bereit, die damaligen Vorgänge aufzuklären und hierzu Historiker einzusetzen.

// LN

Droht Siemens wegen U-Bahn-Kartell in Brasilien die Schließung?

Die Staatsanwaltschaft des Bundesstaats São Paulo hat wegen des sogenannten U-Bahn-Kartells Entschädigungen in Millionenhöhe sowie die Auflösung von zehn Firmen, darunter Siemens Brasilien, Alstom Brasilien und Bombardier Brasilien, gefordert. Dies geht aus der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft vom 4. Dezember 2014 hervor.

Den Firmen wirft die Behörde vor, im Untersuchungszeitraum von 2000 bis 2002 bei Ausschreibungsverfahren für die Wartung von U-Bahnzügen der Stadt São Paulo Kartellabsprachen untereinander

KURZNACHRICHTEN

getroffen und bei Verträgen in Millionenhöhe einen Kartellaufschlag von 30 Prozent erhoben zu haben. Laut den Anklagevertreter*innen hätten sich die Unternehmen auch vorab dahingehend verständigt, dass die jeweils als Verlierer aus dem Bieterverfahren hervorzugehenden Firmen mit Absicht Formfehler in die Bewerbungen einbauen würden, um so dem vorab beschlossenen Sieger der Ausschreibung den Zuschlag zu ermöglichen. Als drittes Kartellverfahren der Beschuldigten werden zuvor getroffene Abmachungen aufgeführt, denen zufolge nach den Ausschreibungen keine Überprüfungseinsprüche der offiziell im Gebotsverfahren unterlegenen Bieter erfolgen würden.

Laut der Tageszeitung *Globo* fordert die Behörde 130 Millionen Euro Entschädigung für die zwischen 2000 und 2002 getroffenen Kartellabsprachen sowie für die zehn mit Firmensitz in Brasilien tätigen Konzerne die richterliche Schließung, darunter befinden sich die Tochterkonzerne von Bombardier, Alstom und Siemens. Eine Schließung der Firmen sei „die einzig wirksame Maßnahme, die unerlaubten und schädlichen Aktivitäten [der Firmen] zu unterbinden“, so die Staatsanwält*innen in ihrer Anklageschrift.

// LN, amerika21

Korruptionsskandal um Petrobras geht weiter

Im Korruptionsskandal um Petrobras, Brasiliens halbstaatlichem und größten Ölkonzern, hat die Staatsanwaltschaft die ersten Anklagen vor allem gegen Leitende der größten Bauunternehmen erhoben. Ihnen wird Geldwäsche, Untreue, Kartellbildung und Korruption in Milliardenhöhe vorgeworfen. Indes sind alle Ermittlungen noch nicht abgeschlossen, die Staatsanwaltschaft hat weitere Vernehmungen und Anklagen angekündigt. Noch immer untersuchen Behörden Dokumente, die in der Operation „Lava Jato“ (dt. in etwa Autowaschanlage oder Hochdruckreiniger, Anm. d. Red.) beschlagnahmt worden waren. Die Operation startete bereits im März 2014. Der Ex-Petrobras-Chef Paulo Roberto Costa wurde wegen des Verdachts der Korruption und Geldwäsche festgenommen. Er soll 23 Millionen US-Dollar auf Schweizer Bankkonten versteckt haben. Am 14. November 2014 wurden im Rahmen eines Großeinsatzes und mit der Beteiligung von über 300 Polizeibeamt*innen und Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft insgesamt 25 Personen festgenommen – darunter ein weiterer ehemaliger Petrobras-Direktor sowie führende Kräfte einiger Bauunternehmen des Landes. Das kriminelle Netzwerk soll nach Angaben

der Staatsanwaltschaft bereits seit 1999 im Konzern aktiv gewesen sein und insgesamt ein Geldvolumen von circa zehn Milliarden Reais (umgerechnet über drei Milliarden Euro) bewegt haben. Der Beginn der Aktivitäten fällt damit noch in die Präsidentschaft von Fernando Henrique Cardoso von der rechts-sozialdemokratischen Partei PSDB. Während des Wahlkampfes um das Präsidentenamt spielte der Skandal eine große Rolle, weil rechte Kräfte Präsidentin Dilma Rousseff und ihren Amtsvorgänger Luiz Inácio Lula da Silva in die Affäre hineinziehen wollten. Rousseff erhob die Aufklärung des Skandals daraufhin zum symbolischen Akt, um ein Ende der Korruption und ein Ende der Straflosigkeit im Land einzuläuten.

// amerika21, LN

URUGUAY

Ankunft von Guantánamo-Häftlingen

Am 7. Dezember 2014 sind sechs Guantánamo-Häftlinge in Uruguay angekommen. Das Pentagon hatte nach einer Überprüfung beschlossen, vier Syrer, einen Palästinenser und einen Tunesier aus dem US-amerikanischen Gefangenenlager auf Kuba zu entlassen und nach Uruguay ausreisen zu lassen. Alle sechs wurden seit dem Jahr 2002 ohne juristischen Prozess in dem Lager festgehalten. In Uruguay werden sie als Flüchtlinge aufgenommen. Dies ist damit das zweite Land Lateinamerikas, das Guantánamo-Gefangenen Platz bietet. El Salvador hatte im Jahr 2012 zwei Insassen aufgenommen. Laut dem Verteidigungsminister des südamerikanischen Landes, Eleuterio Fernández Huidobro, haben die sechs Ex-Gefangenen den Wunsch geäußert, in Uruguay zu bleiben. Der nächste Schritt sei, dass sie eine Arbeit aufnehmen. Zudem müssten ihre Familien ausfindig gemacht und nach Uruguay gebracht werden. Huidobro, wie Präsident Mujica ehemaliger Tupamaro, der während der Diktatur in Uruguay gefoltert wurde und elf Jahre in Isolationshaft saß, sagte, dass die Sechs „frei wie ein Vogel“ seien, sobald sie das Krankenhaus verlassen haben.

// amerika21, LN

PARAGUAY

Prozess gegen Angeklagte des Curuguay- Massakers verschoben

Der Gerichtsprozess gegen 16 Bäuerinnen und Bauern in Paraguay ist auf Juni diesen Jahres verschoben worden. Den Angeklagten wird der Tod von sechs Polizisten während des sogenannten Curuguay-Massakers vorgeworfen. Gerichtspräsident Ramón Trinidad Zelaya begründete die Entscheidung am vergangenen Montag mit fehlenden Ressourcen. Bereits im Juni 2014 war der Prozess vertagt worden. Zehn der angeklagten Bäuerinnen und Bauern stehen unter Hausarrest. Rubén Villalba, Vorsitzender der Landlosenbewegung Carperos, sitzt seit den Ereignissen im Gefängnis. Im Juni 2012 starben bei dem Massaker im Nordosten des Landes elf Bäuerinnen und Bauern sowie sieben Polizisten nach einer Landbesetzung. Bis heute sind die Umstände der Schießerei ungeklärt. Das Massaker diene als Vorwand für den parlamentarischen Putsch gegen den progressiven Präsidenten Fernando Lugo. Laut der Anklage sollen 50 landlose Bäuerinnen und Bauern die über 300 Polizist*innen in einen Hinterhalt gelockt haben. Angehörige und soziale Bewegungen bezweifeln diese Version und kritisieren die einseitigen Ermittlungen. Bislang wurde weder der Tod Bäuerinnen und Bauern untersucht noch der Angehörigen der Polizei angeklagt.

// amerika21, LN

CHILE

Hochschulbildung soll ab 2016 gratis werden

Chiles Innenminister Rodrigo Peñalillo hat den Beginn einer kostenfreien universitären Bildung für März 2016 angekündigt. Die Steuerreform, die im März letzten Jahres im Abgeordnetenhaus und im September im Senat bewilligt wurde, bildet die Grundlage für die Unentgeltlichkeit der Hochschulbildung. Nach vollständiger Umsetzung der Reform werden dem Staatshaushalt ab 2018 rund acht Milliarden US-Dollar an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung stehen, die in die Bildungsreform sowie in Sozialpolitiken fließen werden. Die Ankündigung des Innenministers geschah vor dem Hintergrund des schwindenden Vertrauens in die Reform, die inzwischen nur noch von 36 Prozent der Bevölkerung gutgeheißen wird. Kritisiert werden neben der ins Stocken geratenen

Umsetzung der fehlende Fokus auf die Verbesserung der Qualität der Bildung sowie der Umgang mit den Forderungen der Lehrerschaft nach besseren Arbeitsbedingungen. Neben der neuen Steuerpolitik sowie der für 2015 anberaumten Verfassungsreform gehört die aktuell diskutierte Neugestaltung des Bildungssystems zu den drei Säulen von Bachelets Reformpolitik. Mit dem Versprechen, das hochprivatisierte Bildungssystem des Landes grundlegend zu reformieren, hatte sich die Präsidentin auch die Unterstützung weiter Teile der Schüler*innen- und Studierendenbewegung gesichert, die seit zehn Jahren für öffentliche, kostenfreie und qualitativ hochwertige Bildung mobilisiert.

// amerika21, LN

SÜDAMERIKA/CONO SUR

Startschuss für die Bank des Südens

Die Bank des Südens soll noch vor Ende 2014 ihren Betrieb aufnehmen. Dies sei laut des venezolanischen Präsidenten, Nicolás Maduro, während des Gipfeltreffens der Union südamerikanischer Nationen (Unasur) am fünften Dezember 2014 in Quito beschlossen worden. Auch der Reservefonds des Südens soll aktiviert werden. Die Bank des Südens ist seit 2007 im Aufbau. Die Gründungsakte wurde am 9. Dezember 2007 von den Präsidenten von Ecuador (Rafael Correa) und Bolivien (Evo Morales), dem damals amtierenden Präsidenten von Argentinien und ersten Unasur-Generalsekretär, Néstor Kirchner, der gewählten Präsidentin Argentiniens, Cristina Fernández, sowie den Präsidenten von Brasilien (Lula Da Silva), Paraguay (Niconar Duarte) und Venezuela (Hugo Chávez) unterzeichnet. Neben der Bank soll es auch einen Fonds des Südens und eine gemeinsame Währung geben. Ziel ist es, nicht mehr abhängig von Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zu sein und eine größere Unabhängigkeit vom US-Dollar zu erreichen. Die Anfangseinlage der Bank soll sieben Milliarden US-Dollar entsprechen. Im Unterschied zum IWF haben die Mitgliedsländer unabhängig von ihrer finanziellen Einlage die gleichen Stimmrechte. Zu den beteiligten Ländern gehören derzeit Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela. Zudem führten Brasilien und Uruguay ab 1. Dezember 2014 ihren bilateralen Handel mit ihren jeweiligen eigenen Währungen Real und Peso durch. Das

KURZNACHRICHTEN

unter der Bezeichnung „Zahlungssystem in lokaler Währung“ eingeführt Modell ersetzt den US-Dollar als bisherige Handelswährung. Die Zentralbank Uruguays erklärte, dass das Abkommen eine Senkung der Transaktionskosten sowie geringere Verzögerungen für Verarbeitungsvorgänge bedeute. Auerdem würde der Zugang von Einzelpersonen sowie kleinen und mittleren Unternehmen zum Markt erleichtert werden. Für Uruguay ist Brasilien der wichtigste Handelspartner, gefolgt von Argentinien, den USA und China

// amerika21

Die Suche nach den vermissten Enkel*innen ist auf die Hinweise von Mitwissenden der unrechtmaigen Aneignungen angewiesen, denn oftmals ahnen die Betroffenen nichts von ihrer wahren Identität. Manchmal braucht es wie im Fall von Castro Rubel viele Jahre, bis diese ihr Schweigen brechen. In der Pressemitteilung der Abuelas heit es denn auch abschlieend: „Wir hoffen von ganzem Herzen, dass die Nachricht [über die Wiederentdeckung des 116. Enkels] jene, die Informationen über unsere Enkel besitzen dazu bringen kann, das Schweigen zu brechen. Die Wahrheit ist, anstatt ihnen damit zu schaden, macht es sie frei.“

// LN

ARGENTINIEN

Abuelas geben Zurückgewinnung des Enkels Nr. 116 bekannt

Am 05. Dezember 2014 gab die Organisation der Abuelas de Plaza de Mayo, die Wiederherstellung der wahren Identität eines weiteren vermissten Enkels bekannt. Seine leiblichen Eltern, Hugo Alberto Castro und Ana Rubel, Studierende und Aktivist*innen in der Guerilla Organisation FAL, waren im Januar 1977 von der Militärdiktatur verschleppt und in klandestinen Folterzentren gefangen gehalten worden. Ana Rubel brachte ihren Sohn im bekannten Folterzentrum ESMA in Gefangenschaft zur Welt.

Der Raub der Kinder von gewaltsam Verschwundenen war während der Argentinischen Militärdiktatur eine Strategie zur Reorganisation und Umerziehung der Gesellschaft. Die unrechtmaige Aneignung der Säuglinge, die in der Diktatur nahestehenden Familien zur Adoption gegeben wurden, war für die Militärs eine systematische Methode, die argentinische Gesellschaft von sogenannten subversiven Elementen zu befreien.

Der nun „wiederentdeckte“ Jorge Castro Rubel ist der 116. von zu Beginn über 500 vermissten Enkel*innen, die ihrer Identität beraubt wurden und oftmals in den Familien der Mörder*innen ihrer leiblichen Eltern aufgewachsen sind. Durch die unermüdliche Arbeit der Abuelas werden noch immer neue Enkel*innen „wiedergefunden“. In seinen 37 Lebensjahren hatte Jorge Castro bisher nie an seiner Identität gezweifelt. Erst die in den Medien viel beachtete Zurückgewinnung des Enkels von einer der Gründerinnen der Abuelas im August diesen Jahres brachte eine Tante Jorges dazu, ihm zu sagen, dass er kein leiblicher Sohn seiner Eltern sei.

KOLUMBIEN

Verkauf des Garca Marquez-Archivs in die USA löst Unmut aus

Auf Unverständnis stot in Kolumbien der Verkauf des persönlichen Archivs von Literaturnobelpreistrager Gabriel Garca Marquez in die USA. Dieser war am 17. April 2014 in Mexiko-Stadt im Alter von 87 Jahren verstorben. Gekauft hat das Archiv die University of Texas in Austin. Es umfasst ein halbes Jahrhundert literarischer Produktion von Garca Marquez, darunter Original-Manuskripte und ein nicht vollendetes Buch, sowie fast 2.000 Briefe, die er mit anderen bedeutenden Schriftsteller*innen austauschte.

Hinzu kommen zahlreiche persönliche Gegenstände. Die Überstellung des Nachlasses in die texanische Hauptstadt mutet umso befremdlicher an, als die USA Garca Marquez aufgrund seiner Freundschaft mit Fidel Castro mehrere Jahre lang die Einreise verweigerten.

Empörung löste im Geburtsland des Schriftstellers aus, dass ein Sohn, Gonzalo Garca Barcha, der Presse gegenüber erklärte, Kolumbiens Regierung habe kein Interesse an dem Nachlass gezeigt. Dem allerdings widerspricht Kultusministerin Mariana Garces. Die Regierung habe der Witwe Mercedes Barcha angeboten, nicht nur die Archive zu kaufen, sondern die gesamte Hinterlassenschaft von Garca Marquez. Zu einer offiziellen Offerte sei es jedoch nicht gekommen aufgrund des im Raum stehenden sehr hohen Preises. Es handele sich letztlich um eine Entscheidung der Familie, die zu respektieren sei.

// Poonal

ZEITSCHRIFTEN

SÜDWIND 12 // DEZEMBER 2014

TSUNAMI IM INDISCHEN OZEAN: 10 JAHRE DANACH // Außerdem: Gold: Glanz und Gier // Peru: Schwieriges Gedenken // Mexiko: Der Fall Ayotzinapa // u.v.m // www.suedwind-magazin.at

E+Z 12 // DEZEMBER 2014

ERFOLGREICHE LÄNDER // Außerdem: Kriegsverbrechen: In Guatemala fordern indigene Frauen Gerechtigkeit // u.v.m // www.EundZ.eu

ANTIFASCHISTISCHES INFOBLATT 104 // WINTER 2014

TERROR VON RECHTS // Außerdem: Der Weg zum organisierten Antifaschismus in Bogotá // Portugal: Hammerskins on Drugs // u.v.m // www.antifainfoblatt.de

PERIPHERIE 136 // 2014

KLIMA UND ENERGIE // Mehr als nur (heiße) Luft Windparks im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca verfestigen Ungleichheiten // Buen vivir oder Versuche, dem kontraproduktiv gewordenen Produktivismus zu entgehen. Yasuni-ITT (Ecuador) und Virunga (Kongo-Kinshasa) // u.v.m // www.zeitschrift-peripherie.de

PROKLA 177 // DEZEMBER 2014

Globale Proteste zwischen Organisaton und Bewegung // Gewerkschaftliche Erneuerung in der Eurokrise. Neue Organisationsformen der spanischen Gewerkschaften während des Protestzyklus ab 2011 // Vergangenheit und Zukunft der Globalen Linken // u.v.m. // www.prokla.de

SUEDLINK 169 // DEZEMBER 2014

Gewerkschaften im Globalen Süden // Außerdem: Jamaika: Der Mythos von der Karibik-Insel // Mexiko: Leben an der Grenze // u.v.m // www.inkota.de

WELT-SICHTEN 12 // 2014

FRÜCHTE DES BODENS // Außerdem: Der Franziskaner Fray Tomás leitet in Mexiko eine Migrantenherberge und riskiert sein Leben. Ein Porträt // Brasilien: Offene Arme für Süchtige // u.v.m // www.welt-sichten.org

ALBA 06 // 2014

// Prosa: Dani Umpi // Interview: João Ubaldo Ribeiro // u.v.m // <http://www.albamagazin.de>

PRESENTE 04 // 2014

MEDIEN, MACHT UND MEINUNG // Medienlandschaft in Mittelamerika // Außerdem Länderberichte zu Guatemala, El Salvador und Honduras // u.v.m // www.ci-romero.de

FRAUENSOLIDARITÄT 03 // 2014

DIS/ABILITIES // Honduras: „La mujer en casa, la democracia se atrasa“ // Bolivien: Erst konnte ich nur einen Finger bewegen: Das Leben einer Aktivistin für die Rechte und die Inklusion von Menschen mit Behinderung // u.v.m // www.frauensolidaritaet.org

BLICKPUNKT LATEINAMERIKA 04 // 2014

DIE GROSSE FLUCHT: KINDERMIGRANTEN IN MEXIKO // Außerdem: Jugendarbeit in Lima // Ein Porträt // www.blickpunkt-lateinamerika.de/

BÜCHER

ALARCÓN, DANIEL *Des Nachts gehen wir im Kreis* // Wagenbach 2014 // 352 Seiten // 22,90 Euro // www.wagenbach.de

ALARCÓN, ORFA *Königin und Kojoten* // Wagenbach 2014 // 192 Seiten // 14,90 Euro // www.wagenbach.de

BELLI, GIACONDA *Die Frau, die ich bin* // Peter Hammer Verlag 2014 // 160 Seiten // 19,90 Euro // www.peter-hammer-verlag.de

CARDENAL, ERNESTO *Etwas, das im Himmel wohnt. Neue Gedichte* // Peter Hammer Verlag 2014 // 104 Seiten // 14,90 Euro // www.peter-hammer-verlag.de

VILLALOBOS, JUAN PABLO *Quesadillas* // Berenberg Verlag // Herbst 2014 // 144 Seiten // 22,00 Euro // www.berenberg-verlag.de

PIETIG, CLAUDIA *„Mein Leben ist wie eine Piñata. Identifikationen, Brüche und Widerstände von Studentinnen indigener Herkunft aus Oaxaca, Mexiko* // Budrich Verlag 2014 // 444 Seiten // 49,90 Euro // www.budrich-verlag.de

PKOSTA MATHÉY / SILVIA MATUK (HRSG.) *Community-Based Urban Violence Prevention. Innovative Approaches in Africa, Latin America, Asia and the Arab Region* // transcript Verlag // Oktober 2014 // 314 Seiten // 39,99 Euro // www.transcript-verlag.de

SKORNIA, ANNA KATHARINA *Entangled Inequalities in Transnational Care Chains. Practices Across the Borders of Peru and Italy* // transcript Verlag // Oktober 2014 // 316 Seiten // 49,99 Euro // www.transcript-verlag.de

INFORMATIONSQUELLEN

INFORMATIONSTELLE PERU: *Internationale Klimaverhandlungen COP 20 in Peru. Die gestörte Gesellschaft und ihre ziemlich letzte Chance* // Das Grundlagenpapier kann auf der Webseite der Infostelle kostenfrei heruntergeladen werden // www.infostelle-peru.de

VERANSTALTUNGEN

RUNDERTISCH

Städtepartnerschaften

Vertreter*innen der Berliner Bezirksverwaltungen und Städtepartnerschaftsvereine diskutieren die neuen Förderprogramme der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Als Gesprächspartner sind dabei: Ulrich Held und Britta Milimo von der Servicestelle sowie Cornelia Hufeisen und Doris Deiglmayr, Projektkoordinator*innen bei ASA - Kommunal.

// Mittwoch, 21. Januar 2015 // 16:00 - 18:00 Uhr // Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz, 10820 Berlin, Raum 1108, erste Etage links // Anmeldung erbeten unter: helena.jansen@staepa-berlin.de

SERVICE

MUSIK

LOCURA TANGUERA

Tango-Dinnershow

Eine musikalische und kulinarische Reise durch 130 Jahre „Tangowahnsinn“ // Wöchentliche Termine bis zum 15. Januar 2015 // 19:30 Uhr // Preis: 51,75 Euro // Ort: La Luz, Oudenarder Str. 16, 13347 Berlin. // www.lacasadelatango.de/locura-tanguera

CHE SUDAKA

Neues Album und Tour im Januar/Februar 2015

Die Cumbia-Ska-Punk-Band präsentiert ihr neues Album *Hoy*. Die vier in Barcelona ansässigen Musiker aus Argentinien und Kolumbien vereinen in diesem neuesten Werk all jene Zutaten, die Che Sudaka seit ihrer Gründung im Jahr 2002 zu einem Aushängeschild nicht nur des Genres „Mestizo“, sondern auch einer Lebenseinstellung gemacht haben: rebellische Cumbia, party-fröhliche Rumba, Ska mit Latino-Einschlag, Punk-Attitüde und wie immer sehr persönliche und sozialkritische Texte. Sie spielen u.a. in Zürich, Stuttgart, München, Dresden, Berlin und Hamburg. Mehr Infos und Tourdaten unter www.nuzzcom.com

GRAN ORQUESTA SABOR A TANGO & DEBRA & EMILIANO

Tangoshow

Die schönsten Tangos in den Arrangements der Orchester von Pugliese, Troilo, Di'Arienzo und Di Sarli. Sabor a Tango, das 3All Stars²-Orchester des argentinischen Tangos in Deutschland, bringt den originalen Klang dieser legendären Tangoorchester auf die Bühne. Das argentinische Showtanzpaar Debra & Emiliano begeistert mit Eleganz, technischer Perfektion und Charme. 21. Februar 2015 // 17:00 Uhr // Preis: 22 -29 EUR zzgl. VV // Ort: Humboldtsaal der Urania Berlin, An der Urania 17, U-Bahnhof Wittenbergplatz // <http://www.arton.de/>

FILM

CINE EN ESPAÑOL

Internationaler Kurzfilmtag – El día más corto

Der Kurzfilmtag *El día más corto* findet jedes Jahr europaweit am 21. Dezember, dem kürzesten Tag des Jahres, statt. Der spanische Kurzfilm hat auf internationaler Ebene großen Einfluss auf dieses Filmgenre und überzeugt nicht nur durch seine Qualität, sondern ebenso durch die Originalität der erzählten Geschichten. // 21. Dezember 2014 // 20:00 Uhr // Preis: 7-8 Euro // Ort: Babylon-Kino, Rosa-Luxemburg-Str. 30, 10178 Berlin

CINE EN ESPAÑOL

Fünffähriges Jubiläum: Marvin & Wayne

Marvin & Wayne ist eine spanische Filmagentur, die sich ausschließlich auf Kurzfilme spezialisiert hat. Seit 2009 hat sie bereits mehr als 180 Werke in ihren Katalog aufgenommen, hauptsächlich spanische und lateinamerikanische Filme. Anlässlich ihres fünfjährigen Jubiläums, zeigt das Instituto Cervantes einige ihrer bekanntesten Autorenkurzfilme, deren Qualität sich nicht nur anhand der Aufnahme in das Programm internationaler Filmfestivals, wie in Venedig, Tribeca oder Clermont-Ferrand, widerspiegelt. // 29. Dezember 2014 // 20:00 Uhr // Preis: 7-8 Euro // Ort: Babylon-Kino, Rosa-Luxemburg-Str. 30, 10178 Berlin Montag, 29. Dezember, 20:00 Uhr

CINESPAÑOL

Filme im Dezember: *Anina* (Uruguay) // *Der Sommer der fliegenden Fische* (aus Chile) // *Melaza* (aus Kuba) // *Mercedes Sosa, die Stimme Lateinamerikas* (aus Argentinien) // Infos über Termine und Veranstaltungsorte: www.cineglobal.de

FREMD IST DER FREMDE NUR IN DER FREMDE

DVD mit Filmen zum Thema Migration, herausgegeben vom Evangelischen Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit (EZEf). Dass Migration viele Gesichter hat, und jede*r Flüchtling oder Migrant*in ihre*seine eigene Geschichte zu erzählen hat, ist der Ausgangspunkt der DVD. Sie soll vielfältige Anregungen bieten, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und neue Sichtweisen zu erproben – sowohl – inhaltlich-thematische, als auch was die filmästhetische Seite angeht. Die sechs Kurzspielfilme, zwei Dokumentarfilme und der Animationsfilm können beim EZEf bestellt oder bei der den Evangelischen Medienzentralen ausgeliehen werden (www.evangelische-medienzentralen.de).

SOLIDARITÄT

KARAWANE MESOAMERICA RESISTE

Verschiedene Kollektive aus Mexiko, Zentralamerika, Europa und den USA haben sich zusammengeschlossen und organisieren für 2015 eine Karawane von Mexiko nach Panama. Auf der Route geht es in Gemeinden, die das Leben, das Land und die Freiheit verteidigen und sich gegen die Ausbeutung der natürlichen Reichtümer durch transnationale Firmen zur Wehr setzen. Mit dem Ziel, den Widerstand zu stärken, sollen Wissen und Fertigkeiten geteilt, die Kämpfe dokumentiert und verbreitet sowie Erfahrungen ausgetauscht werden. Das Veranstaltungsbündnis sucht noch ideale und finanzielle Unterstützung. Mehr Infos unter <http://transgalaxia.org/index.php/caravana-mesoamericana.html>

PUBLIC EYE LIFETIME AWARDS

Abstimmung: Schmähprijs für Unternehmen

Das Bündnis Public Eye wirft einen kritischen Blick auf die Geschäftspraktiken von Unternehmen und bietet zivilgesellschaftlichen Organisationen eine Plattform, um die Verletzung von Menschen- und Arbeitsrechten sowie Umweltzerstörung und Korruption öffentlich und medienwirksam anzuprangern. Die Public Eye Awards zeigen den Global Players, dass ein menschen- und umweltverachtendes Geschäftsgebahren schmerzhaft Konsequenzen hat – primär für die davon Betroffenen, aber auch für das Firmenimage. Nach 15 Jahren und zehn Preisverleihungen wird nun Bilanz gezogen. Die Jury aus Wirtschaftsethikern sowie Expert*innen aus den Bereichen Umwelt und Menschenrechte vergibt den ultimativen Schmähprijs, den Public Eye Lifetime Awards. Nominiert sind u.a. Glencore wegen umwelt- und menschenrechtsverletzenden Geschäftspraktiken in Kolumbien und Chevron wegen Umweltverschmutzung in Ecuador. Abgestimmt werden kann auf <http://publiceye.ch/de/>

STRASSENKINDERPROJEKT IN PERU

Asociación del Río sucht ehrenamtliche Mitarbeiter*innen

Die Asociación Niños del Río ist eine Nichtregierungsorganisation, die sich um Belange von Straßenkindern und -jugendlichen kümmert. Das Tätigkeitsprofil beinhaltet u. a. Beziehungsaufbau zu den Kindern und Jugendlichen, die auf der Straße leben um sie für das Projekt zu motivieren, Betreuung der neun Kinder, die in den zwei Wohngemeinschaften leben, Begleitung zu Arzt-

besuchen, Erarbeitung von Freizeitangeboten, Unterstützung bei Haushaltsarbeiten und Hausaufgaben. Voraussetzungen sind: ausreichende Spansichkenntnisse, Teamfähigkeit, soziale Kompetenz und Belastbarkeit. Die Einsatzdauer sollte mindestens sechs Monate betragen. Unterkunft und Verpflegung werden gestellt. Bei Interesse bitte wenden an: Helmut Kaiser: email: kaiserhel@t-online.de oder 01573-8272002

cal Ecological Democracy“) bis zur Umgestaltung des Finanzsystems und zum Ausstieg aus der fossilen Energiewirtschaft. Die Sendung ist online zu finden unter: <http://www.kontext-tv.de/node/456>

FERNSEHEN

SAMSTAG // 20. DEZEMBER

09:35 – 10:20, ARTE 360° Geo Reportage Esmeraldas Edelkakaos. Reportage von Therese Engels. Nur in Ecuador wächst der *Cacao Nacional*. Die edle Kakaosorte verdankt ihr einzigartiges Aroma dem Anbau mitten im Regenwald. Wiederentdeckt und kultiviert wird sie von den Kichwa-Indigenen in Amazonien und den Afroecuadorianer*innen in Esmeraldas.

SONNTAG, 21. DEZEMBER

12:25 – 15:55, ARTE, Brasiliens Küsten Dokumentationsreihe von Omblin de La Grandière, Nicolas Moncadas. Über eine Länge von etwa 8.000 Kilometern erstrecken sich die Küsten Brasiliens. Die fünfteilige Dokumentationsreihe gibt Einblick in die unglaubliche Vielfalt und die Reichtümer, die sowohl die Natur und die Landschaft als auch die Wirtschaft und die Kultur der brasilianischen Küstenregionen zu bieten haben.

DIENSTAG, 23. DEZEMBER

00:15 – 01:40, ARTE Flüsse der Welt. Mekong und Orinoko. Dokumentationsreihe. Die Dokumentationsreihe „Flüsse der Welt“ geht auf eine spektakuläre Entdeckungsreise zu den Riesen unter den Flüssen. Jeder der sieben Filme porträtiert einen anderen Strom, vom Nil bis zum Mekong, und stellt Menschen vor, deren Leben untrennbar mit den Flüssen verbunden ist.

MONTAG, 29. DEZEMBER

19:30 – 20:15, ARTE Kampf um Galápagos. Film von Udo Vieth. Auf den vor der Küste Ecuadors gelegenen Galápagosinseln hat sich eine einzigartige Tier- und Pflanzenwelt erhalten. Der Archipel wurde von der UNESCO zum Welterbe erklärt. Durch den zunehmenden Touristenstrom scheint das Ökosystem der Inseln gefährdet: Mit den Touristen können auch Krankheiten eingeschleppt werden, gegen die die einheimischen Arten nicht gewappnet sind. Wissenschaftler und Naturschützer führen einen Kampf um das Überleben des Naturparadieses.

MITTWOCH, 31. DEZEMBER

17:15 – 18:05, ARTE Brasiliens Küsten. Süden. Dokumentationsreihe von Omblin de La Grandière, Nicolas Moncadas. An den Ufern der größten Lagune Brasiliens werden „das grüne und das gelbe Gold“ des Landes – Reis und Soja – angebaut. Und in Barra do Chui hat sich der Künstler Coelho dem Umweltschutz verschrieben.

Kontext-TV

DEGROWTH: LEBEN UND WIRTSCHAFTEN JENSEITS DES WACHSTUMS (TEIL 2) Der zweite Teil der Sendung mit Gästen der 4. Internationalen Degrowth-Konferenz in Leipzig beschäftigt sich mit konkreten Alternativen zum gegenwärtig dominierenden Wirtschaftsmodell: von der „Peer-to-Peer“-Ökonomie, die auf Gemeingütern und geteiltem Wissen beruht, über Bewegungen zur sozial-ökologischen Transformation von Städten („Transition Towns“) und basisdemokratischen Initiativen („Radi-

RADIO

+1C@FE

Urban oder rural – wo finden die sozialen Kämpfe Brasiliens heute statt?

Traditionell arbeitet die Solidaritätsbewegung in Europa schwerpunktmäßig mit der marginalisierten Landbevölkerung und Indigenen bzw. Quilombolo-Gruppe. In den vergangenen Jahren hat sich das, nicht zuletzt aufgrund der FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft ein wenig geändert.

Abschied vom Wachstumszwang?

Referent_innen aus Brasilien und Deutschland diskutierten beim Runden Tisch Brasilien zwischen dem 21. und dem 23. November Fragen von (Post)Wachstum in Brasilien und Deutschland. Beide Mitschnitte sind abrufbar unter <http://fabzgy.org/wordpress/>

ONDA-INFO

Nr. 344

Es geht um den Aufruf gegen das geplante Polizeiabkommen zwischen Deutschland und Mexiko. Die mexikanische Bundesregierung, die Bezirksregierungen, die Behörden, Polizei und Armee – sämtliche Institutionen Mexikos sind von korrupten Verbrechern durchsetzt. Ein Ergebnis dieser schlimmen Entwicklung ist das Massaker von Iguala, gegen das am 20. November zehntausende Menschen in Mexiko-Stadt auf die Straße gegangen sind. Der Staat antwortet, wie üblich, mit Repression. Unter den Festgenommenen befindet sich auch ein chilenischer Musiker und Literat, der nun unter Terrorverdacht im Schwerverbrechereffängnis sitzt. Onda berichtet über seinen Fall. Passend zur Weltklimakonferenz in Peru folgt ein Bericht darüber, wie Costa Rica mit dem Klimawandel umgeht. Sendung unter www.npla.de.

ONDA-INFO

Nr. 345 Nach einer Meldung zu weiteren Morden in Honduras geht es zunächst mal wieder um Mexiko. Das Menschenrechtszentrum Paso del Norte in Ciudad Juárez im nordmexikanischen Bundesstaat Chihuahua wurde 2001 von Priestern und Aktivist*innen gegründet. Oberstes Ziel der Organisation ist es, sich um die Ärmsten und verletzlichsten Menschen im Norden Mexikos zu kümmern. Die NGO ist vor allem mit dem Problemkomplex Folter und Verschwindenlassen befasst und unterstützt Opfer und deren Angehörige. Dafür hat Paso del Norte einige Psycholo*innen, Anwäl*innen und Soziolog*innen im Team. Silvia Méndez ist seit 2004 Mitarbeiterin von Paso del Norte. Im Rahmen einer Rundreise war sie auch bei Radio Onda zu Gast. Sendungen unter www.npla.de

VIAJE RADIAL POR AMÉRICA LATINA – RUNDREISE DURCH LATEINAMERIKA

Die bisher ausgestrahlten Sendungen sind als Podcast verfügbar: www.kassel-zeitung.de. (Suche: Viaje radial)



Hier wird das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA vorgestellt und die Probleme erklärt.

Freihandel
TTIP und der Widerstand

Magazin Verlag, 2014, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

Quer stellen statt quer lesen

alk

analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen und Infos: www.akweb.de

CONTRASTE FÜR SELBSTORGANISATION

Die Monatszeitung



ARBEITSLosenINITIATIVE PERAMA
Arbeitsloseninitiative aus Griechenland arbeitet unter den Folgen der Troikapolitik.

DEGROWTH KONFERENZ
Eindrücke von der Degrowthkonferenz.

GENOSSENSCHAFTSFINANZIERUNG VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN
Die Finanzierung genossenschaftlicher Unternehmungen stellt traditionell die Achillesverse dieser Rechtsform dar.

ERFOLGREICHES KLIMACAMP IM RHEINLAND
Aktionen auf dem Klimacamp in unmittelbarer Nähe zum Tagebau Garzweiler.

EIN SCHNUPPERABO 3 MONATE FREI HAUS GIBT ES FÜR NUR 5€!
Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden!
Gegen Vorkasse: Schein / Briefmarken / Bankinzug.

Schwerpunkt
Immer neue Anfänge – 30 Jahre CONTRASTE

- Wie alles anfing
- Selbstorganisation heute heißt mit dem Kapital tanzen
- '68er und Alternativbewegung: die Folgen ihres Erfolgs
- Vom Kollektiv zur prekären Selbständigkeit

Probieren: WWW.CONTRASTE.ORG
Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V., PF 10 45 20, D-69035 Heidelberg

IMPRESSUM

// LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 487

Jahrgang 42 der CHILE-NACHRICHTEN erscheint monatlich (12 Nummern pro Jahr). // **ISSN 0174-6342** // **Herausgeber & Verlag** Lateinamerika Nachrichten e.V.
Druck Hinkelsteindruck, 10997 Berlin
Redaktion Redaktionskollektiv der LN // **Vi.S.d.P.** Mirjana Mitrovic, Santiago Engelhardt, Ina Wehr // **Redaktionsschluss** 11. Dezember 2014

// ADRESSE

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin // Fon 030 694 61 00 // Fax 030 692 65 90 // EMail abo@LN-Berlin.de // www.lateinamerika-nachrichten.de

// ABONNEMENT-PREISE

Normal-Abonnement EUR 47,50 // **Institutionen-Abonnement** EUR 55,- // **Förder-Abonnement** EUR 55,- // **Abos ins Ausland** zzgl. 10,- EUR pro Jahr // **PDF-Abo** EUR 42,50

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Abokündigung bis Ende November zum Ablauf des Kalenderjahres. Mindestlaufzeit 12 Monate. Das Abonnement wird pro Kalenderjahr berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig. Zahlung erst nach Rechnungserhalt, dann aber bitte gleich auf:

Kontoinhaber Lateinamerika Nachrichten e. V. // **GLS Bank** BLZ 430 609 67 // **Kontonummer** 1122 0279 00 // **IBAN** DE 35 4306 0967 1122027900 // **BIC** GENODEM1GLS

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen! Bei überzahlten Rechnungen wird die Differenz ebenfalls als Spende verbucht. Spendenquittungen können bei Nachfrage ausgestellt werden. Teilnahme am Lastschriftverfahren ist möglich.

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist erwünscht; unter Angabe der Quelle und nach vorheriger Rücksprache. Engagierte Mitarbeit ist sehr willkommen. Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste vom Januar 2015.

// EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem/der AbsenderIn unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Die *Lateinamerika Nachrichten* werden auf 100% Recycling-Papier gedruckt.

PLATA ODER PLEITE

In der letzten *LN* berichteten wir euch von unserem finanziellen Defizit.

Bisher sind 4897,50 Euro an Spenden eingegangen. Damit sind in etwa 32 Prozent des angestrebten Spendenziels von 15.000 Euro erreicht (s. *LN* 486, Seite 34-38).

Vielen Dank an alle, die bereits gespendet haben!

Es fehlen noch ca. 10.000 Euro, für jeden Betrag, der uns auf dem Weg zu diesem Ziel hilft, bedanken wir uns herzlich!

Wir wünschen euch ein frohes neues Jahr!

Eure *LN*-Redaktion



aktueller Spendenstand: 4.897,50 von 15.000 Euro



Lateinamerika Nachrichten
im Mehringhof
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

LN-Dossiers

Themenbroschüren, herausgegeben von den *Lateinamerika Nachrichten*

Nr. 11 // Grenzen bewegen Migration und Grenzräume in Lateinamerika // Juli/August 2014

Nr. 10 // Abseits des Flutlichts Fußballkultur in Lateinamerika rund um die WM // Mai 2014

Nr. 9 // Im Schatten der Spiele Fußball, Vertreibung und Widerstand in Brasilien // September/Oktober 2013

Nr. 8 // Erbe einer Diktatur 40 Jahre nach dem Putsch in Chile // Juli/August 2013

Nr. 7 // Medien und Macht in Lateinamerika Staatsnähe, Medienkonzentration und Gegenöffentlichkeit // März 2013

Nr. 6 // Verbohrte Entwicklung (Neuer) Extraktivismus in Lateinamerika // September/Oktober 2012

Nr. 5 // Suche nach Harmonie Warum indigene Justiz weder gut noch böse ist // Juli/August 2012

Nr. 4 // Landhunger und satte Gewinne Geschäfte mit Ackerland bedrohen kleinbäuerliche Landwirtschaft in Lateinamerika // September 2011

Nr. 3 // Frauenmorde in Zentralamerika und Mexiko // Juni 2011

Nr. 2 // Wir waren unsichtbar Honduras nach dem Putsch – Perspektiven der Widerstandsbewegung // April 2011

Nr. 1 // Glaube Hoffnung Macht Christliche Kirchen in Lateinamerika // November 2010



Die Dossiers sind teilweise noch als Einzelbroschüren verfügbar. Wenn diese vergriffen sind, verschicken wir gerne die jeweilige Ausgabe mit eingetextetem Dossier.

Einfach bestellen:

Email an abo@LN-Berlin.de oder
telefonisch unter 030 - 694 61 00

www.lateinamerika-nachrichten.de